

VERWALTUNGSZEITUNG BADEN-WÜRTTEMBERG

Organ des Verbands
der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg e.V.
Panoramastraße 27, 70174 Stuttgart

E 4207 F

Nummer 1 | März 2002 | 30. Jahrgang

Stutensee – die junge große Kreisstadt

Mitgliedsbeitrag 2002

Gemäß Beschluss der Vertreterversammlung am 26. September 2000 gelten folgende Jahresbeiträge:

	aktive Beamte: Nichtabbucher €	aktive Beamte: Abbucher €		Ruhestandsbeamte: Nichtabbucher €	Ruhestandsbeamte: Abbucher €
Beurlaubte	22	19			
A 1 bis A 6	33	30	A 1 bis A 8	30	27
A 7 bis A 8	44	41			
A 9	49	46			
A 10	52	49	A 9 bis A 10	33	30
A 11 bis A 12	63	60	A 11 bis A 12	38	35
A 13	74	71	A 13	41	38
A 14 und höher	85	82	A 14 und höher	44	41

Teilzeitbeschäftigte bezahlen Beitrag entsprechend dem Prozentsatz ihrer Teilzeitbeschäftigung, mindestens jedoch 19 €.

Anwärterinnen und Anwärter sowie Kolleginnen und Kollegen, die arbeitslos sind, ihren Wehr- oder Ersatzdienst ableisten, sind beitragsfrei.

Die Verbandsgeschäftsstelle • Panoramastraße 27 · 70174 Stuttgart
Telefon (0711) 226 32 62 • Telefax (0711) 226 32 80 • E-Mail: info@vdv-bw.org

Beitrittserklärung

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum **Verband der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg e.V. in Stuttgart** und mache dazu folgende Angaben:

1. Name, Vorname: ....
2. Amtsbezeichnung: ....
3. Derzeitige Dienststelle: ....
4. Wohnort: ....

   Kreis: ....

   Straße: ....
5. Geburtstag: ....
6. Eintritt in den Verwaltungsdienst am: ....

   bei: ....

   Laufbahn: ....
7. Jahr der Staatsprüfung: ....
8. Es ist mir bekannt, daß der Verband der Verwaltungsbeamten korporatives Mitglied des Beamtenbundes Baden-Württemberg ist und ich durch meinen Beitritt mittelbar auch dessen Mitglied werde.
9. Mit der Abbuchung des Mitgliedsbeitrags von meinem Girokonto Nr.

   ....

   ....
   (Name und Bankleitzahl des Kreditinstituts)

   bin ich einverstanden.
10. Der Veröffentlichung meines Beitritts in der Verwaltungszeitung stimme ich zu. *
    * ggf. streichen

....
(Unterschrift) (Datum)

An die

Geschäftsstelle
des Verbands der Verwaltungsbeamten
in Baden-Württemberg e.V.
Panoramastraße 27

70174 Stuttgart

geworben von:

Name: ....

Straße: ....

PLZ/Ort: ....

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

was wir alle befürchtet haben, ist nun eingetroffen. Der Bundesrat hat dem vom Bund vorgelegten Entwurf eines Versorgungsänderungsgesetzes am 20. Dezember 2001 zugestimmt. Der Widerstand des DBB Beamtenbund und Tarifunion einschließlich der angekündigten Prüfung der Erhebung einer Verfassungsklage konnten dies nicht verhindern. Die in den vorhergehenden Verhandlungen erzielten Verbesserungen waren minimal, am bedeutendsten dürfte sein, dass es gelungen ist, Eingriffe in die eigenständige Struktur der Versorgung sowie die Abkoppelung der Versorgung von der Besoldung zu verhindern. Trotzdem sind die Pensionäre und die pensionsnahen Jahrgänge die eindeutigen Verlierer dieser Reform. Gelingt es vermutlich den jüngeren Jahrgängen, durch die Riester-Rente das Schlimmste abzufedern, so bleiben die Älteren - 55 und älter - auf der Strecke. Hier müsste dementsprechend die Verfassungsklage ansetzen, ebenso bei der Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes gegenüber den Rentnern, denn die Wirkungsgleichheit beider Reformen ist bei weitem nicht gegeben. Die Benachteiligung der Beamten ist offenkundig.

Trotz allem, man muss jetzt, sofern möglich, das Beste aus der nicht mehr zu verändernden Gesetzeslage machen. Der DBB hat zur bestmöglichen Nutzung der Chancen der Riester-Rente das DBB-Vorsorgewerk gegründet. Durch dieses Vorsorgewerk soll ein durch eine offene Ausschreibung unter den Finanzdienstleistern herausgefiltertes, maßgeschneidertes, die persönlichen Bedürfnisse optimal berücksichtigendes Vorsorgepaket angeboten werden. Ob es letztendlich so sein wird, bleibt abzuwarten. Auf jeden Fall sollte vor einer Prüfung dieses Angebots nichts unterschrieben werden, zum Vergleich bleibt das ganze Jahr 2002 Zeit.

Bei der schon traditionellen Jahrestagung des Beamtenbundes in Bad Kissingen Anfang des Jahres hatte - ebenfalls schon traditionell - der Bundesinnenminister seinen großen Auftritt. Nach seinem Erfolg beim Versorgungsänderungsgesetz 2001 strebt er weitere Einschnitte in das Berufsbeamtentum an. Unter dem in der Öffentlichkeit immer gut ankommenden Schlagwort "Modernisierung der Verwaltung" soll das Gesetz zur Modernisierung der Besoldungsstruktur weitere massive Verschlechterungen in der Beamtenbesoldung bringen. Besonders schamlos ist in diesem Zusammenhang der Plan, den Verheiratetenzuschlag zu streichen, übrigens mit der Begründung, dieser Zuschlag "basiere auf einem traditionellen Familienbild, das zwischenzeitlich weitgehend nicht mehr der gesellschaftlichen Realität entspreche". Vielleicht kann die Bundesregierung, die sich ja vorrangig für den Minderheitenschutz einsetzt, einmal prüfen, ob in unserem Lande die Familien nicht auch schon dieses Schutzes bedürfen.

Dass bei dieser Grundhaltung auch von den kommenden Tarifverhandlungen nichts Gutes zu erwarten ist und dass mit Sicherheit wieder versucht werden wird, das Tarifergebnis für die Beamten nicht zeitgleich zu übernehmen, kann auch ohne hellseherische Fähigkeiten heute schon vorhergesagt werden. Einen ersten Hinweis darauf hat Schily bei seinen Ausführungen zu diesem Thema in Bad Kissingen mit seiner Bemerkung zur angespannten Finanzlage der öffentlichen Haushalte bereits gegeben.

Wir Beamte sind ohne Zweifel in diesem Staat eine ungeliebte Minderheit, d. h. auf Minderheitenschutz dürfen wir nicht setzen. Man hat den Eindruck, dass wir schlicht und einfach im wahrsten Sinne des Wortes ausgehungert werden sollen. Wir müssen die bevorstehende Bundestagswahl zum Anlass nehmen, die Haltung aller Kandidaten nachhaltig zu hinterfragen. Erfreulicherweise haben einzelne Kreisverbände für ihre Jahresversammlungen die Teilnahme der örtlichen Kandidaten schon vorgesehen; wo dies noch nicht geplant ist, sollte darüber nachgedacht werden.

Bei dieser allgemeinen, strukturellen, sich nicht gerade hoffnungsvoll darstellenden Gesamtsituation unseres Berufsstandes ist es nicht verwunderlich, dass in Kollegenkreisen vielfach eine resignierende, sich in die Situation ergebende Grundhaltung zu beobachten ist. Was soll's, bekommen wir eben ein einheitliches Dienstrecht, ist leider bei vielen Beamten schon die resignierende Einstellung. Allerdings muss auch ich zugeben, dass es immer schwerer wird, zündende Gegenargumente zu finden. Auch auf Fragen junger Kolleginnen und Kollegen, warum sie überhaupt Beamte werden sollen, überzeugende Argumente zu geben, fällt von Tag zu Tag schwerer. Die Ohnmacht gegenüber den Regierenden bei beamtenrechtlichen Auseinandersetzungen wie bei der Übernahme der Tarifverhandlungen ist der jungen Generation nicht einsichtig und dementsprechend nicht zu vermitteln.

Ist dies, neben vielen anderen, auch der Grund, dass vielfach kaum Interesse an herausragenden Positionen wie z. B. der des Bürgermeisters besteht? Ich darf auf die jüngsten Erfahrungen der Ausschreibungen, zumindest im Großraum Stuttgart, verweisen. Es ist zu bedauern, dass auch bei anderen herausgehobenen Positionen wie Verwaltungsdirektoren an Krankenhäusern, an staatlichen Hochschulen, um nur einige wenige Beispiele zu nennen, oft schon im Vorfeld Desinteresse signalisiert oder der Kampf um solche Positionen viel zu früh aufgegeben wird. Schade, denn das an unseren Fachhochschulen Erlernte gibt jedem von uns die Möglichkeit, sich mit Juristen, Betriebswirten u. a. erfolgreich zu messen. Deshalb möchte ich gerade jüngere Kolleginnen und Kollegen mit diesen Bemerkungen aufrütteln und zum Nachdenken anregen, sich doch einfach mehr zuzutrauen; mehr Verantwortung bedeutet auch mehr Zufriedenheit. Dazuhin sei mir die Bemerkung erlaubt, dass man dadurch in Besoldungsbereiche kommt, in denen einem ein Herr Schily schon nicht mehr so viel schaden kann.

Mit diesen Bemerkungen möchte ich heute schließen, nicht ohne den Hinweis, dass nicht nur der Bundeskanzler an seiner Aussage zur Arbeitslosenzahl, sondern auch unser Ministerpräsident an seiner Presseerklärung vom 15.1.2002 gemessen werden sollte. Er erklärt wörtlich: "Die Pläne des Bundes zur Besoldungsstrukturreform, zum künftigen Status der Lehrer und zur heranstehenden Tarifrunde lassen klar erkennen, dass der Bund aus den in den letzten Jahren vorgenommenen massiven Einschnitten im Besoldungs- und Versorgungsbereich nichts gelernt hat und die Beamtenschaft mit weiteren Restriktionen konfrontieren wird. Baden-Württemberg wird sich gegen diese Maßnahmen zur Wehr setzen und vor allem über den Bundesrat versuchen, weitere nicht gerechtfertigte Einschnitte zu Lasten der Beamtenschaft zu verhindern."

Mit freundlichen Grüßen

Rolf Wieser

Inhaltsverzeichnis

Bücher

Besoldungsrecht des Bundes und der Länder (Band III)

Gesamtkommentar Öffentliches Dienstrecht (GKÖD)
erläutert auf der Grundlage des Bundesbesoldungsgesetzes unter Einbeziehung ergänzender landesrechtlicher Regelungen

Dr. Schinkel, Seifert
Loseblatt-Kommentar einschl. 48. Lieferung, 2.186 Seiten, DIN A5, einschl. 2 Ordnern € 86,--. Ergänzungen bei Bedarf.
Erich-Schmidt-Verlag, Bielefeld

Der Band III - Besoldungsrecht des Bundes und der Länder - leistet nicht nur Praktikern, die sich mit besoldungsrechtlichen Fragen zu befassen haben, gute Dienste, sondern auch den Theoretikern, kann er doch förderlich bei der wissenschaftlichen Durchdringung der Rechtsmaterie sein. Somit wird der Kommentar zu einer wichtigen Informationshilfe und Arbeitsgrundlage.
Mit der 48. Lieferung werden die Texte des Bundesbesoldungsgesetzes und der Besoldungsgesetze einiger Bundesländer sowie von Verordnungen besoldungsrechtlichen Inhalts aktualisiert. Zugleich werden die Postleistungszulagenverordnung, die Allgemeine Verwaltungsvorschrift für die Zahlung der Stellenzulage für Soldaten, die als Führer der Ausbilder im Außen- und Geländedienst verwendet werden, und die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zu § 69 Abs. 2 BBesG neu aufgenommen. Außerdem wird das Schrifttumsverzeichnis vor § 1 und § 14 ergänzt.

Stellenbewertung für Kommunalbeamte

Heinrich Siepmann, Ursula Siepmann
3. neu bearbeitete Auflage 2001, XXVI, 222 Seiten, kartoniert, € 22
Heymanns Verlag, Köln

Städte, Kreise und Gemeinden können im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben selbst über Art und Verfahren der Stellenbewertung für Beamte entscheiden.
Das Buch informiert über Entwicklung, Ziele, Rechtsgrundlagen und Methodik der Stellenbewertung und erleichtert so die Auswahl eines sachgerechten Bewertungssystems. Anhand zahlreicher Beispiele aus unterschiedlichen Bereichen der Kommunalverwaltung zeigen die Verfasser die praktische Anwendung des jeweiligen Verfahrens und vergleichen die Bewertungsergebnisse mit den Ergebnissen der anderen Modelle.

Beilagenhinweis:
Dieser Ausgabe liegt eine Beilage für Abonnementwerbung für die Zeitschrift "Simplify your Life", Bonn (Postvertriebskennzeichen: G 48007) bei.

IMPRESSUM:
Verwaltungszeitung Baden-Württemberg: Organ des Verbands der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg e.V.
Herausgeber und Verlag: Verband der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg e.V., 70174 Stuttgart, Panoramastraße 27, Telefon: (0711) 2263262, Telefax: (0711) 2263280, info@vdv-bw.org
Redaktion: Elmar Bayer (verantwortlich), Jürgen Berner, Michaela Kröner, Achim Sekler, Klaus Warthon, Kai Zwanziger. Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar.
Anzeigenverwaltung und Druck: Nussbaum Medien Weil der Stadt GmbH & Co. KG, Merklinger Straße 20, 71263 Weil der Stadt, Tel. (07033) 525-0. Die Anzeigenverwaltung ist für Anzeigen und Hinweise im Anzeigenteil verantwortlich. **Manuskripte** werden erbeten an die Schriftleitung "Verwaltungszeitung Baden-Württemberg", 70174 Stuttgart, Panoramastraße 27.
Bezugspreis: jährlich 10 € netto + 7 % MwSt (für Verbandsmitglieder im Mitgliedsbeitrag inbegriffen). Preis des Einzelheftes 2 € netto.

Berufspolitische Rundschau

Versorgungsänderungsgesetz 2001

Gegen den energischen Widerstand des DBB Beamtenbund und Tarifunion und seiner Verbände hat der Bundesrat am 20. Dezember 2001 dem vom Bundestag am 30. November 2001 verabschiedeten Versorgungsänderungsgesetz 2001 zugestimmt.

Mit dem Gesetz soll eine wirkungsgleiche und systemgerechte Übertragung der Rentenreformmaßnahmen aus dem Altersvermögensergänzungsgesetz und dem Altersvermögensgesetz auf die Beamtenversorgung mit folgenden Maßnahmen erreicht werden:

● Bei den acht ab dem Jahr 2003 folgenden Versorgungsanpassungen wird die Erhöhung der Versorgungsbezüge in gleichen Schritten abgeflacht. Die bis 2002 erbrachte Versorgungsrücklage in Höhe von 0,6 % wird dabei berücksichtigt. Durch diesen geringeren Anstieg des Zuwachses wird der Höchstversorgungssatz von 75 % auf 71,75 % (anfangs 71,25 %) abgesenkt. Entsprechend sinkt der jährliche Steigerungssatz von 1,875 % auf 1,79375 %.

● Die aktiven Beamten erhalten die Möglichkeit, private Vorsorge zu betreiben und werden ab 2002 in die gesetzliche Förderung einer privaten zusätzlichen Altersvorsorge einbezogen.

● Der Aufbau der Versorgungsrücklage wird für acht allgemeine Anpassungen ausgesetzt. Der weitere Aufbau der Versorgungsrücklagen mit um jeweils 0,2 % verminderten Besoldungs- und Versorgungsanpassungen wird ab 2011 unverändert fortgesetzt und endet nach sieben Einkommensanpassungen voraussichtlich im Jahre 2017 (anfangs 2021).

● Die Versorgungsrücklagen wachsen auch während der Zeit der Aussetzung weiter an. Der bis 2002 erreichte Basiseffekt von 0,6 % wird Jahr für Jahr wie die Hälfte der Einsparungen aus der Absenkung des Versorgungsniveaus den Versorgungsrücklagen zugeführt.

● Die Hinterbliebenenversorgung wird in die Reformmaßnahmen mit einbezogen. Das Witwen-/Witwergeld wird von 60 % auf 55 % herabgesetzt. Dies gilt nicht, wenn die Ehe vor dem 1. Januar 2002 geschlossen wurde und mindestens ein Ehegatte vor dem 2. Januar 1962 geboren ist.

● Die Mindestversorgung bleibt insgesamt von den Absenkungsmaßnahmen ausgenommen.

● Es werden Kindererziehungszuschläge, Kindererziehungsergänzungszuschläge, Kinderzuschläge zum Witwengeld sowie Pflege- und Pflegeergänzungszuschläge eingeführt.

● In die Änderungsvorhaben werden alle Versorgungsempfänger mit einbezogen, also auch die vorhandenen Versorgungsempfänger und die versorgungsnahen Jahrgänge.

Die Einbeziehung der vorhandenen Versorgungsempfänger erfolgt - da deren Ruhegehaltssatz bereits festgesetzt ist - dadurch, dass in acht Schritten das im Wesentlichen nach den bis zum 31. Dezember 2001 geltenden Vorschriften ermittelte Ruhegehalt unter Verwendung eines Faktors schrittweise reduziert wird. Hierbei soll jedoch nicht die tatsächlich gezahlte Pension reduziert, sondern das Versorgungsniveau durch eine Reduzierung der Zuwächse bei Versorgungsanpassungen schrittweise abgesenkt werden.

Die Behandlung des Versorgungsänderungsgesetzes 2001 im Bundesrat war in knapp zwei Minuten über die Bühne und überaus enttäuschend: So ist der Bundesrat nicht Empfehlungen gefolgt, den Vermittlungsausschuss anzurufen. Dies geschah ohne jeglichen Redebeitrag und ohne jegliche Erklärungen von Politikern zu Protokoll. Damit waren die Empfehlung des Bundesrats-Innenausschusses bezüglich einer Absenkung höchstens auf 72 % sowie zwei Anträge des Landes Baden-Württemberg auf generelle Ablehnung sowie zu Änderungen bei Wahlbeamten sofort vom Tisch.

Der BBW hatte zuletzt beim Spitzengespräch Anfang Dezember 2001 an den Ministerpräsidenten appelliert, sich im Bundesrat gegen den Entwurf eines Versorgungsänderungsgesetzes 2001 zu wenden. Leider fand der Ablehnungsantrag Baden-Württembergs keine Mehrheit.

Mit dem Gesetz sieht der Beamtenbund Vorleistungen der Beamten und Versorgungsempfänger im Rahmen einer wirkungsgleichen Übertragung der Rentenreform auf die Beamtenversorgung nicht bzw. völlig unzureichend berücksichtigt. Die Absenkung des Versorgungshöchstsatzes auf unter 72 % stellt eine nicht akzeptable Überkompensation dar. Dies gilt umso mehr, als nicht einmal sichergestellt wird, dass dieser Höchstsatz bei normalem Berufsverlauf auch in allen Laufbahnen und Laufbahngruppen erreicht werden kann. Der Beamtenbund beanstandet, dass nicht alle steuerpflichtigen Beamten und Versorgungsempfänger in die staatlich geförderte zusätzliche Altersvorsorge einbezogen sind und für vorhandene Versorgungsempfänger und versorgungsnahe Jahrgänge keine sachgerechten Übergangs- bzw. Bestandsschutzregelungen getroffen wurden. Anders als beim Verhandlungsergebnis zur Zusatzversorgung, das eine Besitzstandswahrung ab 55 Jahren vorsieht, fehlen Übergangsregelungen für Beamtinnen und Beamte.

Festzuhalten ist, dass es dem DBB bereits im Beteiligungsgespräch mit dem BMI am 5. September 2001 gelungen ist, die im ersten Referentenentwurf vorgesehene Absenkung des Höchstversorgungssatzes von 75 % auf 71,25 % (jetzt 71,75 %) sowie das Wiedereinsetzen des Aufbaus der Versorgungsrücklage von 2011 bis 2021 (jetzt 2017) zu verhindern. Auch ist es gelungen, Eingriffe in die eigenständige Struktur der Versorgung sowie die Abkoppelung der Versorgung von der Besoldung zu verhindern. Darüber hinaus prüft der DBB gegenwärtig die Erhebung einer Verfassungsklage.

Das Gesetz wurde mit den wesentlichen Änderungen zum 1. Januar 2002 in Kraft gesetzt.

> ***Leitspruch des Monats:***
> *Humor ist die Medizin,*
> *die am wenigsten kostet und am leichtesten einzunehmen ist.*
> Giovanni Guareschi

Sekundärplatzierung von BHW-Aktien

Die BHW Holding AG und ihr Großaktionär DBB Beamtenbund und Tarifunion beschließen Sekundärplatzierung von Aktien der Gesellschaft am Kapitalmarkt.

Der Beamtenbund hält derzeit über seine Beteiligungsgesellschaft BTA Betriebs- und Anlagengesellschaft mbH (Berlin) mittelbar 37,5 Prozent der Anteile an der BHW Holding AG. Die Organisation hatte bereits in der Vergangenheit die Absicht bekundet, ihre Beteiligung an dem Vorsorgespezialisten deutlich zu reduzieren.

"Grund für diese Verkaufsentscheidung war der rein finanzwirtschaftlich begründete Entschluss, das Vermögen des DBB breiter zu streuen", erläuterte DBB-Bundesvorsitzender Erhard Geyer diese Entscheidung am 17. Januar auf einer Pressekonferenz in Frankfurt am Main. "Unsere langjährige und überaus erfolgreiche Bindung an BHW wird weiter bestehen und durch unser Festhalten an einer Zehn-Prozent-Beteiligung dokumentiert. Die BHW-Aktie bleibt auch zukünftig angesichts der aus unserer Sicht guten Wachstumsperspektive des Konzerns die wichtigste Finanzanlage des Beamtenbundes."

Besoldungsstrukturgesetz

Der DBB hat die innenpolitischen Sprecher der Parteien aufgefordert, die Verabschiedung des Besoldungsstrukturgesetzes zu verhindern. Zumindest dürften die "Bandbreitenregelungen" und die "Abschaffung des Familienzuschlages" nicht Gesetz werden.

In gleichlautenden Schreiben an die innenpolitischen Sprecher der SPD, CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und der PDS erinnert der DBB-Bundesvorsitzende Erhard Geyer daran, dass die ablehnende Haltung des DBB zum Entwurf des Besoldungsstrukturgesetzes bei der Anhörung im Innenausschuss des Bundestages von einem Großteil der unabhängigen Sachverständigen uneingeschränkt geteilt wurde. So wird die Einführung von Bezahlungsbandbreiten im gehobenen und höheren Dienst voraussichtlich zu einer Verschärfung der Konkurrenz um qualifiziertes Perso-

nal zwischen Bund, Ländern und Gemeinden führen und ist auch im Hinblick auf den Gleichbehandlungsgrundsatz rechtlich bedenklich, denn der einfache und der mittlere Dienst sind von der "Flexibilisierung" ausgenommen.

Der Wegfall des Verheiratetenanteils im Familienzuschlag wird im DBB nicht nur als rechtlich bedenklich, sondern auch als sozial- und familienpolitisch unausgewogen gewertet. Unzumutbare Belastungen entstünden gerade in den unteren Einkommensgruppen.

VdV-Jugendvertretung

Wie ich in der letzten Ausgabe angekündigt habe, berichte ich heute über die Zusammenarbeit der VdV-Jugend mit der DVG-Jugend. Der Verband der Verwaltungsbeamten ist Mitglied der Deutschen Verwaltungsgewerkschaft (DVG), ebenso ist die VdV-Jugend Mitglied in der DVG-Jugend.

Die DVG-Jugend hat drei Organe, den Bundesjugendtag, den Bundesjugendausschuß und die Bundesjugendleitung. Der Jugendvertreter des VdV ist Mitglied des Bundesjugendausschusses mit eigenem Stimmrecht und nimmt regelmäßig an den Ausschusssitzungen der teil, sie finden normalerweise zweimal im Jahr (im Frühjahr und im Herbst) statt.

Die Jugend der DVG ist der Zusammenschluss der Landesjugendverbände der DVG. Zur Jugend der Mitgliedsverbände gehören deren jugendliche Mitglieder bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres. Die DVG-Jugend führt ein Jugend- und Gewerkschaftsleben nach eigener Ordnung mit selbständiger Geschäftsführung in allen Fragen der Jugend- und Gewerkschaftsarbeit. Die Satzung der DVG ist für sie verbindlich. Die DVG-Jugend ist Mitglied der Deutschen Beamtenbund-Jugend (DBB-J). Ihr Sitz ist am Wohnort der/des Vorsitzenden.

Die DVG-Jugend hat die Aufgabe, die Interessen des Nachwuchses im öffentlichen Dienst zu vertreten. Insbesondere ist sie aufgerufen, alle Maßnahmen für die Entwicklung der Jugend zu fördern. Hierzu gehört die Entwicklung zu einem mitdenkenden und mithandelnden kritischen Staatsbürger. Die DVG-Jugend fördert ferner die geistigen und kulturellen Interessen der Jugendlichen.

Sie widmet sich der politischen Bildung, der internationalen Jugendbewegung und der jugendpflegerischen Arbeit. Als berufsbezogener Jugendverband hat die DVG-Jugend weiter die Aufgabe, berufs- und verbandspolitische Aktionen durchzuführen. Sie wirkt mit bei der Fortentwicklung eines zeitgerechten öffentlichen Dienstes, insbesondere des Berufsbeamtentums, unter besonderer Berücksichtigung der Belange der jugendlichen Bediensteten. Die DVG-Jugend bekennt sich zu den Menschenrechtskonventionen und zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Sie ist berechtigt und verpflichtet, zu gesellschaftlichen und politischen Fragen Stellung zu beziehen. Die DVG-Jugend wendet sich gegen alle Bestrebungen einzelner Gruppen oder staatlicher Organe, die eine Beeinträchtigung oder gar Beseitigung dieser Ordnung zum Ziele hat. Die DVG-Jugend ist parteipolitisch und konfessionell neutral.

Sie hat drei Organe:
Den Bundesjugendtag, den Bundesjugendausschuss, die Bundesjugendleitung.

Oberstes Organ der DVG-Jugend ist der Bundesjugendtag, er besteht aus dem Bundesjugendausschuss und Vertretern der Landesjugendverbände. Er findet jeweils unmittelbar vor dem Vertretertag der Deutschen Verwaltungsgewerkschaft statt.

Seine Aufgaben sind:

● Festlegung der Richtlinien für die Arbeit der DVG-Jugend und Förderung des Erfahrungsaustausches der Landesjugendverbände untereinander,

● Entgegennahme des Geschäfts- und Haushaltsberichtes,

● Erteilung der Entlastung des Bundesjugendausschusses und der Bundesjugendleitung,

● Wahl der Bundesjugendleitung,

● Beschlussfassung über Satzungsänderungen,

● Behandlung der vorliegenden Anträge und Entschließungen.

Ein weiteres Organ ist der Bundesjugendausschuß, er besteht aus der Bundesjugendleitung der DVG-Jugend und den Vorsitzenden der Landesjugendverbände oder deren Vertreter. Er tagt mindestens einmal im Jahr, oder wenn es drei Landesjugendverbände beantragen.

Seine Aufgaben sind:

1. Behandlung aller Fragen der Jugend- und Organisationsarbeit,
2. Genehmigung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr,
3. Behandlung der vorliegenden Anträge,
4. Ausführung der Beschlüsse des Bundesjugendtages.

Das dritte Organ der DVG-Jugend ist die Bundesjugendleitung. Sie besteht aus dem Vorsitzenden (Bundesjugendleiter) und bis zu zwei stellvertretenden Vorsitzenden (stellvertretende Bundesjugendleiter). Im Falle des Ausscheidens eines Mitgliedes der Bundesjugendleitung wählt der Bundesjugendausschuss nach bestimmten Richtlinien einen Nachfolger.

Die Aufgaben der Bundesjugendleitung sind:

● Die Bundesjugendleitung vollzieht die Beschlüsse des Bundesjugendtages und des Bundesjugendausschusses. Sie hat alle Aufgaben wahrzunehmen, für die nicht der Bundesjugendtag und der Bundesjugendausschuß zuständig sind. Die Bundesjugendleitung kann die Erledigung bestimmter Aufgaben auf nicht der Bundesjugendleitung angehörige Mitglieder des Bundesjugendausschusses übertragen.

● Die laufenden Geschäfte werden vom Vorsitzenden wahrgenommen. Die Aufgaben der Geschäftsführung können aber auch einem der beiden stellvertretenden Vorsitzenden oder einem Mitglied des Bundesjugendausschusses übertragen werden.

● Der Vorsitzende vertritt die DVG-Jugend gegenüber der Deutschen Verwaltungsgewerkschaft und nach außen.

Soweit der DVG-Jugend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, verwendet sie diese in eigener Verantwortung und legt für deren Verwendung rechtzeitig einen Verwendungsplan vor. Die praktische Jugendarbeit wird hauptsächlich in den Jugendgruppen der Landesverbände geleistet. Die Landesjugendverbände müssen nach demokratischen Grundsätzen organisiert sein.

Die Organe der DVG-Jugend beschließen mit Stimmenmehrheit der Anwesenden. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt. Für Satzungsänderungen ist eine Zweidrittelmehrheit des Bundesjugendtages erforderlich. Gewählt ist, wer die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt.

Die Jugendvertreter der DVG-Jugend (Gruppenleiter, Mitglieder der Landesjugendleitung oder der Bundesjugendleitung, der Jugendausschüsse u.ä.) können älter als 27 Jahre sein.

Derzeitiger Vorsitzender (Bundesjugendleiter) ist:
Thomas Löwe, St.-Josef-Straße 20g, 39130 Magdeburg, Tel. (0391) 540 2549 (d), (0391) 7270294 (p), Fax: (0391) 7270295 (p), E-Mail: DVGJ-Info@gmx.de

Stellvertretender Vorsitzender (stellvertretender Bundesjugendleiter) ist:
Karl Irrgang, Max-Reger-Straße 28, 93167 Falkenstein, Tel. (09461)941811 (d), (09462) 910892 (p), Fax: (09461) 941860, E-Mail: karl.irrgang@roding.de

Nach dem Ausscheiden der bisherigen 2. stellvertretenden Vorsitzenden (2. stellvertretende Bundesjugendleiterin) wurde diese Position bis zu der Wahl durch den Bundesjugendausschuß kommissarisch von der Bundesjugendleitung besetzt:
Carsten Cieselski, Paul-Riebeck-Straße 12, 06110 Halle/S., Tel. (0345) 9592490 (p), E-Mail: carsten_cieselski@web.de

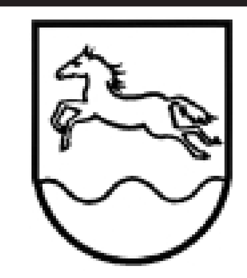
Wenn ihr Interesse an weiteren Informationen zur DVG-Jugend oder zur Zusammenarbeit zwischen der VdV-Jugend und der DVG-Jugend habt, wendet euch bitte an die Geschäftsstelle des VdV (info@vdv-bw.org) oder an mich (A.K.W@t-online.de).

Hier noch ein Hinweis zu unserer nächsten Veranstaltung:
Beim **DZU-Tag** der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen (HVF) in Ludwigsburg am **07.03.2002 um 16.00 Uhr** wird von der VdV-Jugend ein Infostand aufgebaut sein. Ich würde mich freuen, wenn sich der eine oder andere dort einfände, um Informationen zu sammeln, zu diskutieren oder uns einfach nur zu helfen, den neuen Regierungsinspektoranwärterinnen und Regierungsinspektoranwärtern unseren Verband vorzustellen und näherzubringen.

In der nächsten Ausgabe werde ich unter anderem über diese Aktion berichten.

Euer Jugendvertreter Achim K. Walter

Das Porträt



Stutensee - die junge Große Kreisstadt

Neuer Status brachte mehr Bürgerservice und bessere Entwicklungschancen

Als die vier Bürgermeister der Gemeinden Blankenloch mit Büchig, Friedrichstal, Spöck und Staffort am 20. Mai 1974 mit ihrer Unterschrift den Zusammenschluss zur neuen Gemeinde Stutensee besiegelten, bedeutete dies zwar auch, dass die bis dahin gewohnte Eigenständigkeit der einzelnen Orte in der alten Form nicht weiter bestehen würde, doch sollte er für die neue Großgemeinde ein enormes Entwicklungspotential mit sich bringen. Heute nimmt die Kommune, die zum 1. Januar 1998 zur Großen Kreisstadt ernannt wurde, eine selbstbewusste und eigenständige Stellung im Landkreis Karlsruhe ein.

Stutensee ist eine junge Stadt, die Tradition und Zukunft in gelungener Weise miteinander verknüpft. Liebenswerte Stadt im Grünen und wichtiger Standort in der Technologieregion Karlsruhe - so lässt sich Stutensee knapp, aber treffend charakterisieren.

Geographischer Mittelpunkt und Namensgeber der Stadt ist Schloss Stutensee. Es wurde im Jahre 1749 von Markgraf Karl Friedrich von Baden bei jahrhundertealten Eichen erbaut und beherbergt heute eine Einrichtung des Landeswohlfahrtsverbandes Baden.

"Natürlich" läßt es sich hier angenehm wohnen, sagen nicht nur die Neubürger. Flankiert von Hardt- und Auwald hat sich Stutensee seinen Charakter als bevorzugter Wohnort bewahrt. Gleich am Ortsrand findet der Einwohner "Natur pur" in Form von Wiesen, Feld und Wald. Die Ausweisung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten schafft zusammen mit der Renaturierung von Bachläufen und der Biotopvernetzung ein hervorragendes ökologisches Klima.

Ein optimiertes Straßennetz, das den Durchgangsverkehr aus den Stadtteilen heraushält und die Ortskerne entlastet sowie die - bis auf Durchgangsstraßen und Gewerbegebiete - flächendeckende Ausweisung von Tempo-30-Zonen steigern die Sicherheit und Ruhe der Anwohner. Gefährliche Bahnübergänge gibt es in Stutensee nicht mehr: Acht Unter- bzw. Überführungen reduzieren Staus und Wartezeiten auf Null. Stutenseer Bürger sind jedoch nicht primär auf das Auto angewiesen; öffentlicher Personennahverkehr ist in Stutensee kein Schlagwort, sondern ein reales Angebot - nicht nur für Umweltbewusste. Ob Bahn, Bus oder Stadtbahn - im Tarifverbund bleibt der Stutenseer mobil - auch ohne Auto.

Kinder und Jugendliche erwartet ein breit gefächertes Angebot. Angefangen von Kindergärten zum Wohlfühlen über Grundschulen mit Kernzeitenbetreuung, Hauptschulen mit Werkrealschulen, Realschule bis hin zum Gymnasium - in Stutensee lässt sich jeder Schulabschluss erreichen. Zahlreiche Betriebe vor Ort oder im direkt angrenzenden Karlsruhe bilden junge Menschen für das Berufsleben aus.



Per Neubaustrecke ist Stutensee mit dem regionalen Karlsruher Stadtbahnnetz verknüpft

Arbeiten und Einkaufen in Stutensee haben in den letzten Jahren einen höheren Stellenwert gewonnen. Leistungsstarke Einzelhandelsgeschäfte, Handwerks-, Mittel- und Großbetriebe, Verbrauchermärkte und vor allem kleinere, aber feine Hightech-Betriebe mischen in der Technologieregion Karlsruhe kräftig mit und bieten qualifizierte Arbeitsplätze. Ob um die Ecke oder in den Gewerbegebieten: Die Einwohner finden alles für ihren Bedarf.

In der Freizeit treffen sich die Jugendlichen im Jugendzentrum oder in Vereinen; diese bieten natürlich auch Erwachsenen nahezu alle Möglichkeiten sportlicher oder kultureller Betätigung. Trotz des großen Angebotes der nahen Großstadt Karlsruhe gewinnt der "Kulturkalender" immer mehr Freunde. Auch in der Festhalle und in den Veranstaltungshallen ist immer etwas los.

Vereinigung legte Fundament für rasante Entwicklung

Wie kein anderes Ereignis in der jüngeren Geschichte markiert der freiwillige Zusammenschluss der Gemeinden Blankenloch mit Büchig, Friedrichstal, Spöck und Staffort zum 1. Januar 1975 einen Wendepunkt und kündigt zugleich den Beginn eines neuen Zeitalters für die vier benachbarten Gemeinden an. Zwar bedurfte es sowohl für die Bürger als auch für die politische Gemeinde selbst einige Zeit und Anstrengungen, die gewohnte Eigenständigkeit in den neuen Gemeindeverband einzubringen, doch schon bald wurde deutlich, dass sich aus der neuen Größe auch neue Chancen ergeben.

Zurückblickend kann den damaligen Bürgermeistern und Gemeinderäten, aber auch den engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die für die Viererlösung gekämpft haben, eine glückliche Hand und ein bemerkenswerter Weitblick attestiert werden. Keine der zahlreichen Bedenken und Vorbehalte wurden Realität - im Gegenteil: die neue Gemeinschaft hat sich bewährt.



Schloss Stutensee - geographischer Mittelpunkt und Namensgeber der Großen Kreisstadt (Foto: M. u. Th. Hornung)



Die Festhalle: größtes Kultur- und Begegnungszentrum in Stutensee

Dreistellige Millionenbeträge in die Infrastruktur investiert

Die Ausweisung zahlreicher neuer Wohn- und Gewerbegebiete hatte Anteil daran, dass die Einwohnerzahl seit 1975 um über 30 % gewachsen ist. In einem enormen Entwicklungsprozess wurde die Infrastruktur harmonisch den zahlreichen neuen Gewerbe- und Wohngebieten angepasst. So waren gerade die letzten zehn Jahre von umfangreichen Investitionen und atemberaubender Dynamik geprägt: die Bereitstellung neuer Energie- und Informationsträger in Form von Erdgas und Breitbandverkabelung, die Beseitigung aller acht schienengleichen Bahnübergänge durch sichere Unter- bzw. Überführungen, neue Umgehungsstraßen für Blankenloch, Friedrichstal und Spöck mit gleichzeitiger flächendeckender Ausweisung von Tempo-30-Zonen, die Erweiterungen und Neubauten von Schulen und Kindergärten in allen Stadtteilen, der Bau von Anlagen für die Wasserversorgung und Abwasserbehandlung, wo die Stadt sämtliche "Hausaufgaben" erledigt hat, das neue Kinder- und Jugendzentrum, die Rathauserweiterung, der neue Zentralbauhof und natürlich der Neubau der Stadtbahnstrecke Karlsruhe - Stutensee, die seit September 1997 den öffentlichen Personennahverkehr revolutioniert hat - alles Investitionen direkt in die Zukunft.

Ernennung zur Großen Kreisstadt wurde planmäßig vorbereitet

Die "magische" 20.000-Einwohner-Schwelle, die eine Ernennung zur Großen Kreisstadt überhaupt erst ermöglicht, wurde bereits im Jahr 1990 überschritten. Die Gemeinde verfiel damals jedoch nicht in hektischen Aktionismus, um möglichst schnell den neuen Status für sich zu beanspruchen, sondern erlegte sich selbst ein Maß an Ruhe und Distanz auf, um zunächst die eigene Lage zu analysieren, Zukunftsperspektiven zu ergründen und gleichermaßen überlegt wie planmäßig vorzugehen.



Leben und Arbeiten in Stutensee - Blick auf das Blankenlocher Gewerbegebiet "Süd II" (Foto: M. u. Th. Hornung)

"Mehr Bürgerservice und bessere Entwicklungschancen", diese beiden gewichtigen Argumente wertete der Gemeinderat als entscheidend, als er in seiner öffentlichen Sitzung am 22.03.93 beschloss, die Ernennung zur Großen Kreisstadt zu beantragen.

Damit verbunden war die Forderung, zunächst die konkreten organisatorischen und räumlichen Voraussetzungen zu schaffen. Im Einzelnen bedeutete dies die stufenweise Übernahme der Zuständigkeiten der örtlichen Straßenverkehrsbehörde sowie der unteren Baurechtsbehörde sowie die Erweiterung des Rathauses als Grundlage für effizientes Verwaltungshandeln.

Dieses stufenweise Vorgehen hat sich bewährt: die Verwaltung konnte sukzessive aufgebaut werden, anstatt sie am Tage "X" völlig umzukrempeln. Positiver Nebeneffekt dieser Vorgehensweise war, dass ein Mehr an Bürgerservice schon frühzeitig möglich war.

Rathauserweiterung und Bürgerbüro bringen mehr Bürgerservice

Mit der Erweiterung des Rathauses wurde die funktionale Grundlage für eine gute Verwaltungsarbeit geschaffen. Die vorher auf mehrere Standorte verteilte Verwaltung wurde unter einem Dach vereint, und natürlich wurde auch die rathauseigene EDV erweitert und optimiert. Sämtliche Arbeitsplätze wurden durch eine sternförmige Verkabelung miteinander verbunden. Alle Außenstellen des Bürgerbüros in den Ortsteilen sowie der neue Bauhof sind an das Rathausnetz angeschlossen, das derzeit 110 Arbeitsstationen umfasst.



Das neu eingerichtete Bürgerbüro im Erdgeschoss des Rathauses: mehr Dienstleistungen zu erweiterten Öffnungszeiten in behördenuntypischem Ambiente

Als echte "Sonderausstattung" im ansonsten durch pure Zweckmäßigkeit gekennzeichneten Verwaltungsbau wurde im entkernten Eingangsbereich des Erdgeschosses ein Bürgerbüro eingerichtet, wo ein Großteil aller besonders häufig nachgefragten Verwaltungsleistungen angesiedelt wurde und wo in Verbindung mit einer Infothek umfassende Informationen abgefragt werden können. Ausgestattet mit modernster Technik und besetzt durch speziell geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhält der Bürger in einem angenehmen Ambiente Dienstleistungen in einer neuen, bislang von der



öffentlichen Verwaltung nicht gewohnten Form. Großzügige Bedienungsbereiche mit "runden-Tische-Situationen" tragen mit zur entspannten, angenehmen Atmosphäre bei, die im Bürgerbüro herrscht. Die bisherigen Verwaltungsstellen in den Stadtteilen wurden sowohl organisatorisch als auch technisch "online" in das Konzept des Bürgerbüros mit eingebunden, sodass die neue Qualität an Verwaltungsleistung flächendeckend in der ganzen Gemeinde angeboten werden kann. Die Öffnungszeiten sind gegenüber den Sprechzeiten der übrigen Verwaltung erweitert und insbesondere auch auf die Belange berufstätiger "Kunden" angepasst.

Zukunft bringt neue Aufgaben

Seit 1. Januar 1998 ist Stutensee Große Kreisstadt und trägt seitdem im Quartett der Großen Kreisstädte im Landkreis seinen Teil zu einem harmonischen Klang des Ganzen bei. Ministerpräsident Erwin Teufel sagte bei der Stadterhebungsfeier, dass die Große Kreisstadt Krönung einer herausragenden Entwicklung und somit Lohn für die gemeinsamen Anstrengungen in Stutensee sei. Gleichzeitig betonte er, dass dies kein Endpunkt einer dynamischen Entwicklung ist, sondern Ausgangspunkt und Ansporn für weiteres Gedeihen.

Größte Herausforderung und Aufgabenschwerpunkt der Gegenwart ist die Weiterführung der Stadtbahn von der bisherigen Endhaltestelle in Blankenloch über Friedrichstal bis nach Spöck. Nach erfolgreich durchgeführten Sanierungen in Blankenloch und Büchig ist jetzt die Ortskernsanierung für Friedrichstal angelaufen, für Spöck haben die Planungen begonnen. Grünordnungspläne und ein Gewässerentwicklungsplan sollen für mehr Lebensqualität in allen Stadtteilen sorgen. Im Rahmen der städtischen Wirtschaftsförderung unternimmt die Stadt weiterhin viele Anstrengungen, bestehende Betriebe zu halten bzw. neue Unternehmen anzusiedeln.

"Ein besonderes Augenmerk gilt der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements", betont Oberbürgermeister Klaus Demal. So gibt es eine lebendige Vereinsszene, die die Stadt u. a. mit ihrem preisgekrönten Projekt "Vereine ans Netz" unterstützt. In der "Lokalen Agenda 21" befassen sich acht Gruppen mit den unterschiedlichsten Themen, mit Künstlern und Kunstinteressierten ist die Stadt in einen Kulturdialog getreten.

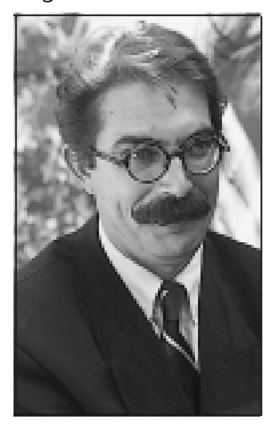
Mehr Informationen können unter der Internet-Adresse www.stutensee.de abgerufen werden. Kontakt: rathaus@stutensee.de

Martin Zawichowski

Aktuelle Themen

Verwaltungsreform: Mode oder Management

Der Autor, auch als Pressesprecher im Finanzministerium, Zentralstellenleiter im Umweltministerium und Dozent an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung tätig, ist mit der Lage des öffentlichen Dienstes im Allgemeinen und mit der Kommunalverwaltung im Besonderen etwas vertraut. Er leitet seit 1990 als Bürgermeister das Referat Umwelt, Sicherheit und Ordnung bei der Landeshauptstadt Stuttgart und ist seit 1998 federführend für den Prozess der Lokalen Agenda zuständig. In seiner Glosse gibt der mit Mutterwitz ausgestattete Autor seine Einschätzungen zur viel diskutierten Verwaltungsreform und ihrer Bedeutung für den öffentlichen Dienst wieder.



Deutschland befindet sich im Reformfieber. Die Politik weist täglich auf dringende Reformen in den unterschiedlichsten Bereichen hin. Auch die Kommunalverwaltung kann davon nicht ausgenommen sein. Die Politik hat ihr die Verwaltungsreform verordnet. Schlagworte sind: "Modernisierung durch Verwaltungsreform" - "Die Dienstleistungskommune als reformierte Verwaltung" - "Die Bürger sollen bei der Produktion und Bereitstellung kommunaler Güter aktiv beteiligt werden" - "Die kundenfokussierte Verwaltung" - "Verwaltung auf dem Weg zum Unternehmen" - "Szenario 2002: Die Zukunft der Leistungsvergleiche".

Manches erinnert an die Geschichte von den zwei Sonntagsjägern, die von der Jagd heimkommen. Ihre Stimmung ist ziemlich schlecht. Einer legt den Rucksack in der Ecke ab, es fällt kein Wort. Die Ehefrau will sie aufheitern und sagt: "Macht doch kein so finsteres Gesicht. Immerhin ist doch euer Rucksack ganz schön schwer". Darauf der Ehemann grantig: "Sei bloß ruhig. Da ist der Hund drin".

Diese Geschichte erzählte Manfred Rommel gerne, wenn er sich über Schnellschüsse von eifrigen Grünhörnern in Verwaltung und Politik amüsierte. Mir fällt diese Geschichte ein, wenn ich über das nachdenke, was mitunter als Verwaltungsreform verkauft wird. Das ist ja fast überall - natürlich auch in Stuttgart - zur Zeit ein Thema.

Nun gibt es Themen, die immer in Mode und jedem sympathisch sind. Themen, bei denen jeder mitreden kann. So ein Thema ist auch die Verwaltungsreform. Das fängt schon mit dem Wort Reform an. Mit dem Wort Reform verbindet fast jeder den Gedanken an eine Verbesserung. Und wer könnte sich nicht konkrete Verbesserungen vorstellen, wenn er an eigene Erfahrungen mit der Verwaltung im Allgemeinen und mit der Stadtverwaltung im Besonderen denkt. Etwa beim Reisepass. Da wäre es sicher bequemer, wenn man ihn im Internet bestellen könnte. Da sich aber eine persönliche Unterschrift nicht ganz vermeiden lässt, dann wird doch die Verwaltung wenigstens so eingerichtet werden können, dass dies ohne längere Wartezeit erledigt werden kann. Für manche ist das schon Verwaltungsreform.

Ungemein wird der Sympathiewert der Verwaltungsreform erhöht durch die Tatsache, dass sie die Verwaltung nicht nur verbessern, sondern auch verbilligen soll. Kein Wunder also, dass Verwaltungsreform ein Lieblingsthema der Presse ist, die jeden noch so kleinen Ansatz einer Verwaltungsreform mit großer Begeisterung verfolgt.

Dies führt fast unvermeidlich dazu, dass auch Parlamentarier aller Ebenen, Politiker, aber auch "Verwaltungsangehörige besonderer Art", sich im Glanz dieses Themas aufhalten wollen.

Man kann sich dem Thema auch von verschiedenen Seiten nähern. Man kann fragen: Was will der Bürger? Was erwartet er eigentlich von der Verwaltung im Allgemeinen und von der Stadtverwaltung im Besonderen?

Wenn er die Verwaltung braucht oder die Verwaltung kraft Gesetzes etwas zu tun hat, erwartet der Bürger völlig zu Recht:

1. dass sie ihre Aufgaben möglichst zügig, möglichst kompetent und möglichst effektiv erledigt;
2. kann der Bürger mit Recht erwarten, dass die Verwaltung nur so wenig Kosten produziert, wie unbedingt notwendig;
3. kann man auch von Behördenmitarbeitern Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft erwarten.

In Zeiten knapper Kassen gehört es daher zu den selbstverständlichen Aufgaben einer öffentlichen Verwaltung, ihre Arbeit unter den Gesichtspunkten Kostentransparenz und Effektivität selbstkritisch zu hinterfragen und zu optimieren. Dabei muss es nicht falsch sein, wenn man Anleihen bei Unternehmen der Privatwirtschaft macht. Es muss auch nicht falsch sein, wenn Unternehmensberater konsultiert werden. Wenn man das tut, sollte man sich aber auch im klaren darüber sein, dass es auch in dieser Branche sotte und sotte gibt. Bei manchen ist der Inhalt nichts, die Form alles. Wenn ich mir z. B. einen typischen Satz wie "Unternehmenserfolg in der Informationsgesellschaft wird über interdependente Führungsteams gesichert, denen es dank kommunikativer Fähigkeiten gelingt, Wissensarbeit über Kompetenz, Vision und Werte im vernetzten Unternehmen zu motivieren", dann werde ich eher nachdenklich. Arg viel kann ich damit noch nicht anfangen.

Manche erheben solche Sätze zu einem Credo. Den Satz habe ich neulich gefunden in einem amtlichen Papier über die Verwaltungsreform bei der Landeshauptstadt Stuttgart. Es war natürlich nicht der Einzige dieser Art. Da wird mit Imponiervokabeln nur so um sich geworfen. Wahrscheinlich, um eventuelle Zweifel an der eigenen Kompetenz von Anfang an im Keim zu ersticken. Eine schlichte Personaleinsparung wird zum Lean-Management erhoben. Qualitätsmanagement oder besser noch "Quality-Management", noch besser "Total-Quality-Management", sind jetzt plötzlich dringend nötig, um mit Hilfe von "Down-sizing", "Outsourcing" und "Design-Consulting" "erhebliche Synergieeffekte" erzielen zu können.

Moderne Begriffe schwirren nur so durch das Land und schießen wie die sprichwörtlichen Pilze aus dem Boden. Bei Lichte betrachtet sind es aber bloße Vokabeln, die unterschiedlichste Facetten von "Verwaltungsmodernisierung" meinen. Es ist ein terminologisches Kommen und Gehen.

Da wird schon die Beglaubigung einer Kopie auf dem Bezirksrathaus zum Anlass genommen, eine neue Verwaltungsphilosophie zu installieren. Überhaupt ist anscheinend so ein Bezirksrathaus die geeignetste Basis für Visionen aller Art.

Ich halte mich wirklich nicht für besonders altmodisch oder knöchern. Ich bin auch der Meinung, dass die Verwaltung gut daran tut, in Anlehnung an die katholische Kirche ("ecclesia semper reformanda") immer selbstkritisch über ihre Arbeit nachzudenken. Aber angesichts des gerade in Mode befindlichen Imponiervokabulars kann ich nur mit Thomas Bernhard sagen: "Wer eine Vision hat, sollte zum Arzt gehen".

In diesem Fall zum Amtsarzt. Denn "Verwaltung" heißt in erster Linie nicht Verfolgen von Visionen, sondern ordentliche Erfüllung der notwendigen Aufgaben unter Beachtung der gesetzlich vorgegebenen Verfahrensweisen und Ziele. Für mich ist es nur peinlich, wenn sich politische Vertreter der Verwaltung des Vokabulars der Wirtschaft hauptsächlich deshalb bedienen, um auch modern und unbürokratisch zu erscheinen. Nehmen Sie etwa den Begriff "Produkt": Landauf - landab werden derzeit "interkommunale Produktbörsen" gebildet. Da wird alles zum Produkt. Das gesamte Verwaltungshandeln wird verproduktet. Das soll notwendig sein, wenn man eine Kosten-/Leistungsrechnung erstellen will.

Es gibt sicher auch in der Verwaltung Bereiche, wo das passt. Meinetwegen bei einem Gartenbauamt oder bei der Müllabfuhr. Diese Bereiche haben aber schon lange vor der Verwaltungsreform als Betriebe gewerblicher Art betriebswirtschaftlich gearbeitet, die Kameralistik durch Doppik ersetzt. Oft passt es aber nicht. Was ist - um ein Beispiel aus meinem Geschäftsbereich zu nehmen - z. B. mit dem Produkt "Abschiebung" oder dem Produkt "Bußgeldbescheid"? Das müssen ja Ladenhüter sein! Die bringe ich auch mit der größten Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft nicht an

den Mann. Weder der Kunde Ausländer noch der Kunde Umweltsünder werden jemals nachfragen nach diesen Produkten des "Großdiscounters Verwaltung".

Geld kostet auch eine Fachinformation, die ich manchmal von einem meiner Ämter zur Erledigung meiner Aufgabe brauche. Natürlich ist auch die Fachinformation ein Produkt. Ich bin gespannt auf die erste Rechnung für ein solches Produkt. Im Scherz könnte man bei einer solchen Betrachtung auf den Gedanken kommen, auch den morgendlichen Gruß oder Handschlag der Führungskräfte zu "verprodukten" und zu verrechnen.

Vieles ist natürlich Psychologie. Es ist klar, dass man die Verwaltung "fit machen" muss. Wer wollte nicht fit sein. Mitarbeiterschulung im Sinne von Corporate Identity. Ich warte nur noch auf den Tag, bis die Mitarbeiter des Sozialamtes ihre Kunden mit einem mindestens ebenso freundlichen Lächeln empfangen wie im Kaufhaus. Nett wäre dann auch ein Button am Sakko "Schön, dass Sie da sind!" Sanfte Hintergrundmusik könnte manches schwierige Gespräch erleichtern. Beim städtischen Bestattungsdienst würde sich das Requiem von Mozart anbieten.

Im Ernst: Es gibt wesentliche Unterschiede zwischen einer Behörde und einem Unternehmen. Die eine hat die Aufgabe, dem Bürger zu dienen, indem Sie den Rechtsstaat, den sozialen Rechtsstaat verwirklicht.

Der Vorsitzende der Enquete-Kommission " Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" beschreibt dies wie folgt: "Die Forderung für die Zukunft zielt nicht auf mehr Staat oder weniger Staat, sondern auf einen aktivierenden, ermöglichenden Staat, der den Rahmen bildet für eine jeweils angemessene Mischung von bürgerschaftlichem Engagement und staatlicher Unterstützung". Für die Verwaltung bedeutet dies "Nachhaltige Entwicklung und (kommunale) Verwaltungsmodernisierung, ein Wechsel von einer "Verwaltung für den Bürger" hin zu einer "Gestaltung mit dem Bürger".

Wer das andere, wer Privatwirtschaft will, muss zunächst mal Gewinn erzielen. Die Behörde soll dem Bürger dienen. Das Unternehmen muss am Kunden als Verbraucher verdienen. Es wäre nützlich, wenn sich manche wieder an diese Wesensverschiedenheit gegenüber der Wirtschaft erinnern würden. Wer das nicht tut, riskiert einen erheblichen Qualitätsverlust der Arbeit. Leitendes Prinzip sollte die Konzentration auf das Wesentliche sein. Die Schweizer nennen das "Verwesentlichung".

Manche Erfinder von Konzeptionen und Projekten wären gut beraten, wenn sie aus dem Wort eines Kapellmeisters im alten Wien lernen würden. Als Johann Strauß das Orchester lobte, hat dieser festgestellt: "Ja, Herr Strauß, hingeschrieben ist so etwas leicht, aber spielen, das ist eine Sauarbeit". Nichts gegen die Arbeit der Verwaltungsreformer, aber ein Mindestmaß an Sinn sollte sie schon haben.

Ganz zum Schluss eine Anmerkung zum Begriff Bürokratie. "Bürokratie" und "bürokratisch" sind Begriffe, die beide negativ besetzt sind. Der legendäre Soziologe Max Weber, der kürzlich von den Feuilletonisten als einer der größten deutschen Denker dieses Jahrhunderts bezeichnet wurde, hat festgestellt: "Eine Verwaltung ist entweder bürokratisch oder dilettantisch!" Ich ziehe eine bürokratische vor.

Bürgermeister Jürgen Beck
Landeshauptstadt Stuttgart

Hinweis in eigener Sache

Wir mussten auf ein neues EDV-Verfahren umstellen. Sollte es in Einzelfällen bei der Abbuchung des Mitgliedsbeitrages für das Jahr 2002 oder der Zeitungszustellung zu Fehlern gekommen sein, bitten wir unsere Mitglieder um Verständnis.

Bitte setzen Sie sich bei Unstimmigkeiten mit uns in Verbindung. Wir werden diese dann schnellstmöglich beheben.

Ihre Verbandsgeschäftsstelle

Folgende Ausgaben der Verwaltungszeitung sind als PDF-Datei abrufbar:
Nr. 6 - Dezember 2001
Nr. 5 - Oktober 2001
Nr. 4 - August 2001
www.nussbaum.de/VZ
www.vdv-bw.org
Zum Lesen der Datei benötigen Sie den kostenlos erhältlichen ADOBE-Acrobat-Reader.

Seminar Personalmanagement

30. Juni bis 2. Juli 2002
im dbb forum siebengebirge, Königswinter-Thomasberg
Teilnehmergebühr: 50 €
Hierdurch sind abgegolten: Unterbringung in komfortablen Einzelzimmern mit Vollpension (ohne Getränke) sowie Fahrtkostenersatz entsprechend Großkundenabonnement der Deutschen Bahn.
Anmeldungen an die Geschäftsstelle des Verbands der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg, Panoramastr. 27, 70174 Stuttgart, Tel. (0711) 2263262, Fax (0711) 2263280, E-Mail: info@vdv-bw.org

Treffpunkte

Seit Jahrzehnten werden in der Verwaltungszeitung die generellen Termine von Kurstreffen bekannt gegeben. Leider erfährt die Redaktion Änderungen nicht in allen Fällen. Sofern die nachstehenden Termine nicht mehr aktuell sind, bitten wir die betroffenen Kollegen, dies der Geschäftsstelle mitzuteilen.

1934/35
auf Einladung
1935/36
auf Einladung
1936/37
jeden 2. Dienstag in den Monaten Februar, Mai, August und November ab 12 Uhr im "Ratskeller" Stuttgart
1938/39
auf Einladung
1939/40
letzter Mittwoch im Monat, 12.30 Uhr, Café Reinsburg, Paulinenstr. 38
1941/42
auf Einladung des Obmanns
1946
auf Einladung
1948/49
2. Donnerstag ab 17 Uhr, "Ratskeller", Stuttgart
1949/50
2. Mittwoch im ungeraden Monat, "Restaurant Sautter", Johannesstr. 28
1950/51
2. Donnerstag im Februar, Mai, August und November ab 17 Uhr, "Ketterer", Marienstr. 3
1951/52
2. Donnerstag jeden Vierteljahres ab 16 Uhr, "Ketterer", Marienstr. 3
1954/55
1. Donnerstag im März, Juli und November ab 16 Uhr, "Trollinger", Ecke Rotebühl- und Silberburgstraße. Der Stammtisch fällt im November aus, wenn ein Herbsttreffen war.
1956/57
1. Donnerstag im Februar, Mai und November ab 18 Uhr, "Altes Rathaus", Winnenden, Marktstr. 47
1957/58
2. Freitag in den ungeraden Monaten ab 18 Uhr, "Tübinger Tor", Neckarstr. 213
1958/59
1. Montag im Kalendervierteljahr im "Kachelofen", Eberhardstr. 10, Stuttgart-Mitte
1959/60
1. Donnerstag im März, Juni und Dezember ab 18 Uhr, "Brauereigaststätte Dinkelacker", Tübinger Str. 48
1960/61
auf Einladung des Obmanns
1961/62
1. Freitag im März, Juni, September, Dezember ab 19 Uhr, "Brauereigaststätte Sanwald", Silberburgstr. 157
1962/63
jeweils 2. Freitag im Vierteljahr (wenn Feiertag, dann 3. Freitag) ab 17 Uhr, "Brauereigaststätte Dinkelacker", Tübinger Str. 48
1963/64
1. Freitag jeden Vierteljahres ab 19 Uhr, "Kronprinz", Neckarstr. 124
1964/65
halbjährlich auf Einladung des Obmanns
1965/66
jährlich auf Einladung des Obmanns
1969/70
am 2. Samstag im Oktober auf Einladung des Obmanns

Blickpunkt EDV

Tipps und Tricks

Access 97/2000/XP

● **Euroanpassung in Access**

Bei der Planung zur Euro-Umstellung für Access-Datenbanken besteht Aufwand nicht nur aus der Umrechnung betroffener Felder und der Umstellung der Währung in der Systemsteuerung. Leider müssen diverse Feldeigenschaften von Hand umgestellt werden.

Wenn Sie im Kontrollfeld "Ländereinstellungen" auf der Registerkarte "Währung" statt "DM" das Euro-Zeichen oder "EUR" eintragen, berücksichtigt Access das zwar für die Anzeige in Datenblättern, Formularen oder Berichten, wenn Sie allerdings das Objekt im Entwurfsmodus öffnen, setzt Access für den Datentyp "Währung" ein benutzerdefiniertes Format "A.AA0,00 DM "" ein. Mit dem nächsten Speichern des Objektes wird anstelle des Euro-Symbols wieder "DM" angezeigt! Außerdem wird das in der Systemsteuerung eingestellte Währungszeichen auch für Felder/Beträge verwendet, die eventuell noch in "DM" anzuzeigen wären!

Sie müssen also jedes Objekt - Tabelle, Abfrage, Formular, Bericht - und dort die einzelnen Felder/Textfelder manuell auf den Datentyp "Währung" prüfen und anpassen:

1. Öffnen des **Objektes (Tabelle, Abfrage, Formular, Bericht).**
2. Prüfen der **Felder/Textfelder,** die ehemals auf "Währung" standen - hier ist jetzt ein benutzerdefiniertes Format mit "DM" als Währung eingetragen.
3. Zurückstellen des Formats auf "Währung", wenn das Feld in "Euro" angezeigt werden soll - Access verwendet nun die Währungseinstellungen gemäß Systemsteuerung. Soll das Feld nach wie vor in "DM" angezeigt werden, lassen Sie das vorgegebene, benutzerdefinierte Format unverändert, es wird dann mit dem Entwurf gespeichert und sorgt so für die korrekte Anzeige in "DM".

In Access 2000/2002 können Sie den Datentyp "Währung" und das Format "Euro" einstellen. Beträge werden dann automatisch mit dem Euro-Zeichen angezeigt. Wenn Sie in der Systemsteuerung das Währungszeichen vom Euro-Zeichen auf die ISO-Bezeichnung "EUR" ändern, müssen Sie Ihre Access-Datenbanken ebenfalls anpassen! Access verwendet das in der Systemsteuerung eingestellte Währungszeichen nur dann automatisch, wenn sowohl Datentyp als auch Format auf "Währung" eingestellt sind.

Diese Objekte/Felder sind zu prüfen:

● **Tabellen:** Zunächst einmal müssen Sie natürlich alle Tabellen prüfen, in denen Felder vom Datentyp "Währung" verwendet werden. Darüber hinaus werden Beträge oftmals aber auch in Feldern vom Datentyp "Double" oder "Single" gespeichert. Sofern dies der Fall ist oder zumindest möglich sein kann, ist es also erforderlich, Tabellen auf Felder dieser drei Datentypen zu prüfen und entsprechend anzupassen.

● **Abfragen:** Bei der Ausführung von Abfragen übernimmt Access normalerweise den Datentyp und das Format gemäß den Einstellungen im Tabellenentwurf. Oftmals werden diese Einstellungen aber für einzelne Felder überschrieben, indem im Abfrageentwurf mit der rechten Maustaste auf die Spalte geklickt und im Eigenschaften-Dialog die Eigenschaft "Format" individuell gesetzt wird. Es sind somit auch alle Abfragen, in denen die Eigenschaft "Format" explizit gesetzt wurde, zu prüfen und anzupassen.

● **Formulare/Berichte:** Bei der Erstellung von Formularen und Berichten übernimmt Access Datentyp und Format zunächst gemäß den Einstellungen im Tabellenentwurf und speichert die Informationen mit dem Formular oder dem Bericht. Wenn Sie Einstellungen später im Tabellenentwurf ändern, bewirkt das nicht automatisch eine Änderung der darauf basierenden Formulare oder Berichte.

Es ist deshalb erforderlich, alle Formulare und Berichte, in denen Beträge/Währungen angezeigt/verarbeitet werden, zu prüfen. Dabei sollten in Formularen nicht nur Textfelder, sondern auch andere Steuerelemente wie beispielsweise Kombinationsfelder geprüft werden - es kommt zwar selten vor, teilweise sind aber auch für Kombinationsfelder spezielle Formate gesetzt, um zum Beispiel vorgegebene, auswählbare Beträge für Porto-/Verpackung oder ähnlich korrekt formatiert anzuzeigen.

● **Makros und Module:** Makros und VBA-Funktionen/-Prozeduren mit Währungsrelevanten Aktionen/Anweisungen müssen einzeln manuell geprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Wenn Sie zum Beispiel in VBA-Routinen eine Anweisung wie "txtGesamt = Format(txtNetto + txtMwst, "A,AA0.00 DM")" einsetzen, muß in all diesen Anweisungen die Formatmaske angepaßt werden. Die Funktion "Format[$]0" berücksichtigt die Einstellungen in der Systemsteuerung nur dann, wenn Sie beispielsweise die Anweisung "txtGesamt = Format(txtNetto + txtMwst, "Currency")", also eine benannte Formatmaske eingesetzt haben.

Am einfachsten finden Sie alle Verwendungen von "Format[$]0" und ähnlichen Anweisungen in Ihren Routinen über die Access-interne Suchen-Funktion:

1. Öffnen Sie ein beliebiges Modul oder die Ereignisprozedur eines Formulars/Berichtes/Steuerelementes in der VBA-Entwicklungsumgebung.
2. Wählen Sie das **Menü Bearbeiten - Suchen** an oder klicken Sie auf das Suchen-Symbol in der Symbolleiste.
3. Geben Sie im Feld "Suchen nach" den Begriff "format" ein.
4. Wählen Sie die Option "Aktuelle Datenbank" und deaktivieren Sie alle Kontrollkästchen.
5. Klicken Sie auf die Schaltfläche **Weitersuchen.**
6. Schließen Sie den Suchen-Dialog bei der Anzeige der ersten Fundstelle und prüfen Sie die Anweisung.
7. Drücken Sie F3, um die Suche fortzusetzen.

Access zeigt Ihnen nun der Reihe nach alle Verwendungen von "Format[$]" in Modulen, Formularen oder Berichten an, Sie können die Formatmasken prüfen, entsprechend anpassen und dann mit F3 zur nächsten Fundstelle gehen. Wenn Sie immer gleiche Formatmasken verwendet haben, lassen sich diese eventuell auch über die Ersetzen-Funktion automatisch anpassen, indem Sie beispielsweise nach "A,AA0.00 DM" suchen und durch "A,AA0.00 +EU " ersetzen lassen.

In größeren Datenbanken mit mehreren Modulen und Ereignisprozeduren in vielen verschiedenen Formularen und Berichten ist der Einsatz der Suchen-/Ersetzen-Funktion zu mühsam und zeitaufwendig. Hier kann das Tool "Speed Ferret" eine unschätzbare Hilfe sein: Es erlaubt Ihnen unter anderem das Suchen mit Wildcards/Platzhaltern sowie die Zusammenfassung mehrerer Suchen-/Ersetzen-Vorgänge und die Ausführung in einem Durchgang.

Achim Sekler

Bücher

Vorschriftensammlung für die Verwaltung in Baden-Württemberg - VSV -

hrsg. von Professoren der Fachhochschulen Kehl und Ludwigsburg

Loseblattwerk, etwa 7310 Seiten, 76 € einschl. 2 Ordnern

Richard-Boorberg-Verlag, Stuttgart

Die Zusammenfassung des Bundes- und Landesrechts in einer Sammlung zeichnet die VSV Baden-Württemberg aus. Seit Jahrzehnten wird sie nicht nur in der Ausbildung an den Fachhochschulen, sondern auch in der Verwaltungspraxis täglich eingesetzt.

Die Gliederung der bewährten Sammlung orientiert sich am Aufbau des Bundesgesetzblattes Teil III mit seinen jährlich erscheinenden Fundstellennachweisen. Hinweise auf weitere Vorschriften mit Fundstellenangaben und Querverweise erleichtern die Arbeit. Durch regelmäßige Ergänzungslieferungen bleibt das Loseblattwerk immer auf dem aktuellen Gesetzesstand.

Die 82. Ergänzungslieferung bringt die Sammlung auf den Rechtsstand März 2001. Die Lieferung setzt sich hauptsächlich aus Neubekanntmachungen der Vergabevorschriften und den dazugehörigen Verwaltungsvorschriften und Erlassen zusammen.

Das Stichwortverzeichnis wurde angepasst. Weiter sind in der Ergänzung die bis Ende März angefallenen Änderungen anderer Vorschriften enthalten. Betroffen sind im Bundes- und Landesrecht u. a. das Landesverwaltungsgesetz, das Ernennungsgesetz, das Krankenhausfinanzierungsgesetz, das Landesplanungsgesetz, das Naturschutzgesetz sowie das Straßenverkehrsgesetz.

Neues von den Hochschulen

Fachhochschule Kehl

Studentische Vertreter gewählt

Die Fachhochschule Kehl hat einen neuen Allgemeinen Studierenden-Ausschuss (AStA) und eine neue Studierenden-Selbstverwaltung (SSV). Von den 519 wahlberechtigten Studierenden haben 65,9 Prozent ihre Stimme abgegeben. Dem AStA sitzt Bernd Schaefer vor, der sich auch der EDV/Internet-Angelegenheiten annimmt. Benjamin Vater ist 1. Stellvertreter und für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig, Timo Borst ist 2. Stellvertreter und kümmert sich um die Zusammenarbeit mit der SSV. In Manuela Habigers Ressort fallen Büroorganisation und Studentenzeitschrift, während Philipp Späth der "Verbindungsmann" zur Schwesterhochschule in Ludwigsburg ist sowie Nicole Richter vertritt, die den AStA beim Studentenwerk Freiburg repräsentiert. Nadine Haaga ist "Finanzministerin" des AStA. Mitglieder der SSV sind unter anderem Andreas Pautsch und Benedikt Kleiner.



Hintere Reihe: Rektor Prof. Sperling, Philipp Späth, Andreas Pautsch, Nicole Richter, Bernd Schaefer, Nadine Haaga, Benjamin Vater, Prorektor Prof. Witt; vordere Reihe: Benedikt Kleiner, Manuela Harbiger, Timo Borst

Der AStA ist vor allem auch erste Anlaufstation für Studierende, wenn aus ihrer Sicht an der FH Kehl etwas nicht so läuft wie es laufen soll. Er stellt das "politische" Organ der Studierendenvertretungen dar und verfügt über Haushaltsmittel des Landes, um einzelne, gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben erfüllen zu können.

Beispielsweise fördert er Praktika im Ausland, organisiert Infoveranstaltungen zu verschiedenen Themen und ist im Hochschulsenat und weiteren Gremien vertreten. Die SSV wird weitläufig als das Freizeitorgan der FH bezeichnet. Sie wird aus der Studentenschaft gebildet und setzt sich aus elf verschiedenen Referaten zusammen, beispielsweise dem Kultur-, dem Sozial- und dem Sportreferat. Die Mittel der SSV "verdient" diese selbst über die vielen Bälle und Feste bzw. über den Studierendenbeitrag. Sie ist eine unabhängige Organisation, ihrer Aktivität und Kreativität sind also (fast) keine Grenzen gesetzt.

Torsten Haß

FH-Hochschulrat tagte

In der Fachhochschule trat dieser Tage zum vierten Mal der Hochschulrat zusammen - ein Gremium, das fast zur Hälfte aus Nicht-Hochschulangehörigen besteht und das Maßnahmen vorschlägt, die zur Profilbildung dienen sowie die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen. Unter anderem wurde der Hochschulwirtschaftsplan 2002 besprochen. Ein mittelfristiges Risiko für Wirtschaftspläne nach 2002 stelle beispielsweise die "Professoren-Pensionierungswelle" dar: Wenn die Lehre danach noch voll aufrechterhalten werden solle, komme die Fachhochschule mittelfristig nicht umhin, mehr Lehrbeauftragte unterrichten zu lassen. "Jetzt können wir diese Kosten noch ganz gut auffangen, aber dann wird's nicht mehr möglich sein", so Rektor Prof. Hans-Jürgen Sperling in der Runde, die dem Wirtschaftsplan ebenso zustimmte wie der Funktionsbeschreibung für eine spätestens 2003 frei werdende Professorenstelle.

Hauptdiskussionspunkt war die Erstellung eines Struktur- und Entwicklungsplans für die Fachhochschule. "Es gibt neue Berufsbilder in der Zukunft, und die wollen wir mit entwickeln", stellte der Heidelberger Stadtdirektor Dr. Klaus Plate klar. Der Hochschulrat war sich insbesondere darin einig, dass das internationale Profil der Hochschule weiter geschärft werden solle. Prof. Heinz-Joachim Feuerstein erläuterte anschließend das neue Projektstudium "Psychologie im Team", das dieses Semester angelaufen ist und in dem sich aus den Studienanfängern 52 Teams bilden. Es gebe deutschlandweit kein einziges Projektstudium, in dem 284 Studierende gleichzeitig beteiligt seien, erklärte Feuerstein. Prorektor Prof. Paul Witt schilderte die ersten Erfolge jener Werbemaßnahmen, die der Hochschulrat in seiner Juni-Sitzung beschlossen hatte: Die Anzahl der Bewerber sei um über 13 Prozent gestiegen.



Hochschulrats-Vorsitzender Prof. Gerhard Banner mit Dr. Messer vom Wissenschaftsministerium bei Prof. Martens im FH-Radio

Weitere Programmpunkte waren ein Bericht über den im Herbst gestarteten neuen Masterstudiengang "Europäisches Verwaltungsmanagement" und über die Studienreform von Prof. Dr. Franz Thedieck und Prof. Hans-Jürgen Sperling.

Die Sitzung wurde aufgelockert durch einen Besuch im FH-Radio (www.office-radio.de). Im Studio erläuterte Prof. Dr. Kay-Uwe Martens, der Initiator dieses Projekts, den Hochschulratsmitgliedern den Stand und die Zukunftsaussichten des Internet-Radios. "Da sind wir ganz vorne", meinte Martens mit Blick auf andere Hochschulradios.

Torsten Haß

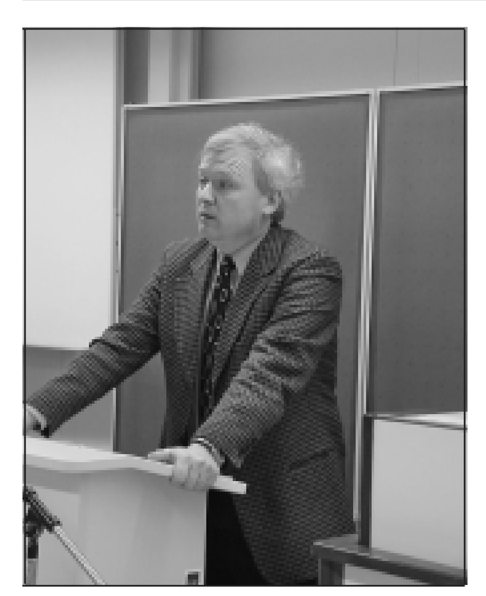
Das Amt des Bürgermeisters in der Diskussion

Großen Zulauf hatten zwei Seminare, bei denen es um das Berufsbild des Bürgermeisters in Baden-Württemberg ging. Die Fachhochschule Kehl führte diese für ihr Studierenden an einem Wochenende durch. Die Seminarleitung hatte Prof. Paul Witt von der Fachhochschule Kehl.

Sehr interessiert verfolgten die Studierenden die Vorträge der Referenten. Bewusst hatte man einen Landrat, einen Oberbürgermeister, eine Bürgermeisterin und verschiedene Fachleute eingeladen, die aus erster Hand über das Thema "Bürgermeister" berichten konnten. Über den "Beruf des Bürgermeisters/Oberbürgermeisters" referierte der Oberbürgermeister der Stadt Kehl, Dr. Günter Petry.

Bei der anschließenden Diskussion ging es um die drei Funktionen des Oberbürgermeisters als "Chefpolitiker", "Chef eines mittleren Unternehmens" und "Repräsentant der Gemeinde". Das Thema "Bürgermeisterin - eine Alternative für Frauen?" wurde von Bürgermeisterin Isolde Schäfer aus Stühlingen referiert. Die gerade erst mit großer Mehrheit wieder gewählte Bürgermeisterin verstand es nicht nur, die Frauen mit ihren Ausführungen zu fesseln.

Ein besonderes Highlight war der Vortrag des früheren Bürgermeisters aus Renchen und heutigen Landrats des Ortenaukreises, Klaus Brodbeck, zum Thema "Ist der Beruf des Bürgermeisters auf Dauer attraktiv?". Klaus Brodbeck, der sich unmittelbar vor der dritten Wiederwahl zum Bürgermeister beruflich umorientiert hat, indem er zum Landrat gewählt worden ist, bejahte die Frage uneingeschränkt. Das Amt des Bürgermeisters sei eines der interessantesten Ämter, welche die Verwaltung zu bieten habe. Verbandsamtsrat Lars Brügner vom Gemeindeverwaltungsverband Denzlingen-Vörstetten-Reute stellte sich die Frage "Wie sieht die Besoldung, Versorgung und rechtliche Stellung des Bürgermeisters in Baden-Württemberg aus?". Bei diesem Vortrag erfuhren die Stu-


Auch der Ortenauer Landrat Klaus Brodbeck war einer der Referenten.

dierenden, dass es ab 01.11.2000 für Bürgermeister kleinerer Gemeinden in der Größenordnung zwischen 2.000 und 5.000 Einwohner eine Strukturverbesserung gegeben hat. Die Bürgermeister dieser Gemeindegrößenklasse wurden den Bürgermeistern zwischen 5.000 und 10.000 Einwohnern besoldungsmäßig angeglichen.

Schließlich referierte Prof. Paul Witt von der Fachhochschule Kehl zum Thema "Bürgermeister/ Bürgermeisterin - eine Alternative für Absolventen der Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung?", indem er auf die wissenschaftlichen Untersuchungen, die es zum Berufsbild des Bürgermeisters gibt, einging. Prof. Witt erläuterte die von verschiedenen Wissenschaftlern durchgeführten Befragungen. Sozusagen als Schlusspunkt stand der Vortrag des früheren Bürgermeisters der Stadt Hechingen, Norbert Roth, welcher sich fragte "Ist der Job des Bürgermeisters für junge Verwaltungsleute attraktiv?". Norbert Roth, der diese Frage mit einem eindeutigen "Ja" beantwortete, ließ erkennen, dass die Berufswahl des Bürgermeisters für ihn persönlich auch aus heutiger Sicht die einzig richtige gewesen ist.

Insgesamt gesehen wurde der Beruf des Bürgermeisters in allen Vorträgen und Diskussionen als interessanter, vielseitiger und spannender Beruf gesehen, der jedoch auch Nachteile hat, da er sehr arbeits- und sehr zeitaufwendig ist. Man war sich jedoch einig darin, dass für denjenigen, für den Verantwortung und Einsatzfreude, Pflichtbewusstsein und Zuverlässigkeit, Zielstrebigkeit und Willensstärke, Vorbildfunktion und ein positives Menschenbild keine Fremdworte sind, der Beruf des Bürgermeisters eine Alternative sein kann. Derjenige, auf den diese Voraussetzungen zutreffen, wird sicherlich im Bürgermeisterberuf auf- und nicht untergehen; er wird auch Wege finden, die Schattenseiten dieses Amts gut zu verkraften.

Torsten Haß

Viertes Kehler Forum beendet

An der Fachhochschule fand am 6.12.2001 das "Vierte Kehler Forum" statt, eine Gemeinschaftsunternehmung der FH Kehl mit der KommunalBeratung Kehl und der Kehler Akademie. Nach der Begrüßung durch den Rektor Prof. Hans-Jürgen Sperling gingen die rund 120 Teilnehmer in denjenigen der vier Arbeitskreise, der sie besonders interessierte.

Innerhalb dieser Arbeitskreise engagierten sie sich dann in Kleingruppen, die selbstständig Lösungen zu bestimmten Problemen finden und im Arbeitskreis vorstellen sollten. "Das, was so genannte Laien erarbeiten, taugt manchmal mehr als das, was Theoretiker machen", so Prof. Wolfgang Hafner, der in den Arbeitskreis "Interne Leistungsverrechnung am Beispiel der kommunalen Gebäudewirtschaft" einführte.


In den Kleingruppen wurde heftig diskutiert

Ein anderer Arbeitskreis beschäftigte sich mit dem Thema "Unterwegs zur bürgerorientierten Kommune", das von Prorektor Prof. Paul Witt moderiert und von den Bürgermeistern der Kommunen Geislingen an der Steige, Herbolzheim und Sternenfels ausgeführt wurde. Die Fragen dabei lauteten beispielsweise: Wie bringt man Bürgerinnen und Bürger dazu, sich in der Gemeinde zu engagieren? Und: Welche Rolle spielen Gemeinderat, Bürgermeister und Gemeindeverwaltung in diesem Prozess?

Im dritten Arbeitskreis tauschten die Teilnehmer sich nach einer Einführung durch Prof. Hartmut Kübler über Erfahrungen mit materiellen Leistungsanreizen aus, die in manchen Kommunen leider den Effekt haben, dass "prämierte" Leistungsträger von ihren nicht ausgezeichneten Kollegen "gemobbt" werden. Endziel dieses dritten Arbeitskreises war eine "Maximenliste", nach der Leistungsanreize eingeführt werden können. Ein vierter Arbeitskreis beschäftigte sich mit den Folgen, die das "Neue Steuerungsmodell" auf die Gemeinden hat: die Aufgaben müssen zwischen den politischen Gremien und der Verwaltung neu geregelt werden. In diesem Arbeitskreis, in dessen Themenbereich Prof. Hans-Jürgen Sperling einführte, wurden die Rahmenbedingungen für Hauptsatzungsänderungen besprochen und konkrete Vorschläge für die Gestaltung dieser Satzungen entwickelt.

Torsten Haß

Kontakte mit China ausgebaut

Die Kehler Fachhochschule wird ihre Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsinstitut Jiangsu 2002 und in den folgenden Jahren ausbauen.

Der China-Beauftragte der Hochschule Prof. Dr. Gernot Joerger fasste das Ergebnis der Verhandlungen mit einer Delegation aus Nanjing so zusammen: "Wir planen nächstes Jahr in Nanjing ein Symposium zum Thema 'Wirtschaft und Verwaltung'. Wir wollen so das Land Baden-Württemberg unterstützen, mit der aufstrebenden Partnerprovinz Jiangsu die wirtschaftliche Zusammenarbeit auszubauen. Bereits jetzt hat sich eine Reihe von baden-württembergischen Unternehmen in der Provinz niedergelassen. Ein mit Hilfe der Kehler Hochschule und unserer Partnerin in Nanjing zu erarbeitendes Verwaltungsprofil soll deutschen Investoren helfen, sich im chinesischen Behördendschungel besser zurechtzufinden. Zurzeit absolviert eine Kehler Studentin in Nanjing, der 5-Millionen-Einwohner-Hauptstadt, ein Praktikum im baden-württembergischen Büro der Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit und befragt deutsche und deutsch-chinesische Unternehmen über ihre Erfahrungen mit chinesischer Bürokratie. In ihrer Diplomarbeit will sie darstellen, wo es gut geht und wo es klemmt und was im Umgang mit chinesischen Behörden beachtet werden sollte". Rektor Professor Sperling und Prorektor Professor Witt sowie die Dekane Professorin Schulze und Professor Fieguth und weitere Kehler Professoren betonten ihr großes Interesse, die noch junge Partnerschaft mit Leben zu erfüllen.

Als weitere Aktivitäten sind - so der China-Beauftragte Gernot Joerger - geplant: Wechselseitig Fachartikel zu Verwaltungsreformen in China und Deutschland und anderen aktuellen Themen auszutauschen und zu publizieren. Eine Studienreise nach China im nächsten Jahr soll Professoren und Studierenden Einblicke in Behörden, den öffentlichen Dienst, Justiz, Medien und natürlich in das befreundete Verwaltungsinstitut geben, wo derzeit über 3000 Studierende für die Verwaltung der 73 Millionen Provinzeinwohner aus- und fortgebildet werden. Mittelfristig soll auch eine Studienreise von chinesischer Seite nach Deutschland (z. B. zum Thema "Europa und Verwaltung" mit Besuch europäischer Institutionen in Straßburg, Luxemburg, Brüssel, Berlin und Stuttgart) angegangen werden. Die Möglichkeiten und der Bedarf an Gastvorlesungen von Kehler Professorinnen und Professoren in China an der Akademie, evtl. auch in Kooperation mit der Universität Nanjing (in englischer Sprache), sollen beim nächsten Besuch in Nanjing geklärt werden. Die Idee von Praktika für deutsche Studierende der FH Kehl in China im Tandem mit der chinesischen Sprache mächtigen Sinologie-Studierenden der Universität Heidelberg (zum Beispiel in Shanghai) soll weiter verfolgt werden. Schließlich ist daran gedacht, einen wechselseitigen Erfahrungs-

austausch und Besuch von Fremdsprachenlehrern an beiden Hochschulen zu organisieren. Außerdem sollen die Homepages der beiden Partnerhochschulen verbunden werden, sodass man sich wechselseitig über die Partnerinstitution informieren kann. Der Besuch der Delegation war nur möglich, weil die Kehler Hochschule durch das Stuttgarter Wissenschaftsministerium unterstützt wurde.

Einblick in die kommunale Selbstverwaltung

Die chinesische Delegation mit dem Vizepräsidenten des Instituts sowie den Professoren Sun und Yang sahen sich auch in Heidelberg, Mannheim, Stuttgart und in der Ortenau um. Der Gengenbacher Bürgermeister Michael Roschach und der Oberkircher Bürgermeister Matthias Braun erläuterten den Gästen die im Gegensatz zu China sehr starke deutsche kommunale Selbstverwaltung und das Prinzip, dass möglichst örtlich nah am Bürger verwaltet werden soll. Der Pressereferent des Landratsamts Ortenaukreis Christian Eggersglüß führte die chinesischen Gäste in die zweite kommunale Ebene ein und zeigte, wie staatliche und kommunale Verwaltung in den Landratsämtern gebündelt werden. Auch in China wird zur Zeit darüber diskutiert, Aufgaben möglichst nach unten zu verlagern. Bei einem Besuch des Europarats in Straßburg wurde erläutert, wie das "Europa" der 15 Mitglieder der Europäischen Union, aber auch das der 43 Mitgliedsländer des Europarats immer stärker auch die nationalen Wirtschaftssysteme und Verwaltungen beeinflusst und dass derzeit zusammen mit den Vereinten Nationen und Habitat über eine Weltcharta für kommunale Selbstverwaltung diskutiert wird.

Wechselseitiges wachsendes Interesse zwischen China und Deutschland

Die Wirtschaftsbeziehungen mit China schaffen Arbeit und Gewinn auch für Deutsche: In Schanghai ist zum Beispiel eine deutsche Schwebebahn im Bau. Volkswagen, Audi, DaimlerChrysler, Bosch, BASF und andere große deutsche Unternehmen, aber auch zunehmend kleinere deutsche Firmen investieren in China. Baden-Württemberg hat sich 1994 nach einer Reise des Ministerpräsidenten die aufstrebende Provinz Jiangsu zur Partnerin erkoren. Beim Stuttgarter Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum und beim Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst erfuhren die chinesischen Besucher Näheres über zahlreiche gemeinsame Projekte und Hochschulpartnerschaften. Das Interesse von Chinesen am Studium in Deutschland - u. a. an der Offenburg-Gengenbacher Fachhochschule, die auch auf dem Besuchsprogramm stand - wachse ständig, wusste der zuständige Referent des Wissenschaftsministeriums zu berichten. Beim sinologischen Seminar der Universität Heidelberg berichtete die Institutsleiterin wiederum, dass immer mehr Deutsche Chinesisch lernen. Und die Heidelberger Oberbürgermeisterin Beate Weber erwähnte, dass die Zahl der chinesischen Touristen in Heidelberg wächst, dass der von der Stadt initiierte Heidelberger Technologiepark mit Schanghai zusammenarbeitet und eine Partnerschaft mit der Stadt Hangzhou im Gespräch ist.

Bei Betriebsbesichtigung bei der Firma Nußbaum wurde über Wirtschaftsförderung gesprochen

Auch Kehler Unternehmen haben zunehmend Wirtschaftskontakte nach China. Der Kehler Unternehmer Hans Nußbaum, u. a. bekannt für die Produktion der "Smart-Türme" und Hebebühnen, gehört zu diesen im asiatischen Raum handelnden Unternehmen. Die chinesischen Gäste waren sehr beeindruckt von dem modernen Betrieb, der sich durch ständige Qualitätsverbesserungen und Innovationen sowie kostensparende Produktion und guten Service auf dem Weltmarkt gegen Billiglohnländer behaupten kann, obwohl als Produktionsort Deutschland beibehalten wird. Der Kehler Wirtschaftsförderer Marc Funk erläuterte der Delegation, wie die Stadt und Kehler Unternehmen in einer gemeinsamen Gesellschaft anstreben, Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten.



v.l.n.r. Prof. Dr. Gernot Joerger, Prof. Sun Xueyu, Prorektor Prof. Paul Witt, Prof. Dr. Heinz-Joachim Peters, Akademie-Vizepräsident Prof. Tang Jianzhong, Junior-Prof. Xiaming Yang, Prof. Dr. Annette Bernards, Dolmetscherin Lingjin Tang, die Leiterin des Auslandsamts Pia Kipp und Verwaltungsdirektor Arnold Heitz.

Das Jiangsu Verwaltungsinstitut in Nanjing

An dem Jiangsu Verwaltungsinstitut lehren 44 ordentliche Professoren, 260 Juniorprofessoren und 160 wissenschaftliche Mitarbeiter. Es werden Beamte der Provinz aus- und fortgebildet. Zurzeit erhalten 1500 Studierende eine Erstausbildung ähnlich wie in Kehl. Außerdem werden etwa 1600 Praktiker jährlich bis zu sechs Monate lang fortgebildet. Man kann an der Akademie auch einen international anerkannten akademischen Abschluss Bachelor- und Mastergrad bekommen. Die Absolventen der Akademie sind sowohl in höheren wie in mittleren Managementfunktionen bei der Provinzverwaltung tätig, wie zum Teil auch als Sachbearbeiter. Nicht spezifisch für die Verwaltung ausgebildete Universitätsabsolventen können sich für die Verwaltung an der Akademie qualifizieren. Die Jiangsu-Provinz - eine der wirtschaftlich stärksten der 34 Provinzen - finanziert die Akademie und baut sie derzeit in großem Stil aus. Ein neuer riesiger Campus entsteht, in den die Akademie mit der Nanjinger Universität bald umziehen wird. Neben Lehre und Forschung ist es Aufgabe der Akademie, Politiker vor ihren Entscheidungen durch Gutachten und Stellungnahmen zu beraten.

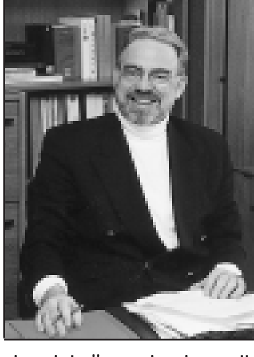
Torsten Haß

Fachhochschule Ludwigsburg

Vollzug der Fusion weitgehend abgeschlossen und gelungen

Jahresbericht von Rektor Prof. Jost Goller

Durch Beschluss der Landesregierung vom Februar 1999 wurden die bisher selbstständige Hochschule für öffentliche Verwaltung und die Hochschule für Finanzen in Ludwigsburg zusammengeschlossen. Die neue Hochschule ist mit ihren vier Vollstudiengängen Innenverwaltung, Rentenversicherung, Allgemeine Finanzverwaltung, Steuerverwaltung, dem Fachstudium Verwaltungswissenschaften für Archivare, dem Aufbaustudiengang Kulturmanagement in Kooperation mit der PH Ludwigsburg und nicht zuletzt mit dem neu hinzugekommenen Masterstudiengang Europäisches Verwaltungsmanagement nunmehr die größte Hochschule unseres Bundeslandes für den öffentlichen Dienst.



Den ersten Jahresbericht der neuen Hochschule hat Rektor Prof. Jost Goller jetzt vorgelegt. Eigentlich ist es ein Zweijahresbericht, da die Abfassung eines Rechenschaftsberichts schon nach dem ersten "Fusionsjahr" wenig sinnvoll erschien, da zu diesem Zeitpunkt die Umwandlungsprozesse noch im Fluss waren und klare Aussagen nicht getroffen werden konnten.

Der Bericht befasst sich mit dem größten Umbruch seit der Gründung der beiden früheren Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung und Finanzen. Praktisch zeitgleich zur Fusion und den damit durch die neue Errichtungsverordnung festgeschriebenen Änderungen forderte auch das neue Fachhochschulgesetz für das Land Baden-Württemberg grundlegende Strukturänderungen.

Das Rektorat und die Dekane, der Senat, aber auch die studentischen Gremien sahen sich daher einer starken Doppelbelastung ausgesetzt.

Es mussten parallel völlig neue Hochschulstrukturen eingerichtet werden. Mit dem Hochschulrat, dem Gründungssenat und dem nachfolgenden regulären Senat, der Hochschulleitung mit zwei Prorektoren, den neuen, in ihrer Zusammensetzung völlig veränderten Fachbereichen mit Fachbereichsräten, erweiterten Fachbereichsräten, Dekanaten, Studiengangleitern und Studienkommissionen wurden diese Änderungen umgesetzt. Schließlich mussten noch die beiden bislang selbstständigen Verwaltungen mit ihren inkompatiblen, unterschiedlichen Strukturen zusammengeführt werden.

Der nunmehr weitgehend abgeschlossene Vollzug der Fusion, auf den er nicht wenig stolz sei, so Rektor Goller, war angesichts dieser Probleme und der anfänglich vorhandenen Distanz der Beteiligten alles andere als selbstverständlich. Nur durch die Bereitschaft aller, mit den gegenseitigen Problemen behutsam, aber beharrlich umzugehen und bestehende Ängste als Tatsachen zu akzeptieren, konnte in einer Reihe gemeinsamer Gremiensitzungen der aktuelle Entwicklungsstand erreicht werden. Auch in dem besonders schwierigen Prozess der Fusion der Verwaltungen bei gleichzeitiger Reduzierung des Personals ist der Integrationsprozess bereits weit fortgeschritten.

Auch die zentralen Hochschuleinrichtungen, Rechenzentrum und Bibliothek wurden im unmittelbaren Anschluss an die Fusion personell und organisatorisch zusammengeführt. Besonders hervorzuheben ist, dass es bereits im ersten Jahr gelang, ein einheitliches Prüfungsamt für sämtliche Prüfungen an der Hochschule unter der Leitung von Prorektor Prof. Maier einzurichten, das - wenn auch unter großen Anstrengungen - alle Prüfungen im ersten Jahr der Fusion bereits organisierte und durchführte.

Trotzdem bleibe festzuhalten, so der Ludwigsburger Rektor, dass im Bereich der Lehre die von der Politik und von der fusionierten Fachhochschule gewünschten Synergieeffekte zwischen den Studiengängen der alten Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und der alten Fachhochschule für Finanzen nur sehr begrenzt eingetreten seien. Das liege wesentlich an der Tatsache, dass die zeitlichen Abläufe zwischen der Ausbildung für den gehobenen Dienst in der Steuerverwaltung und den anderen Studiengängen inkompatibel seien. Bei den Studiengängen der alten HöV wurde durch die beharrliche Reformarbeit im Laufe der Jahre der Studienablauf weitgehend harmonisiert. Dort sind in den Wahlpflichtfächern, Seminaren und bei den Sprachen inzwischen studiengangübergreifende Veranstaltungen selbstverständlich. Die Studienabschnittsregelung des Fachbereichs IV (Steuerverwaltung) lässt ein solches Vorgehen nicht zu. Dies ist bedauerlich und sollte im Zuge der aktuellen Studienreform für den gehobenen Dienst in der Steuerverwaltung geändert werden.

Prof. Thoma

Studierende des Grundstudiums entscheiden zwischen V-Zweig oder W-Zweig

Zu Beginn des neuen Jahres war für die Studierenden des Grundstudiums an der HVF Ludwigsburg ein wichtiger "Wahltag": Sie mussten die Entscheidung zwischen dem "klassischen" V-Zweig mit dem Schwerpunkt Innen- und Kommunalverwaltung und dem mehr betriebswirtschaftlich orientierten W-Zweig treffen. Aus Sicht der Studierenden schon deshalb eine schwierige Entscheidung, weil sie zu einem Zeitpunkt getroffen werden musste, zu dem noch nicht einmal die erste Hälfte des Grundstudiums absolviert war. Die Hochschule informierte deshalb ausführlich durch die Dekane Prof. Altpeter und Prof. Dr. Hopp über die Unterschiede der beiden Studienschwerpunkte.

Wer sich dennoch unsicher war oder seine Wahl wissenschaftlich untermauern lassen wollte, dem bot Psychologe Prof. Dr. Vollmer einen aussagekräftigen Test an, der Auskunft darüber gibt, ob die Studierenden in der Lage sind, wirtschaftswissenschaftliche Zusammenhänge zu erkennen.

Das Ergebnis der Wahl der Studierenden zwischen V-Zweig und W-Zweig bestätigt den Trend der letzten Jahre an der HVF Ludwigsburg: seit 1998 liegt die Zahl der Studierenden, die den W-Zweig wählen, konstant bei ca. 39 %, während ca. 61 % der Studierenden den V-Zweig bevorzugen. Diese Zahlen sind sicherlich auch für den Landesausschuss für den gehobenen Verwaltungsdienst von Bedeutung. Er wird sich in der 66. Sitzung am 14. März 2002 mit dem Thema Evaluation des Studienreformmodells "Verwaltungsbetriebswirtschaftslehre" beschäftigen.

Prof. Ziegler

Wer die Wahl hat, hat die Qual

Studierende der HVF hatten 24 Wahlpflichtfächer zur Auswahl

Neben der Entscheidung zwischen dem V-Zweig und W-Zweig hat sicherlich das Wahlpflichtfach besondere Bedeutung für den Verlauf des Praxisjahres und des nachfolgenden Hauptstudiums. Zudem gestaltete sich die Wahl der Studierenden gerade wegen des vielfältigen Angebots an Wahlpflichtfächern sehr spannend: insgesamt 24 Wahlpflichtfächer wurden durch die Wahlpflichtfachleiter umfassend präsentiert. Um die Wahl zu erleichtern, wurden möglichst viele Informationen zu den Inhalten des jeweiligen Faches und zu möglichen Diplomarbeiten gegeben. Allerdings führte dies erwartungsgemäß nicht dazu, dass sich die Sympathien der Studierenden auf alle angebotenen Wahlpflichtfächer gleichmäßig verteilten. Vielmehr gab es auch in diesem Jahr einige "Renner", die in der Gunst der Studierenden ganz oben lagen: "Unternehmensführung in der öffentlichen Wirtschaft", "Marketing, PR und Werbung", "Personalentscheidung in Betrieben und Verwaltungen" und "Konfliktmanagement". Aber auch Wahlpflichtfächer wie "Aktuelle polizeiliche Probleme" oder "Gesellschaft im Wandel - Konsequenzen für Recht und Verwaltung" waren sehr gut nachgefragt. Die endgültige Zuordnung zu den Wahlpflichtfächern wurde durch die Dekane Prof. Altpeter und Prof. Dr. Hopp vorgenommen. Dabei gelang es zu 70 % die Erstpräferenz der Studierenden zu berücksichtigen, während in 18 % der Fälle eine Verteilung nach der Zweitpräferenz und in den restlichen 12 % nach der dritten Präferenz erfolgte.

Im Einzelnen werden nun - nach dem Praxisjahr von September 2002 bis August 2003 - im Hauptstudium 2003/04 folgende Wahlpflichtfächer an der HVF Ludwigsburg durchgeführt:

Personalentscheidungen in Betrieben und Verwaltungen: Prof. Dr. Alber, Prof. Matjeka M. A., Prof. Dr. Schäfer

Unternehmensführung in der öffentlichen Wirtschaft: Prof. Bähr, Prof. Hieber, Prof. Matjeka M. A., Prof. Dr. Müller-Hedrich

Management von Kommunen und öffentlichen Betrieben im internationalen Vergleich - Cities of Tomorrow: OB a. D. Bauch; Prof. Dr. Kirchhoff; Prof. Rieth; Prof. Steck; Prof. Dr. Vollmer

Unternehmerische Betätigung des Landes: Prof. Becker, Prof. Brändle, LtRD Greiner

Aktuelle polizeirechtliche Probleme: Prof. Buchfink, Prof. Mussmann

Bauen in Baden-Württemberg: Prof. Dr. Büchner, Prof. Dr. Birk

Netlaw: Prof. Dr. Erwe, Prof. Dr. Klink

Management im Kulturbereich - Politik, Recht, Organisation und Finanzen: Prof.'in Dr. Hübner, Prof.'in Dr. Kohler-Gehrig, N.N.

Gesellschaft im Wandel - Konsequenzen für Recht und Verwaltung: Prof.'in Dr. Kohler-Gehrig, Prof.'in Berndt, Prof.'in Dr. Loos, Frau Stopper M. A.

Umweltschutz: Prof. Dr. Rath, LMR Bühler

Personalmanagement im Verwaltungsmanagement: Prof. Raviol, Prof. Dr. Hopp, Prof. Pfeifer, N. N.

Sozialrecht und Steuerrecht in der BRD: Prof. Reinhardt, Prof.'in Volk

Kommunale und regionale Wirtschaftsförderung - Aufgaben, Organisation und Personal: Prof. Dr. Reschl, Prof. Dr. Schäfer, N. N.

Umweltschutz im Spannungsfeld rechtlicher, politischer und wirtschaftlicher Interessen: Prof. Rieth, Rechtsanwalt Dr. Kothe

Partizipation und Bürgergesellschaft im nationalen und internationalen Vergleich: Prof. Schad, Prof. Dr. Reschl

Ausgewählte privatrechtliche Fragen sowie Probleme aus dem Bereich der Vermögensverwaltung des Landes Baden-Württ. oder anderen öff.-

rechtl. Einrichtungen: Prof. Wintzen, Prof. Hufnagel, N. N.
Sozialmanagement: Prof.'in Vondung, Prof. Neunhöffer, N. N.
Konfliktmanagement: Prof. Ziegler, Dipl.-Theol./Dipl.-Verwaltungswirtin C. Falkenberg
Marketing, PR und Werbung: Prof. Dr. Schäfer, U. Vogtmann, R. Carpentier

Prof. Ziegler

280 Diplomarbeiten ausgegeben

Für die Studierenden des Hauptstudiums an der HVF Ludwigsburg begann am 7.1.2002 der Ernst des Studentenlebens. Insgesamt 280 Diplomarbeiten wurden vom Prüfungsamt der HVF an die Studierenden ausgegeben. Den Studierenden stehen drei Monate Bearbeitungszeit zur Verfügung. In diesem Zeitraum sind allerdings während der Semesterferien im Februar vier Wochen vorlesungsfrei.

An der HVF Ludwigsburg ist die Diplomarbeit an das Wahlpflichtfach gekoppelt. Die Betreuung der Diplomanden/innen und die Erstkorrektur der Diplomarbeiten erfolgt deshalb durch die Leiter der Wahlpflichtfächer. Zunehmend wird aber von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Kollegen/innen aus der Praxis, die Diplomarbeiten initiiert oder mitbetreut haben, zu Zweitkorrektoren zu bestellen. Ich sehe darin ein wichtiges Element im Zusammenwirken zwischen Hochschule und Praxis.



Nur bei großem Engagement kann die Diplomarbeit gelingen.

Abschließend noch ein kleiner, nicht repräsentativer Überblick über die derzeit zu bearbeitenden Themen, der den ganzen Ideenreichtum bei der Themenfindung erahnen lässt:

Der so genannte Kampfhund - ein Tier zwischen "Milieugefahr" und gesellschaftlicher Hysterie

Erste Erfahrungen mit der Einführung leistungsorientierter Elemente in der Beamtenbesoldung insbesondere bei der Stadt Esslingen

Evaluierung von Qualitätsmanagementansätzen bei der Gemeinde Nattheim

Junge Spätaussiedler als Integrationsverlierer? Darstellung des Projekts "Junge Aussiedler/innen in der Thiepval-Kaserne und der Tübinger Südstadt"

Beschwerdemanagement - ein Instrument des Dienstleistungsmarketings

Feindbild Islam - die Lebenssituation der Muslime in Deutschland in Folge der Terroranschläge in den USA vom 11.9.2001 - dargestellt anhand einer empirischen Untersuchung

Analyse zur kommunalen Komplementärbezuschussung von Kindergärten in freier Trägerschaft - aufgezeigt am Beispiel der Waldkindergärten in Baden-Württemberg

Rathaus - Unternehmen Zukunft: Imageverbesserung von Kommunen durch Corporate Identity?

Die Ganztagsschule in Baden-Württemberg - Ein Leitfaden zur Einführung dieser Schulform basierend auf der Analyse bestehender Ganztagsschulen

Prof. Ziegler

Studenten beim Innenministerium

Eine Gruppe von Studenten, die Öffentlichkeitsarbeit für die Fachhochschule macht, besuchte zusammen mit Prof. Ziegler das Innenministerium in Stuttgart, um sich dort über Pressearbeit und Nachwuchswerbung zu informieren.

Zunächst sprach Herr Boldt, Referent für Öffentlichkeitsarbeit der Polizei im Innenministerium, über die Werbemaßnahmen der Polizei: Die beste Nachwuchswerbung für die Polizei sei das Vorbild des Polizisten im Einsatz. Aber auch die Reiterstaffel, Fernsehwerbung und Broschüren fänden großen Anklang bei jungen Leuten, die man für den Polizeidienst gewinnen möchte. Über die Ansprechpartner in den übergeordneten Behörden sowie die Einstellungsbeauftragten in den einzelnen Polizeidienststellen verbreite sich die Werbung nach dem "Schneeballprinzip". Besonders am Herzen liegt Herrn Boldt die Internetarbeit. Künftig soll gar auf jeden Streifenwagen die Internetadresse der baden-württembergischen Polizei aufgedruckt werden. Entscheidend für den Erfolg der Werbemaßnahmen sei, dass sie zielgruppenorientiert über Veranstaltungen, Präsentationen und Vorführungen transportiert werde.

In der anschließenden Diskussion stellte sich heraus, dass die Einstellungszahlen der Polizei durchaus mit denen der FH vergleichbar sind, die Polizei jedoch doppelt so viele Bewerbungen von Interessenten erhält.

Der stellvertretende Pressesprecher des Innenministeriums, Herr Wiesinger, berichtete anschließend über die Pressearbeit des Ministeriums. Die Pressestelle gehört zum engeren Mitarbeiterkreis des Ministers, und das Informationsangebot im Internet wird beispielsweise von einer eigens dafür eingestellten Redakteurin gestaltet. Regelmäßig werden Pressemitteilungen, Stellungnahmen und Presserklärungen herausgegeben, um über die Arbeit des Ministeriums umfassend zu informieren. Die Maxime sei "Gutes zu tun, aber auch darüber zu reden."

Von besonderer Wichtigkeit seien die Nachrichtenagenturen, da deren Meldungen oft als Grundlage für Zeitungsartikel dienen oder direkt in der Presse abgedruckt werden. Interviews blieben dem Minister, dem Staatssekretär oder anderen Spitzenbeamten vorbehalten.

Im anschließenden Gespräch beleuchteten die Studenten die besonderen Stilregeln der Pressearbeit des Innenministeriums näher: Geschrieben wird in der indirekten Rede, aber auch Zitate werden verwendet. "Wer sagt wann wo was" ist die griffige Formel für Artikel, wobei unwichtige Informationen am Schluss platziert werden. Wichtig ist auch das Layout einer Presseerklärung, da darüber die Corporate Identity vermittelt wird. Überraschend für die Studierenden war, dass die Journalisten auch im heutigen Medienzeitalter eher Pressemitteilungen auf Papier bevorzugen.

Ein Gespräch mit Frau Dr. Leuze-Mohr und die Besichtigung des Lagezentrums der Polizei rundeten diesen interessanten und informativen Besuch ab. Unter der sachkundigen Führung von Herrn Pietsch erfuhren die Studenten, was in diesem "heiligen Gral der Polizeiarbeit" geschieht und warum niemand darauf verzichten kann: Aus dem Lagezentrum stammen beispielsweise die Verkehrsmeldungen, die wir alle tagtäglich mit großer Aufmerksamkeit im Radio verfolgen.

Petra Arzbach

Seminare

Personalmanagement

30. Juni bis 2. Juli 2002
dbb forum siebengebirge, Königswinter-Thomasberg

Teilnehmergebühr: 50 €
Hierdurch sind abgegolten: Unterbringung in komfortablen Einzelzimmern mit Vollpension (ohne Getränke) sowie Fahrtkostenersatz entsprechend Großkundenabonnement der Deutschen Bahn.

In Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung (Fritz-Erler-Akademie) bieten wir folgendes Seminar an:

Europa und Orient

13. bis 15. Juni 2002 Kehl,
Hotel Rebstock

Eine Geschichte von gegenseitiger Faszination, aber auch von Missverstehen und Krieg. Eine Geschichte, die noch nicht zu Ende ist, die derzeit fortgeschrieben wird. Wenn es stimmt, dass Europa am ehesten in der Lage ist, mit dem Orient politisch umzugehen, dann erwächst Europa eine neue Rolle.

Das Seminar will diese neue Rolle ausloten und den Orient näher bringen; ist er doch bei uns kulturell oft nur "um die Ecke". Fachleute stehen zur Verfügung und ein Besuch im Europäischen Parlament in Straßburg steht auf dem Programm.

Kostenanteil der Seminarteilnehmer/innen

Konfliktbewältigung

Mobbing - die (un)beliebte Art der Konfliktbewältigung

Das Thema Mobbing hat Konjunktur. 1,5 Millionen Deutsche sind nach aktuellen Schätzungen den Schikanen am Arbeitsplatz ausgesetzt, mit schwerwiegenden Konsequenzen gesundheitlicher und volkswirtschaftlicher Art. Mobbing bedeutet für die Unternehmen Kosten in Höhe von 30.000 bis 100.000 DM pro Jahr und gemobbter Person, eine andere Berechnung kommt auf rund eine Viertelmillion Mark Folgekosten für die Gesellschaft. Gesundheitliche Störungen, mit denen Mobbing-Betroffene zu kämpfen haben, sind u. a. Schlafstörungen, Migräne, Tinnitus und Hörsturz, Herz-Kreislaufprobleme, Magen-Darm-Störungen, psychische Probleme und Suchtmittelmissbrauch sowie Suizidalität. Mobbing am Arbeitsplatz gewinnt in der Alltagssprache als Inbegriff von Schikanen und systematischen Feindseligkeiten gegen Kolleginnen und Kollegen, Untergebene und Vorgesetzte zunehmend an Popularität. Als wissenschaftliches Forschungsgebiet steckt Mobbing im deutschsprachigen Raum jedoch erst in den Anfängen. Bislang fehlen präzise Definitionen, wissenschaftliche Erfassungsmethoden und theoretische Erklärungsmodelle.
Was verbirgt sich hinter dem Modewort Mobbing und welche Bedeutung hat das Thema für uns in der Stadtverwaltung Stuttgart?

Definitionsversuche

Der Begriff Mobbing geht zurück auf das lateinische "mobile vulgus" für wankelmütige Volksmenge sowie auf das davon abgeleitete Verb "to mob" (englisch: über jemanden herfallen, anpöbeln, angreifen, attackieren). Den Begriff Mobbing benutzte der Verhaltensforscher Lorenz (1991) zum ersten Mal im wissenschaftlichen Kontext, um das Angriffsverhalten einer Gruppe schwächerer Wesen gegen ein einzelnes stärkeres Wesen zu charakterisieren. Mit der Definition und den 24 Mobbinghandlungen des schwedischen Psychologen und Arbeitswissenschaftlers Leymann (1992) wird Mobbing als eskalierender Konflikttypus am Arbeitsplatz populär.
Eine neuere Definition von Kerstin Schlaugat (1999) beschreibt Mobbing als spezifischen Typ eines sozialen Konfliktes auf der Grundlage des Konflikteskalationsmodells nach Glasl (1992). Das Eskalationsmodell von Glasl (1992) beschreibt neun Stufen der Konfliktentwicklung in Organisationen und leitet davon für jede Stufe Strategien für die Konfliktdiagnose und die Konfliktbewältigung ab.

1. Verhärtung
2. Polarisation und Debatte
3. Taten statt Worte
4. Sorge um Image und Koalition
5. Gesichtsverlust
6. Drohstrategien
7. Begrenzte Vernichtungsschläge
8. Zersplitterung
9. Gemeinsam in den Abgrund

Bedeutsam und hilfreich ist der Ansatz insofern, als er davon ausgeht, dass während einer Konfliktentwicklung keiner der Beteiligten dem Geschehen hilflos ausgeliefert sein muss, sondern es möglich ist, der Dynamik entgegenzuwirken und den Konflikt in eine positive Richtung zu lenken.
Konflikte, insbesondere auch soziale Konflikte sind quasi natürlicher Teil des menschlichen Miteinanders und resultieren aus einer Abfolge von Interaktionen und der jeweiligen Interpretation der am Konflikt Beteiligten. Konflikte sind damit weder etwas Neues noch Schädliches. Allerdings haben es die wenigsten Menschen gelernt, mit Konflikten konstruktiv umzugehen, sodass Konfliktregelungsversuche häufig in einem Scherbenhaufen enden.
Mobbing steht am Ende eines ungelösten sozialen Konflikts und hat mindestens vier Phasen:
In der ersten Phase werden Konflikte nicht adäquat und bewusst gelöst, die gewählte Konfliktlösungsstrategie ist eher von Zufälligkeiten bestimmt als bewusst gewählt. Ein unsauberes und unbewusstes Konflikthandling führt in der zweiten Phase dazu, dass an die Stelle des Konfliktes die Person tritt. Ein oder mehrere Konfliktbeteiligte werden zum "Sündenbock" gestempelt. Diese Verschiebung wird häufig nicht oder zu spät wahrgenommen und nicht hinterfragt. Der Konflikt droht zum Selbstläufer zu werden.
Im Rahmen der weiteren Konflikteskalation werden die beteiligten Personen zum Problem. Die ersten typischen Mobbinghandlungen werden eingesetzt. Das Verhältnis der Konfliktbeteiligten ist gekennzeichnet durch:

- Ablehnung und Widerstand, d. h. man behindert sich gegenseitig an der Erreichung von Zielen, Informationen werden vorenthalten.
- Rückzug und Desinteresse bis hin zur "inneren Kündigung" bei gleichzeitig sinkender Arbeits- und Leistungsmotivation.
- Gereiztheit und Aggressivität, sich gegenseitig die "kalte Schulter zeigen".
- Intrigen und Gerüchte werden in die Welt gesetzt, sowohl um den Konfliktgegner zu schädigen, als auch um sich der Hilfe Dritter zu versichern.
- Unnachsichtigkeit, mangelnde Empathie und sozialen Autismus, d. h. es werden nur noch die eigenen seelischen Stimmungen und Interessen wahrgenommen, eine Korrektur durch Außenwahrnehmungen findet nicht mehr statt.
- Formalität und Unterwürfigkeit des untergeordneten Konfliktpartners gegenüber dem Überlegenen.
- Physische Symptome, Krankheiten und Fehlzeiten als Reaktion auf eine als ausweglos erlebte Situation stellen sich ein.

Die letzte Phase der Konflikteskalation ist gekennzeichnet durch Desintegration der Person bzw. Personen, jetzt wird häufig die Diagnose Mobbing gestellt. Das heißt, es gibt kein Zurück mehr zur einer Befriedung und Versöhnung, lieber gehen die Konfliktbeteiligten als "gemeinsame Verlierer" hervor, als dem Gegner kampflos das Feld zu überlassen. Arbeitsrechtliche Sanktionen, bis hin zum Verlust des Arbeitsplatzes sind unvermeidbar.

Mobbing als Ergebnis mangelnder Führungskompetenz bzw. unzureichend wahrgenommener Führungsverantwortung

Führungskräfte stehen allerorten - auch in Zeiten von Verwaltungsreform der Stadtverwaltung - unter einem großen Veränderungsdruck. Konkret heißt das, Aufrechterhaltung des Normalbetriebes bei gleichzeitiger Umstrukturierung der Organisationseinheiten. Veränderte Formen der Aufbau- und Ablauforganisation, dezentrale Ressourcenverantwortung, Budgetierung und Kosten-/Leistungsrechnung, Abflachung von Hierarchien und Teamarbeit fordern die Führungskräfte als Konfliktmanager heraus, ohne dass sie gleichzeitig ausreichend darauf vorbereitet worden wären.

Mobbing-Prävention bedeutet:

- gruppendynamische Prozesse in Abteilungen, Arbeitsgruppen und Teams mit dem notwendigen Gespür und Kompetenz begegnen zu können,
- bei konflikthaften Entwicklungen frühzeitig intervenieren können,
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihrer Konfliktlösungskompetenz zu unterstützen
- und in unlösbaren Streitsituationen Entscheidungen treffen.

Ein situationsadäquates Konfliktmanagement erfordert, dass die jeweilige Eskalationsstufe erkannt und berücksichtigt wird und alle am Konflikt beteiligten Personen (auch das Opfer) mit in die Verantwortung genommen werden.

Mobbing-Prävention heißt in erster Linie Entwicklung von Sozialkompetenz aller Beschäftigten

Konfliktmanagement und Umgang mit Mobbing sind von den im Betrieb Beteiligten nur gemeinsam zu lösen. Führungskräften kommt dabei eine besondere Verantwortung bei. Sowohl aus Gründen der Fürsorgepflicht, aber auch im Hinblick auf Arbeits- und Leistungsökonomie brauchen sie professionelle Kenntnisse im Konfliktmanagement und in der Mobbing-Prävention. Sie müssen mobbingbegünstigende Faktoren auf

- der personalen Ebene, z. B. die handelnden Personen
- der interpersonalen Ebene, z. B. die Situation einer Arbeitsgruppe oder eines Teams
- der apersonalen Ebene, z. B. hohe Belastung durch Arbeitsorganisation und -gestaltung, Betriebsklima
- und der gesellschaftlichen Ebene, z. B. Wettbewerbsfaktoren, Privatisierungsdiskussionen

kennen und wenn möglich beeinflussen können.

Personalräte fungieren in aller Regel als erste Anlauf- und Beratungsstelle für alle Konfliktparteien. Sie brauchen in gleicher Weise wie Führungskräfte Konfliktmanagement-Know-

how und sollten in der Lage sein, auf die rechtlichen Möglichkeiten hinzuweisen.

Betriebsverfassungsgesetz und Landespersonalvertretungsgesetz enthalten eine Reihe von Schutzrechten, die den gemobbten Kollegen und Kolleginnen eine rechtliche Handhabe ermöglichen und im Rahmen der Prävention sinnvoll sein können.

Nicht zuletzt haben Mobbing-Betroffene eine Selbstverantwortung, an die sie erinnert und bei deren Wahrnehmung sie unterstützt werden müssen. Ohne die Schuldfrage aufzuwerfen, muss festgestellt werden, dass Mobbing-Betroffene häufig eigene Einstellungen mitbringen, die als mobbingfördernd hinterfragt werden müssen. Überzogenes Harmoniebedürfnis, Konfliktvermeidung, Selbstbemitleidung, Resignation und überzogene Leistungsansprüche bieten Angriffsmöglichkeiten für Mobbing.

Konfliktmanagementkompetenz als Teil der betrieblichen Gesundheitsförderung

Konflikte in Betrieben und Verwaltungen sind unvermeidlich und werden auch in Zukunft eher zu- als abnehmen. Deshalb lautet die zentrale Frage: Wie können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter "trotz Konflikten gesund bleiben"?

In der kürzlich bei der Landeshauptstadt Stuttgart von OB und GPR unterzeichneten Dienstvereinbarung zur betrieblichen Gesundheitsförderung wird Gesundheit im Sinne der WHO und der Ottawa-Charta von 1986 u. a. definiert als die Fähigkeit, für sich selbst und für andere zu sorgen, selber Entscheidungen zu fällen und eine Kontrolle über die eigenen Lebensumstände auszuüben. Damit wir "trotz Konflikten gesund bleiben" können, brauchen wir nach meiner Erfahrung drei grundlegende Fähigkeiten:

- Erstens die kognitive Fähigkeit, konflikthafte Situationen wahrzunehmen, zu verstehen und zu ordnen.
- Zweitens den Zugang zu Ressourcen in der eigenen Person oder außerhalb, z. B. zu Vertrauenspersonen zu Selbsthilfegruppen, internen oder externen Beratungsstellen oder Mediatoren, die dabei unterstützen, den gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Dazu gehört für die Beschäftigten der Landeshauptstadt Stuttgart auch der betriebliche Sozialdienst beim Haupt- und Personalamt, der als operative Beratungs-, Trainings- und Coachingeinheit für die Beschäftigten und Führungskräfte der Stadtverwaltung ein breites Repertoire an Seminaren und Fortbildungsveranstaltungen zu verschiedenen Themenbereichen des sozialen Lernens anbietet.
- Drittens die emotionale Bewertung des eigenen Engagements als bedeutungsvoll und wichtig sowie die Kompetenz zur Führung und Zusammenarbeit als elementaren Teil der betrieblichen Gesundheitsförderung anzuerkennen und konsequent weiterzuentwickeln, wie es in der schon genannten Dienstvereinbarung zur Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz der LHS Stuttgart angestrebt wird.

Angelika Feurer, Diplompädagogin
Landeshauptstadt Stuttgart

Umschau im Land

Vom Oberland zum Sauerland

41. Kurstreffen des 14. Lehrgangs 1960/61 an der Staatl. Verwaltungsschule

Haigerloch in Warstein/Sauerland

Bereits 1983 hatten wir diese Fahrt schon einmal unternommen, und es war klar, dass sie noch einmal stattfinden soll. Vom 5. bis 7. Oktober 2001 war es dann so weit. Auf Einladung des Kursobmanns Gustav Kammerer, der Ende Mai die Vorfahrt gemacht hatte, und des Kollegen Werner Sattler und dessen Frau Annegret aus Warstein startete ein vom Kollegen Walther Schmid aus Wangen organisierter Reisebus der Firma Wild aus Bad Wurzach zunächst quer durchs Ländle, um in Ravensburg, Biberach, Tuttlingen, Rottweil, Balingen, Tübingen und Böblingen sowie auf einem Parkplatz kurz vor Weinsberg die froh gestimmten zahlreichen Teilnehmer des Kurses mit Partner/innen "einzusammeln", bevor wir dann zur großen Fahrt nach Warstein aufbrachen. Über Würzburg, Offenbach und Frankfurt ging's dann über die Autobahn auf die Sieger- und Sauerlandlinie, bis wir nach erlebnisreichen Stunden bei Olpe die Autobahn verließen, um quer durch die schöne Landschaft des Sauerlands mit den malerischen Dörfern und Städtchen, wo schöne Fachwerkhäuser dominierten, gegen 19.30 Uhr sicher das Reiseziel Warstein erreichten. Dabei ließ Werner Sattler es sich nicht nehmen, uns schon 30 km vorher abzuholen.

Nachdem Land-Hotel/Gasthof "Cramer" in Warstein-Hirschberg "Quartier" gemacht wurde, wartete auf die Teilnehmer im nahen Warstein-Niederbergheim im Landgasthof "Loagshof" ein ausgezeichnetes "Westfälisches Buffet". Der Kursobmann begrüßte alle Teilnehmer sehr herzlich, im Besonderen auch die Partner/innen der Kurskollegen/innen, die sich hervorragend integriert hätten. Werner Sattler, der aus Nagold stammt und nun schon über 35 Jahre in der schönen Heimat seiner Frau Annegret zu Hause ist, freute sich bei seinem Grußwort herzlich darüber, dass der Besuch seiner Freunde aus Haigerlocher Tagen nochmals geklappt hat. Seit 35 Jahren unterstützt er seine Frau, die mit Können und Tatkraft das von den Eltern übernommene Modehaus in Warstein und die seit mehreren Jahren in der ehemaligen DDR neu hinzugekommenen Modeeinrichtungen mit insgesamt 150 Beschäftigten führt. Er ist seit vielen Jahren Stadtrat in Warstein und dort sehr angesehen, wie wir im Laufe unseres Besuches immer wieder erleben konnten.

Nach einem zünftigen Frühstück ging es am Samstagmorgen zur Stadtbesichtigung, wobei wir mit Dietmar Lange einen exzellenten Kenner seiner Heimatstadt und deren Umgebung erleben konnten. Warstein hat 28.000 Einwohner und ist mit 8.640 ha Wald eine der waldreichsten Städte Deutschlands. Neun Stadtteile haben dem Besucher reizvolle, idyllische und doch so verschiedene Eindrücke zu bieten, hat doch jeder Ort ein unverwechselbares eigenes Erscheinungsbild. Das macht dieses Warstein so liebenswürdig, was wir immer wieder feststellen konnten. Überhaupt ist das Sauerland mit seinen sanften, bewaldeten Bergen, seinen Dörfern im Fachwerkstil und den zahlreichen (Stau-)Seen eine Perle des Fremdenverkehrs mit beeindruckender Landschaft.

Nach einem Stehempfang mit der Familie Sattler in ihrem Modehaus Müterich, den manche noch zu einem Einkaufsbummel nutzen konnten, ging's dann zur Besichtigung der bekannten Warsteiner Brauerei, die alles bisher Gesehene auf diesem Gebiet in den Schatten stellte. Braumeister Rüdiger Lonsien, ein Allrounder ganz besonderer Art, führte uns zunächst mit unserem Omnibus durch das 40 ha große Betriebsgelände, ehe



wir nach über einer Stunde die riesigen Anlagen auch von innen betrachten konnten. Aus kleinsten Anfängen in den 30er Jahren mit 4.000 hl Bier pro Jahr entwickelte Alleininhaber Cramer diesen heute immer noch privaten Betrieb zu ungeahnten Höhen. 1946 30.000 hl, 1960 schon 100.000 hl und 1980 1 Million hl Bier zeigen die einmalige Entwicklung des Unternehmens eindrucksvoll auf. 1994 war mit 6 Millionen hl Bier das absolute Rekordjahr. 2001 seien es 5,5 Millionen hl Bier mit 980 Millionen Umsatz gewesen. Im Dreischichtbetrieb stehen 1.200 Beschäftigte den großen Anforderungen gegenüber. Eine zünftige und schmackhafte Kartoffelsuppe westfälischer Art und Freibier so viel man wollte (wenn es das einmal zu Haigerlocher Zeiten gegeben hatte, wäre das eine Fete gewesen) schloss diese beeindruckende Brauereibesichtigung ab.

Dann fuhren wir noch zu der 20 km entfernt gelegenen berühmten Möhnesee-Talsperre, die 1943 von Bomben englischer Flieger zerstört wurde, wobei über 1.000 Tote zu beklagen waren, als eine riesige Flutwelle von über 12 Metern Höhe sich ins Tal der Möhne ergoss. Heute ist der Möhnesee mit seinen Naturschutzgebieten Lebensraum und auch Rastquartier zahlreicher Vogelarten sowie ein Naherholungsgebiet für das Ruhrgebiet. Er wird auch "Westfälisches Meer" genannt und ist als Wasserspeicher für das Ruhrgebiet zeitlos wichtig.

Abends saßen wir dann zum Ausklang des Besuchs in Warstein in festlicher Runde bei froher Stimmung im schönen großen Saal des Hotels "Cramer" gemütlich beisammen. Ein reichhaltiges Buffet sorgte für eine gute Grundlage. Lieder wurden gesungen, Sketche dargeboten und manche Anekdote vergangener Tage erzählt. Dazwischen berichtete der Kursobmann über die Veränderungen und Neuigkeiten des Kurses im zurückliegenden Jahr und bedauerte, dass doch zahlreiche Kolleginnen und Kollegen aus verschiedensten Gründen an der Fahrt nicht teilnehmen konnten, darunter auch Ministerpräsident Erwin Teufel, der exakt zu dieser Zeit in Mexiko bei Staatsgeschäften weilte. Von Herzen dankte er Werner Sattler und seiner Frau Annegret für die Rundumbetreuung, für alle Verbundenheit und Gastfreundschaft, die sich in mehreren großzügigen Getränkespenden niederschlug. Unter dem herzlichen Beifall aller Teilnehmer unterstrich ein schönes Weinpräsent diese Worte. Werner Sattler betonte, dass er und seine Frau diesen Besuch genossen hätten und nicht vergessen werden.

Am Sonntagmorgen nahmen wir dann endgültig wieder Abschied von Warstein, unseren Gastgebern Werner und Annegret und dem reizvollen Sauerland. Zügig ging's mit dem Bus wieder der Heimat zu. Mit herzlichen Worten dankte der stv. Kursobmann Erwin Kästle dem Kursobmann für seinen steten Einsatz zum Wohle der Kursgemeinschaft, die seit über 40 Jahren vorzüglich funktioniere. Der Kursobmann dankte allen Teilnehmern herzlich für ihr Mittun und die gute Atmosphäre während aller drei Tage. Dazu hätten auch die Partner/innen entscheidend beigetragen. Dem Kollegen Otto Pfaller dankte er für den gespendeten Wein während der Fahrt und dem Busfahrer Horst Egger für seine umsichtige und ruhige Fahrweise.

Warstein im Sauerland war ein großes Erlebnis. Wir werden diese Tage der Begegnung und Freundschaft, aber auch die Gastfreundschaft der Familie Sattler und die Landschaft mit ihren Menschen immer in bester Erinnerung behalten. Diese Fahrt hat sicher aber auch unserer Kursgemeinschaft wieder neue Impulse gegeben. *Gustav Kammerer*

Studienjahrgang 1969/70 trifft sich in Schwäbisch Hall



Am 13. Oktober 2001 besuchten die Teilnehmer das "Diak" in Schwäbisch Hall. Direktor Hans-Peter Maier hatte seine Kolleginnen und Kollegen hierzu eingeladen. Er erläuterte die sich wandelnden Aufgaben des Diakonie-Krankenhauses in der Vergangenheit bis in die Gegenwart und gab einen Ausblick unter dem Gesichtspunkt der Kostensituation im Gesundheitswesen.

Privatdozent Dr. med. Lothar Jahn konnte den Teilnehmern nicht nur das neu angeschaffte Gerät Herzkathetermessplatz samt Untersuchungsinstrumenten vorstellen, sondern erläuterte zusätzlich anhand von Computerbildern krankhafte Veränderungen am Herzen. An den zahlreichen Fragen der Teilnehmer war das Interesse am Thema zu erkennen. Das bedingte letztlich die Verspätung zur Führung durch das historische Schwäbisch Hall. Abgestimmt auf das Motto "Entwicklung der Krankenhausversorgung vom Mittelalter bis heute" handelte es sich um eine Stadterkundung, wie man diese üblicherweise nicht erlebt.

Obmann Arthur Schaller konnte beim abschließenden Zusammensein in gemütlicher Runde dem Kollegen Maier ganz herzlich für den gelungenen Nachmittag und die Organisation danken.

Für das Treffen im Jahre 2002 ist die Gemeinde Tengen vorgesehen. Eine gesonderte Einladung erfolgt wieder rechtzeitig.

Text: Arthur Schaller/Foto: Wolfgang Pfitzer

Versorgungsanwartschaft

Werden Sie in den nächsten Jahren in den Ruhestand treten und interessiert Sie die Höhe des Versorgungsbezugs?

Fordern Sie das Formular für die Angabe Ihrer persönlichen Daten bei der Verbandsgeschäftsstelle an oder rufen Sie es im Internet unter www.vdv-bw.org ab.

Wir ermitteln Ihre voraussichtlichen Versorgungsbezüge.

Telefon (0711) 2263262
Fax (0711) 2263280
E-Mail: info@vdv-bw.org

2002

Nachdem das alte, vergangene Jahr
von Schrecken, Kriegen gezeichnet war,
sei im neuen wohl beschieden
der Menschheit Frieden, Frieden!

Man sollte, muss sich fragen,
was vermag ich hierzu beizutragen,
ich, ich allein, Frau wie Mann,
dass es anders, besser werden kann?

Es ist ein schweres Unterfangen,
weltweit Eintracht, Frieden zu erlangen.
Doch die Mächtigen, die führen,
sollen der Menschen Sehnsucht spüren!

Otto Raisch

K 73 in Tübingen

Hektik und Alltagsstress vergessen - in Erinnerungen schwelgen!

Diesem Motto getreu treffen sich die Ehemaligen der K 73 alle zwei Jahre im Großraum Tübingen, um zusammen mit ihrem Mentor Prof. Dr. Heinz Pfander einen gemütlichen Abend zu verbringen. Der 9. November 2001 war der "Silbernen Wiederholungsprüfung des Staatsexamens" gewidmet.

Wie nicht anders zu erwarten, wurde neben Durchhaltevermögen auch die geistige Beweglichkeit und Geschicklichkeit jedes Einzelnen auf den Prüfstand gestellt. An einem solchen Abend scheint die Zeit stillzustehen.

Immer wieder fragt man sich, war es nicht erst gestern, als wir zusammen in der Jägerstraße in Stuttgart gebüffelt und vor der Staatsprüfung gezittert haben. Doch zwischenzeitlich sind über 25 Jahre vergangen. Voll Stolz kann Professor Pfander auf seine ehemaligen "Schäfchen" blicken, die heute vielschichtig in leitenden Positionen Funktionen im öffentlichen Dienst bekleiden.



Gruppenfoto nach einem gelungenen Abend

Wünschenswert wäre natürlich, dass noch mehr Ehemalige der K 73 am **nächsten Treffen im Frühjahr 2003** teilnehmen. Beim kommenden Treffen können alle auf über 50 Lebensjahre zurückblicken - dies inspiriert heute schon den zwischenzeitlich bestimmten "Organisator auf Lebenszeit", sich dem neuen Motto "50 Jahre und kein bisschen weise" zu widmen.

Kreisverband Alb-Donau/Ulm

Verwaltungsbeamte im Gewerbepark Lerchenhof



Treffpunkt am Gewerbepark Lerchenhof - Begrüßung durch den Kreisvorsitzenden BM Knapp (2. v. r.)

Der im Juli 2001 neu gewählte Kreisvorstand des Verbandes der Verwaltungsbeamten Alb-Donau/Ulm hatte auf 30. November 2001 zu einer ersten Versammlung eingeladen. Ziel war der Gewerbepark Lerchenhof (GPL) im Gewerbegebiet Ulm-Nord auf Gemarkung Lehr.

Kreisvorsitzender Bürgermeister Knapp (Schelklingen) konnte mehr als 30 Kolleginnen und Kollegen begrüßen, darunter den früheren 1. Bürgermeister der Stadt Ulm, Prof. Dr. Katz, der als langjähriges Mitglied des Verbandes bei dieser Versammlung auch gerne mitgewirkt hat.

Im Schulungszentrum der Dekra-Akademie boten Prof. Dr. Katz und Herr Soldner, zuständig für die Gewerbeförderung bei der Stadt Ulm, den Teilnehmern zunächst allgemeine Informationen. Mit dem vor einiger Zeit von den Städten Ulm und Neu-Ulm gegründeten Stadtentwicklungsverband ist eine gemeinsame Gewerbeansiedlung in den beiden Städten ohne Konkurrenz Wirklichkeit geworden. Die Entstehungsgeschichte des Gewerbeparks, dessen Umsetzung und die künftigen Planungen, von denen auch die Gemeinde Dornstadt tangiert ist, waren weitere interessante Themen.

Der Inhaber der Firma GPL, Herr Heigele, wies auf die verkehrsgünstige Lage des Gebietes hin und erläuterte die Vorteile, die den Interessenten hier geboten werden können: flexible und optimale Anpassung an die jeweiligen Bedürfnisse, Kauf oder Miete von Nutzflächen bis zur Mitwirkung bei der Planung und der Verwirklichung individueller Wünsche. Das im Jahr 1996 erschlossene Gebiet umfasst eine Gesamtfläche von 30.000 m^2, auf der 18.000 m^2 als Gewerbe- oder Büroflächen genutzt werden können.



Im Schulungsraum der Dekra-Akademie informiert Prof. Dr. Katz (stehend)

Bis jetzt konnten 32 Firmen mit rd. 800 Beschäftigten angesiedelt werden.

Das Team der Dekra stellte dann das Leistungsangebot vor, das berufliche Qualifizierungs-, Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen im gewerblich-technischen und kaufmännischen Bereich umfasst und gerne genutzt wird.

Danach ließen sich die Teilnehmer bei der Firma Wall über deren moderne und intelligente Systeme für Wartehallen (mit Internetanschluss und Solarzellen für die Energieversorgung), Litfaßsäulen, Wegeleitsysteme und das besondere Finanzierungsmodell informieren. Einen weiteren Eindruck von dem gelungenen Konzept des Gewerbeparks Lerchenhof bot die Firma LTM, wobei insbesondere deren Thermolüfter mit Wärmerückgewinnung stark beachtet wurde.

Nach dem Rundgang und den Besichtigungen traf man sich im Hotel Engel in Ulm-Lehr zu einer gemütlichen Runde. Kreisvorsitzender Knapp dankte hier allen, die die Versammlung vorbereitet und mitgestaltet haben, insbesondere Ortsvorsteher Schulz aus Jungingen und Prof. Dr. Katz. Allgemein war man der Meinung, dass es sich um eine gelungene Veranstaltung mit einem aktuellen Thema und umfangreicher Information gehandelt hat.

Vor der Versammlung hielt der Kreisvorstand im Rathaus von Jungingen eine Sitzung ab, bei der die weiteren Aktivitäten des Kreisverbandes und die Themenschwerpunkte für das nächste Jahr besprochen wurden. *Hans Breymaier*

Kreisverband Emmendingen

Bezirksvorsitzender in Emmendingen

Seinen Antrittsbesuch beim Kreisverband Emmendingen absolvierte Axel Goßner aus Konstanz, neuer Vorsitzender des Bezirksverbandes Freiburg. Anlass war die Personalversammlung des Landratsamtes Emmendingen. Hier fand Goßner ein zahlreiches Auditorium, das er über die jüngsten Entwicklungen im Beamtenrecht in Kenntnis setzte. Verdi glänzte bei dieser Vorstellung übrigens durch Abwesenheit.

Im Anschluss an die Versammlung hatte man im "Emmendinger Eck" Gelegenheit, mit Goßner, dem Leiter des Personalamts des Landratsamts Konstanz und mit Klaus Nunn, dem Leiter des Haupt- und Personalamts der Stadt Emmendingen und Vorsitzender des dortigen Kreisverbands, über spezielle Themen zu reden. Zu erkennen waren dabei die Unsicherheit und die Ängste, die die bereits vorgenommenen und noch anstehenden Einschnitte im Versorgungsbereich auslösen. *Klaus Nunn*

Kreisverband Ludwigsburg
Kreisvorsitzender Reinhold Nied wieder gewählt – Ehrung langjähriger Mitglieder

Für Freitag, 7. Dezember 2001, hatte Kreisvorsitzender, Kreisoberverwaltungsrat Reinhold Nied, zur Kreisversammlung in die FSV Gaststätte in Ludwigsburg-Oßweil eingeladen. Vor zahlreichen Kolleginnen und Kollegen nahm er zu aktuellen berufspolitischen Fragen und insbesondere zur Altersteilzeit Stellung. Das Verhalten der Landesregierung, die die generelle Zulassung der Altersteilzeit immer noch verweigere, verärgere die Beamten insbesondere deshalb, weil andere Bundesländer sich diese Leistungen an die Beamten mit den Finanzausgleichsleistungen aus Baden-Württemberg finanzieren ließen. Ausführlich ging er auch auf die Arbeit im Kreisverband ein. Diese umfasse neben der persönlichen Betreuung von Einzelmitgliedern auch die Vertretung des Verbands der Verwaltungsbeamten bei Personalversammlungen bei anderen Landratsämtern sowie die Abgabe von Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen usw.

Außerordentlich schwierig sei die Gewinnung neuer Mitglieder. Ein Engagement für die generellen Interessen der Beamten, also durch Unterstützung der Arbeit der Berufsorganisation sei nur noch selten anzutreffen. Häufig werde bei Werbegesprächen nur noch nach dem unmittelbaren Nutzen einer Mitgliedschaft gefragt. Allerdings dann, wenn es direkte Probleme am Arbeitsplatz gäbe, komme man zum Kreisvorsitzenden und erwarte Unterstützung und Rechtsschutz durch den Verband.

Als Vertreter des Vorstandes des Verbands der Verwaltungsbeamten referierte das Vorstandsmitglied, Erster Bürgermeister Wolfgang Steng, Gerlingen, engagiert und mit großer Sachkenntnis über berufs- und verbandspolitische Fragen. Er sprach dabei insbesondere die geplante Reform der Beamtenversorgung, die wieder weitere Verschlechterungen bringt, sowie die beabsichtigten Änderungen bei der Besoldungsstruktur an.

Bei den Wahlen wurden Reinhold Nied wieder als Vorsitzender und Gerhard Klomfaß als Erster Stellvertreter und Hermann Kunde als Zweiter Stellvertreter jeweils einstimmig gewählt.

Als Delegierte für den im Jahr 2004 stattfindenden Vertretertag des VdV Baden-Württemberg wurden gewählt: Daniela Gürzing, Gerhard Klomfaß, Wolfgang Steng, Harald Wahl.

Der letzte Sitz musste wegen Stimmengleichheit zwischen Hermann Kunde und Leonhard Weinmann ausgelost werden. Leonhard Weinmann zog das richtige Los, will aber wegen seines Alters die Vertretung Hermann Kunde übertragen.

Die Wahlen wurden von Erstem Beigeordneten Karl-Heinz Balzer, Professor Heinz Kölz und Regierungsdirektor Nolkemper geleitet.

Für langjährige treue Mitgliedschaft konnte gedankt und geehrt werden:

25 Jahre:
Karl-Heinz Balzer, Thomas Bauer, Helmut Bauer, Ingrid Krczal, Gerhard Müller, Evelyn Rehmann, Sonja van Bebber.

40 Jahre:
Werner Banzhaf, Siegfried Keis, Gerhard Krauss, Werner Kuhn, Siegfried Menner, Walter Müller, Kurt Werner Nafz, Uwe Nolkemper, Armin Renftle, Gerhard Strohm, Dieter Weng, Rolf Wieser, Ingeborg Zorn.

50 Jahre:
Werner Christ, Walter Keppler, Heinz Georg Keppler, Werner Kirchmaier, Oswald Kramer.

65 Jahre:
Wilhelm Rappold, Willi Stoll.

Kreisverband Rottweil

Landtagsbesuch mit unerwartetem Ausgang



Der Kreisvorsitzende beim Bier mit Ministerpräsident Erwin Teufel

Der Kreisverbandsvorsitzende, Bürgermeister a. D. Gustav Kammerer, hatte die Mitglieder des Kreisverbands zum Besuch einer Landtagsplenarsitzung eingeladen. In einer Diskussionsrunde mit den beiden Landtagsabgeordneten des Wahlkreises Rottweil, Steim (CDU) und Kleinmann (FDP), wurde im vergangenen Jahr vereinbart, dass die Mitglieder des Kreisverbandes zu einer Landtagssitzung nach Stuttgart eingeladen werden. Dies konnte nunmehr realisiert werden.

Bei der gemeinsamen Busfahrt wurde Stuttgart schnell erreicht. Nach einer kurzen Einführung im Landtag hatte die große Zahl der Verbandsmitglieder Gelegenheit, an einer Landtagssitzung teilzunehmen. Dabei musste sich Ministerpräsident Erwin Teufel in seiner Stellungnahme gegen die Opposition verteidigen. Dies gab der Opposition erneut Gelegenheit zu den Ausführungen des Ministerpräsidenten Stellung zu nehmen. Er-



Ministerpräsident Erwin Teufel im Gespräch mit Albert Krämer

staunt waren viele Teilnehmer des Kreisverbands über den Umgang und die verwendete Sprache des "hohen Hauses".

Nach etwa einer Stunde im Plenarsaal fand das Gespräch mit den beiden Landtagsabgeordneten statt. Nachdem die Abgeordneten kurz ihren Aufgabenbereich im Landtag vorgestellt hatten, erschien zur Überraschung aller Teilnehmer Ministerpräsident Erwin Teufel persönlich, um den Mitgliedern des Kreisverbandes Rede und Antwort zu stehen. Die Überraschung war sicherlich gelungen, da keiner der Teilnehmer mit diesem Besuch gerechnet hatte. Die Organisation seines Tagesablaufs interessierte viele Gesprächsteilnehmer. So bedauerte der Ministerpräsident, dass nicht Bonn, sondern Berlin die Bundeshauptstadt sei. Auf Nachfrage erklärte er, dass sich dies jedoch nur auf das Organisieren der Fahrten und die zu erledigenden Arbeiten auswirke. So konnte er nach Bonn während der Fahrt mit dem ICE viel Arbeit erledigen. Dies sei jedoch im Flugzeug nach Berlin so nicht der Fall. Auch war für Ministerpräsident Teufel der Rückhalt in seiner Familie sehr wichtig. Wenn immer es möglich sei, verbringe er die Nacht zu Hause in Spaichingen. Auf Grund der hohen Arbeitsbelastung und der Verpflichtung zu vielen Terminen sei es ihm oft nicht möglich, die Wochenenden mit der Familie zu verbringen. Deshalb seien für ihn die Zeiten um Weihnachten, Ostern und in den Sommerferien ausschließlich für die Familie reserviert. Er bedauerte, dass er für die Familie nicht mehr Zeit zur Verfügung hätte.



Ministerpräsident Erwin Teufel beim Austausch von Erinnerungen an seine Ausbildungszeit mit Kreispfleger a. D. Ernst Frank

Anschließend lud der Ministerpräsident die Teilnehmer zu einem Umtrunk in die Landtagsgaststätte ein. Dabei kam die herzliche Verbundenheit verschiedener Mitglieder des Kreisverbands mit ihm zum Ausdruck. Hierzu gehört in erster Linie der Kontakt zum Kreisvorsitzenden Gustav Kammerer, welcher gleichzeitig Kursobmann des Kurses von Ministerpräsident Erwin Teufel ist.

Leider verging die Zeit wie im Fluge, sodass der Kreisvorsitzende zum Aufbruch in das Planetarium Stuttgart mahnen musste, da er dort eine spezielle Vorführung für die Gruppe organisiert hatte.

So wurde dieser Besuch im Landtag für die Teilnehmer ein Tag, welcher nicht so schnell vergessen wird. Der Dank gilt dem Kreisvorsitzenden, welcher durch die sorgfältige Vorbereitung dieser Fahrt wesentlichen Anteil am Gelingen hatte. *Hans Mauch*

Kreisverband Schwarzwald-Baar

Kreisversammlung im Franziskanermuseum

Nach einer interessanten Führung durch das Franziskanermuseum in Villingen-Schwenningen zum Thema Stadtgeschichte trafen sich die Mitglieder des Kreisverbands Schwarzwald-Baar im Café des Museums am 11. Dezember 2001 zur Mitgliederversammlung.

Die Kreisvorsitzende Claudia Link begrüßte die aktiven und ehemaligen Beamtinnen und Beamten sowie den Verbandsvorsitzenden Rolf Wieser.

Anschließend gab die Kreisvorsitzende einen kurzen Rückblick über die Ereignisse seit der letzten Kreisversammlung.

Im Anschluss daran sprach Rolf Wieser verschiedene aktuelle berufspolitische Themen an, z. B.

- Halbierung der Stellenbesetzungssperre,
- Wiedereinführung der Jubiläumsgabe,
- Rücknahme der Leistungsprämien,
- Verheiratetenzuschlag,
- Stellenobergrenzenverordnung,
- Novellierung der Beihilfeverordnung,
- Kürzung der Altersversorgung,
- Zulassungszahlen für gehobenen Dienst werden nicht mehr erreicht,
- Ausbildungs- und Prüfungsordnung sollen geändert werden.

Ehrungen:
Der Dank für **40 Jahre Treue** zum Verband wurde Martha Schwarz, Wolfgang Schneckenburger und Wolfgang Seifried ausgesprochen. Für **50 Jahre** wurde Hans Strobel geehrt. *Claudia Link*

Bloß gscheit isch au domm!

Schwäbische Volksweisheit, mitgeteilt von Prof. E. Ziegler

Einschränkung

Ein Mensch erliegt dem steten Drang
zum Dreigestirn Wein, Weib, Gesang.
Laut Arzt wird er von den Genüssen
zumindest einen streichen müssen.
Der Mensch besinnt sich da nicht lang
und meidet künftig den Gesang.

E. Frost

Bücher

Das Beamtenrecht in Baden-Württemberg

Kommentar zum Landesbeamtengesetz, zum Beamtenversorgungsgesetz und zur Landesdisziplinarordnung mit den dazu ergangenen Rechtsverordnungen, Verwaltungsvorschriften, Bekanntmachungen und Erlassen

Müller, Beck
Loseblattwerk, etwa 3420 Seiten, 88 € einschl. drei Ordnern
Richard-Boorberg-Verlag, Stuttgart

Den Schwerpunkt des Werks bildet der Text des Landesbeamtengesetzes mit ausführlichen Erläuterungen und allen notwendigen Verweisungen. Außerdem sind erhalten: über 60 Gesetze und Verordnungen zum Beamtenrecht, z. T. kommentiert; über 70 Verwaltungsvorschriften (VV), Richtlinien, Bekanntmachungen und Erlasse zum Beamtenrecht; das Beamtenversorgungsgesetz mit ausführlichen Erläuterungen und dem Wortlaut der Allgemeinen VV zum BeamtVG sowie den Rundschreiben des Finanzministeriums; die Landesdisziplinarordnung mit Hinweisen auf die wort- bzw. inhaltsgleichen Regelungen der Bundesdisziplinarordnung.
Mit der 66. Ergänzungslieferung (Stand April 2001) werden vor allem die letzten Änderungen des Landesbeamtengesetzes und des Beamtenversorgungsgesetzes in den jeweiligen Text- und Erläuterungsteilen berücksichtigt. Außerdem wurden u. a. die Änderungen bzw. Neufassungen folgender Vorschriften eingearbeitet: Landesreisekostengesetz mit den dazugehörigen Verwaltungsvorschriften, Versorgungsrücklagengesetz, Hochschulgesetze; Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für Juristen, für den gehobenen sowie für den mittleren Dienst; Urlaubsverordnung; Auslandsreisekostenverordnung; Polizeidienstkleidungsverordnung; Richtlinien des SM zur Durchführung eines Sonderprogramms "Mehr Arbeitsplätze für Schwerbehinderte".
Neu aufgenommen wurden das Gesetz zur Neuorganisation der Führungsakademie des Landes, die Verwaltungsvorschrift(en) des IM über die Übertragung haushalts-, reisekosten- und trennungsgeldrechtlicher Befugnisse und Zuständigkeiten etc., über die Gewährung einer Zuwendung an Polizeibeamte für privat beschaffte Schutzwesten sowie diejenige über praktische und fachwissenschaftliche Ausbildung des gehobenen Verwaltungsdienstes, mit der eine Reihe von älteren Bekanntmachungen gleichen Inhalts aufgehoben wurden.

Kreisverband Stuttgart

Leistungszulagen und Leistungsprämien

Zum Bericht in Ausgabe 6/2001

Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster stellt zumindest teilweise die Einführung von leistungsbezogenen Gehaltsbestandteilen in seinem Antwortschreiben wie folgt in Aussicht:

Schreiben Oberbürgermeister Dr. Schuster vom 12.12.2001

"Sehr geehrter Herr Launer,
vielen Dank für Ihr Schreiben vom 21. Oktober 2001, mit dem Sie auf eine bereits frühere Korrespondenz in Sachen leistungsbezogene Gehaltsbestandteile zurückkommen.
Das Haupt- und Personalamt hat den Entwurf einer Vorlage zu leistungsbezogenen Gehaltsbestandteilen für Beamtinnen und Beamte in den Personalbeirat am 18. September 2000 eingebracht. Von den gemeinderätlichen Mitgliedern des Gremiums wurde signalisiert, dass eine einvernehmliche Regelung mit der Personalvertretung erwartet werde. Leider ist das Haupt- und Personalamt jedoch nicht mit der Personalvertretung zu einer Einigung gekommen, weil die Personalvertretung auf einer Vergabekommission besteht. Das Thema ist nach wie vor aktuell und wurde auch in der letzten Personalbeiratssitzung am 12.11.2001 gestreift.
Da ich im Prinzip Ihre Auffassung teile, dass im Beamtenbereich die leistungsbezogenen Gehaltsbestandteile einzuführen sind, habe ich das Haupt- und Personalamt gebeten, weiterhin zumindest die teilweise Einführung von leistungsbezogenen Gehaltsbestandteilen zu betreiben.
Mit freundlichen Grüßen
gez. Dr. Wolfgang Schuster"

Schulhausbetreuung

Die Schulhausbetreuung der Stadt Stuttgart hat dank der in der Regel beamteten Hausmeisterehepaare jahrzehntelang perfekt funktioniert. 162 Hausmeister, Schulhausbetreuer und Hallenwarte betreuten 304 Schulgebäude. Jetzt droht diesem System das Aus. Wegen drohender Scheinselbständigkeit sollen die Hausmeisterehefrauen in feste Arbeitsverhältnisse überführt werden. Die Innenreinigung der Schulen soll in Fremdvergabe erfolgen. Arbeitsplatz- und Gehaltsfrage sind bei vielen noch ungeklärt. Es hagelt Proteste. Schlagzeilen der Presse begleiten diesen quälenden Prozess: "Der Hausmeister ist nicht mehr alleine der Chef", "Schulhausmeister gehen vor den Kadi".
Heimlich, still und leise bahnt sich unter der harmlos wirkenden Überschrift "Neustrukturierung des Schulhausbetreuungssystems" jedoch ein totaler Systemwechsel an. Mit dem Hauptargument, dass es sich beim Tätigkeitsfeld der Schulhausmeister um keine hoheitliche Aufgabe handelt, schlägt die Stadt dem Gemeinderat vor, Schulhausmeister nur noch im Angestelltenverhältnis zu beschäftigen. Dieser Statuswechsel würde einen Personenkreis von derzeit 118 Beamten des mittleren technischen Verwaltungsdienstes (Bes.-Gr. A 5 bis A 7) betreffen. Mit dem nachstehenden Schreiben an die maßgeblichen Beigeordneten bei der Stadt hat Kreisvorsitzender Peter Launer auf die Folgen dieser personalpolitischen Fehlentscheidung hingewiesen und auch die Gemeinderatsfraktionen auf den Vorgang und das Wesen des Funktionsvorbehaltes von Artikel 33 IV Grundgesetz aufmerksam gemacht. Des Weiteren tritt er für eine sachgerechte Stellenbewertung für die Schulhausmeister und die Möglichkeit eines Verwendungsaufstiegs bis nach Besoldungsgruppe A 10 und den Erhalt eines Gleichklangs der Beschäftigungsgruppen ein.
Der Verwaltungsvorschlag macht deutlich, welchen Stellenwert die Verwaltung ihren beamteten Schulhausmeistern zumisst. Es verwundert deshalb nicht, dass die Verwaltung dem Gemeinderat in einer Vergleichsberechnung der Einkommen im Beamtenstatus bzw. im Angestelltenverhältnis zum Ergebnis kommt, dass Beamte für den Dienstherrn durchweg und sehr deutlich teurer kommen als Angestellte. Die Stadt Stuttgart reflektiert nicht die Untersuchungen über die finanziellen Auswirkungen bei der Verwendung von Beamten oder Arbeitnehmern in der Bundesrepublik Deutschland (z. B. Bundesrechnungshof, HWWA-Institut, bayrisches und niedersächsisches Finanzministerium), die ausnahmslos zu dem Ergebnis geführt haben, dass der Einsatz von Beamten - wenn auch im Einzelnen in unterschiedlicher Größenordnung - wirtschaftlicher ist als die Beschäftigung von Arbeitnehmern. Der Kreisverband Stuttgart wird sich für eine Versachlichung der politischen Debatte und die Beibehaltung des Status der Schulhausmeister als Beamte aus den nachstehend genannten Gründen einsetzen.

Brief an die Bürgermeister:

Neustrukturierung des Schulhausbetreuungssystems; künftiger Status der Beschäftigten im Angestelltenverhältnis

Sehr geehrte Frau Dr. Magdowski,
sehr geehrter Herr Murawski,
ausweislich der Presseberichterstattung wird ein radikaler Systemwechsel im künftigen Schulhausbetreuungssystem auch hinsichtlich des Status' der Beschäftigten angestrebt. Ihre Referate schlagen vor, die neu zu besetzenden Schulhausmeisterstellen künftig nur noch mit Angestellten vorzunehmen. Dies wäre aus Sicht unserer Berufsorganisation langfristig gesehen eine personalwirtschaftliche Fehlentscheidung.
Die Abwägungen der Personalverwaltung mögen zwar dem derzeitigen Zeitgeist entsprechen, wir halten sie jedoch in Bezug auf das Bürgerinteresse und eine flächendeckende streik- und ideologiefreie Unterrichtsversorgungslandschaft in unserer Stadt für falsch, geradezu für schädlich. Erlauben Sie, dass ich - ohne juristisches Glasperlenspiel betreiben oder verstaubte Privilegien bewahren zu wollen - auf einige wichtige Gesichtspunkte zum Berufsbeamtentum aufmerksam mache.
So unrichtig es ist, lediglich auf Grund der geringeren Bruttobezüge der Beamten und der für sie beim Dienstherrn nicht anfallenden Sozialversicherungsbeiträge festzustellen: Beamte sind billiger, ist es ebenso falsch zu konstatieren, eine Schulhausmeistertätigkeit sei keine hoheitliche Aufgabe. Wenn diese Rechtsauffassung dem Gemeinderat mitgeteilt wird, so wird dies der Bedeutung des verfassungsrechtlich statuierten Funktionsvorbehalts nicht gerecht. Nur durch eine Rückbesinnung auf die wesentlichen hoheitlichen Aufgaben kann die staatliche Leistungs- und Handlungsfähigkeit substantiell erhalten werden.
Der Funktionsvorbehalt von Artikel 33 IV Grundgesetz gilt für solche Tätigkeitsfelder, bei denen es gerade auf die besondere Qualität der Aufgabenstellung durch Beamte entscheidend ankommt. Als "hoheitlich" sind demnach solche Befugnisse anzusehen, für deren Wahrnehmung eine besondere Zuverlässigkeit, Neutralität, Sachorientierung und demokratische Legitimation erforderlich ist. Der Bereich der Schule und Bildung ist als Einheit (Kommune als Schulträger, das Land als Bildungsträger) zu sehen. Der Status als Beamter soll die Unabhängigkeit gewährleisten, die zu einem unparteiischen Dienst für die Gesamtheit befähigt und im politischen Kräftefeld eine stabile, gesetzestreue Verwaltung sichert. Deshalb tritt unsere Organisation dafür ein, dass Lehrer und Schulhausmeister Beamte bleiben.
Hinzu kommt, dass die Schulhausmeister der Stadt regelmäßig den Antrag auf Übernahme in das Beamtenverhältnis stellen. Die Schulhausmeister künftig nur noch im Angestelltenverhältnis zu beschäftigen, käme einem Verdikt gleich, das den Beschäftigten nicht mehr die freie Wahl ihres Beschäftigtenstatus ermöglicht, entweder Angestellter zu sein bzw. Beamter zu werden. Wir treten für den Gleichklang und Erhalt der Beschäftigungsverhältnisse Arbeiter, Angestellte, Beamter ein. Die Stadt Stuttgart und ihr Gemeinderat wären aus den dargelegten Gründen - auch im Hinblick auf eine optimale Personalgewinnung - klug beraten, diese bewährte Personalpolitik fortzuführen.
Der Vorschlag der Personalverwaltung, nur noch Beschäftigungsverhältnisse im Angestelltenverhältnis zuzulassen, führt zu einem weiteren Wegbrechen der Beförderungsstellen im Bereich des mittleren technischen Verwaltungsdienstes, und zwar im gesamten Bereich der Stadt.
Die vorgesehene Deckelung der Stellenbewertungen in Besoldungsgruppe A 5 bis A 7 halten wir für nicht sachgerecht. Schulhausmeister - gerade großer und differenzierter Schulkomplexe - müssen im Rahmen des Verwendungsaufstiegs die Möglichkeit bis Besoldungsgruppe A 10 erhalten. Schulhausmeister sind nicht mehr die Pedelle des

19. Jahrhunderts, sondern vielseitig spezialisierte Gebäudemanager und tragen zusammen mit der Schulleitung außerordentliche Verantwortung für Schüler, Lehrer und Eltern. Die Schulhausmeister der Stadt haben es mehr als verdient, bei den anstehenden Stellenplanberatungen eine Beförderungsperspektive in gleicher Weise wie die Feuerwehr der Stadt zu erhalten.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie den Gemeinderat auf die vorgetragenen Gesichtspunkte hinweisen und Ihren Verwaltungsvorschlag entsprechend korrigieren würden.

Mit freundlichem Gruß

gez. Peter Launer, Kreisvorsitzender

Die Presse wurde von Kreisvorsitzendem Peter Launer in Form von Leserbriefen unterrichtet. Die Stuttgarter Nachrichten und die Cannstatter Zeitung veröffentlichten den Leserbrief am 2.12./3.12.01 auszugsweise unter "Radikaler Systemwechsel" und "Harmlose Überschrift".

Radikaler Systemwechsel

Zum Thema Schulhausmeister:
Unter der harmlosen Überschrift „Neustrukturierung des Schulhausbetreuungssystems" verbirgt sich ein radikaler Systemwechsel, nicht nur hinsichtlich der Hausmeister-Ehepaare. Die Verwaltung schlägt des weiteren vor, künftig die neu zu besetzenden Schulhausmeisterstellen nur noch mit Angestellten vorzunehmen. Die Abwägungen der Verwaltung mögen zwar dem allgemeinen Zeitgeist entsprechen, wären langfristig in Bezug auf das Bürgerinteresse am Erhalt einer flächendeckenden streik- und ideologiefreien Unterrichtslandschaft eine personalwirtschaftliche Fehlentscheidung. Nur durch eine Rückbesinnung auf die wesentlichen hoheitlichen Aufgaben kann die staatliche Leistungs- und Handlungsfähigkeit substantiell erhalten werden. Als hoheitlich sind Befugnisse anzusehen, für deren Wahrnehmung eine besondere Zuverlässigkeit, Neutralität, Sachorientierung und demokratische Legitimation erforderlich ist. Der Bereich Schule und Bildung ist als Einheit zu sehen. Deshalb treten Organisationen dafür ein, dass Lehrer und Schulhausmeister Beamte bleiben. Der Status Beamter soll die Unabhängigkeit gewährleisten, die zum unparteiischen Dienst für die Gesamtheit befähigt und im politischen Kräftespiel eine stabile, gesetzesgetreue Verwaltung sichern. Schulhausmeister sind nicht mehr die Pedelle des 19. Jahrhunderts, sondern vielseitig spezialisierte Gebäudemanager, tragen mit Schulleitung außerordentliche Verantwortung für Schüler, Lehrer, Eltern und Vereine.

Peter Launer
Knödelstraße
Stuttgart

Cannstatter Zeitung v. 1./2.12.01

Harmlose Überschrift

Zur Auseinandersetzung zwischen Stadtverwaltung und Schulhausmeistern:

Unter der Überschrift „Neustrukturierung des Schulhausbetreuungssystems" verbirgt sich ein radikaler Systemwechsel, nicht nur hinsichtlich der Hausmeister-Ehepaare. Die Verwaltung schlägt nämlich des Weiteren vor, künftig die Schulhausmeisterstellen nur noch mit Angestellten zu besetzen. Die Abwägungen der Verwaltung mögen zwar dem Zeitgeist entsprechen, wären doch langfristig in Bezug auf das Bürgerinteresse am Erhalt einer flächendeckenden streik- und ideologiefreien Unterrichtslandschaft eine personalwirtschaftliche Fehlentscheidung. Nur durch eine Rückbesinnung auf die wesentlichen hoheitlichen Aufgaben kann die staatliche Leistungs- und Handlungsfähigkeit substanziell erhalten werden. Als hoheitlich sind solche Befugnisse anzusehen, für deren Wahrnehmung eine besondere Zuverlässigkeit, Neutralität, Sachorientierung und demokratische Legitimation erforderlich ist. Der Bereich Schule und Bildung ist als Einheit (Kommune als Schulträger, Land als Bildungsträger) zu sehen. Deshalb treten unsere Organisationen dafür ein, dass Lehrer und Schulhausmeister Beamte bleiben.

Verband der Verwaltungsbeamten Baden-Württemberg, Beamtenbund Baden-Württemberg – Kreisverbände Stuttgart

Stuttgarter Nachrichten v. 3.12.01

Veranstaltungen des Kreisverbands Stuttgart

Sonderfahrt SSB-Oldtimer-Linie 23 und Besichtigung des Straßenbahnmuseums in Zuffenhausen

Freitag, 1.3.2002, 13.30-16.30 Uhr
Treffpunkt: Haltestelle Berliner Platz, Wendeschleife (bei AOK Stuttgart)

Teilnehmerbeitrag: 8 €
(bitte passend bereithalten)

Wie keine andere Stadt ist Stuttgart eng mit der Geschichte des Kraftverkehrs verbunden. Namen wie Daimler, Porsche und Auwärter stellen das zusammen mit der Zulieferindustrie auch heute noch unter Beweis. Stuttgart ist aber auch die erste deutsche Stadt, die bereits 1862 eine Genehmigung zum Bau und Betrieb einer Pferdestraßenbahn erhielt. Um den interessanten Werdegang des öffentlichen Nahverkehrs nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, wurde im Jahr 1987 der Verein Stuttgarter Historische Straßenbahnen e. V. gegründet. Durch unseren Besuch des Straßenbahnmuseums bekommen wir nicht nur einen repräsentativen Querschnitt von Straßenbahnwagen aus Stuttgart, Esslingen, Feuerbach und den Fildern präsentiert, sondern wir verbinden dies mit einer nostalgischen Oldtimerfahrt vom Berliner Platz über Hauptbahnhof, Stöckach, Mineralbäder, Pragsattel nach Zuffenhausen. Im Anschluss an den Museumsbesuch besteht die Gelegenheit zum Gespräch und persönlichem Kennenlernen bei Kaffee und Brezeln (im Teilnehmerbeitrag enthalten).

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Telefonische Anmeldung erforderlich.

Wir freuen uns auf Ihr Kommen.

Peter Launer, Kreisvorsitzender,
Tel. 216-6952
Ursula Höschele, stv. Kreisvorsitzende,
Tel. 279-3019

Besuch beim Südwestrundfunk in Stuttgart

Dienstag, 16.4., 15.30 bis ca. 21 Uhr

Ort: SWR-Funkhaus, Neckarstr. 230, Stuttgart-Berg, Haupteingang Wilhelm-Camerer-Straße, Haltestelle Metzstraße: U1, U2, U14
Kosten: 5 € (bitte passend bereithalten)

Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg eröffnet uns die seltene Möglichkeit zu einer individuellen Führung (Bildregie, Werkstätten, Fernsehstudio) und das Kennenlernen des aktuellen Programmbetriebs (19.15 bis 20.00 Uhr Mitverfolgen der Livesendung Landesschau Baden-Württemberg, Gespräch mit der Moderatorin). Bei dem vierstündigen Rundgang durch Radio- und Fernsehstudios wird ein Blick hinter die Kulissen möglich, typische Hörfunkatmosphäre geschnuppert und das Hörfunkarchiv Musik besichtigt. Radio und Fernsehen prägen noch immer - trotz Internet - unser Freizeitverhalten. Deshalb ist es wichtig, näher unter die Lupe zu nehmen, wie der Südwestrundfunk als öffentlich-rechtliche Anstalt seine Aufgaben der Information, Unterhaltung und Bildung wahrnimmt. Es ist eine Diskussionsrunde von 17.15 bis 18.15 Uhr vorgesehen, die uns Gelegenheit gibt, auch das Rollenbild des Fernsehens in Bezug auf den öffentlichen Dienst allgemein und im Besonderen die einseitige Berichterstattung der Medien über die permanente populistische Beamtenschelte durch die Politiker anzusprechen.

An dem zwei Kilometer langen und vier Stunden dauernden Rundgang können nur erwachsene Besucher (über 18 Jahre) teilnehmen.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Telefonische Anmeldung erforderlich. Bitte Ausweispapiere mitbringen und sich pünktlich einfinden!

Peter Launer, Kreisvorsitzender,
Tel. 216-6952
Ursula Höschele, stv. Kreisvorsitzende,
Tel. 279-3019

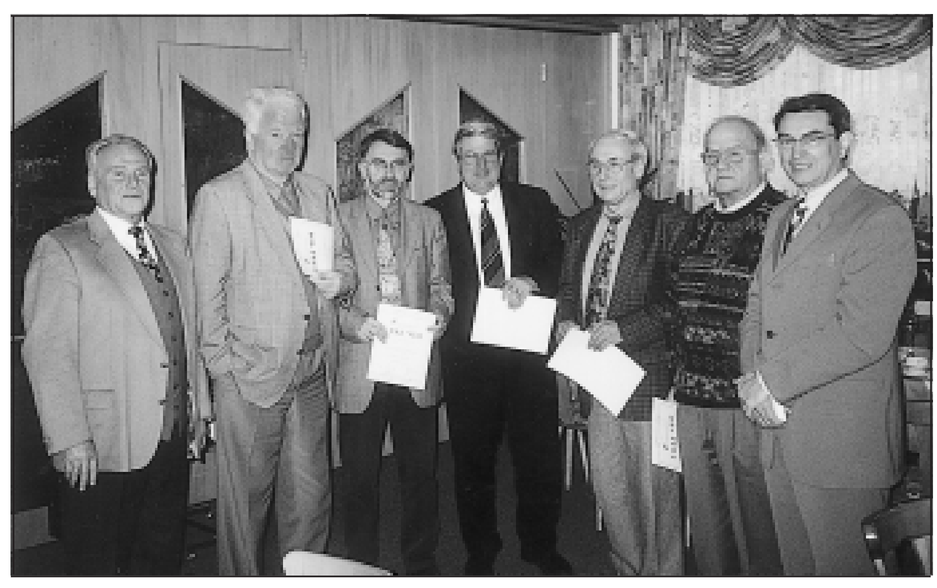
Besichtigung der Hauptaktei, Poststelle und Botenmeisterei des Haupt- und Personalamts

Freitag, 19.4.2002, 13.30-15.30 Uhr
Treffpunkt: Rathaus, Erdgeschoss, Zimmer 15

Fragen zu Steuerung des Posteingangs, der Fahr- und Botenplanung, der Lauf- und Schichtpläne, Postabfertigung, Postverteilung, der Aktenführung und Akteiorganisation mögen vielen - gerade im Zeitalter der

Medientechnik - banal erscheinen. Und dennoch kommt der Steuerung und Planung eine unverändert eminente Rolle zu. Eine rationelle, schnelle, bürgerfreundliche Aufgabenerledigung ist nur möglich, wenn der zentrale Dienst reibungslos funktioniert. Deshalb ist es eine spannende Sache, wenn uns der Leiter des Sachgebiets Hauptaktei beim Haupt- und Personalamt, unser Kollege Walter Schray, einen unmittelbaren Einblick gibt in das "Postamt" und in die "Zentralakten" der Landeshauptstadt Stuttgart.
Im Anschluss an die Führung besteht die Möglichkeit, im Ratskeller die Veranstaltung im kollegialen Kreis ausklingen zu lassen.
Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Telefonische Anmeldung erbeten.

Peter Launer, Tel. 216-6952
Ursula Höschele, Tel. 279-3019



Kreisvorsitzender Siegfried Ginter, Alfred Leisegang, Wilfried Selinka, Berthold Waizenegger, Hermann Steinhart, Eberhard Fritz, Elmar Bayer (v.l.)

Kreisverband Zollernalb

Ehrung verdienter Mitglieder

Zur Kreisversammlung hatte der Vorsitzende, Bürgermeister i. R. Siegfried Ginter, auf 9. November 2001 nach Geislingen eingeladen. Im Gasthof "Am Schloss" konnte er zahlreiche Verbandsmitglieder willkommen heißen. Sein besonderer Gruß galt dem Referenten, Verbandsgeschäftsführer Elmar Bayer aus Stuttgart. Grüße übermittelte er von Präsident Heinrich Haasis, der sich wegen eines anderen Termins für die Kreisversammlung entschuldigt hatte.

Elmar Bayer nutzte zunächst die Gelegenheit, Kreisvorsitzenden Ginter für dessen Engagement im Kreisverband Zollernalb herzlich zu danken. Dieser Einsatz zeige sich auch daran, dass zahlreiche ältere Mitglieder die Fahrt nach Geislingen auf sich genommen hätten, um sich mit ihren früheren Kollegen auszutauschen. Besonders dankte er dem Leiter des Kommunalamts des Landkreises Zollernalbkreis und dzU-Dozenten Heinz Pflumm, dem es in lobenswerter Weise gelinge, viele junge Kolleginnen und Kollegen von der Notwendigkeit einer Berufsvertretung zu überzeugen. Hiermit hatte er den inhaltlichen Einstieg zu seinen Ausführungen über das Engagement des Verbandes für die Ausbildung und das Studium. Die Qualität der Ausbildung der Absolventinnen und Absolventen der Hochschulen für öffentliche Verwaltung sei wichtig für das Image des Berufsstandes.

"Beispielhaft" nannte der Verbandsgeschäftsführer die besonderen Sparmaßnahmen des Landes, z. B. gebe es nur noch ein Bundesland, das auch keine generelle Altersteilzeitregelung für Beamte habe. Baden-Württemberg zahle somit über den Finanzausgleich die Besserstellung der Beamten in anderen Bundesländern.

Grotesk abgelaufen sei die Rücknahme der gerade eingeführten Leistungsprämien in der Landesverwaltung. So sei Kolleginnen und Kollegen, kurz nachdem ihnen mitgeteilt worden sei, dass ihnen eine Leistungsprämie gewährt werde, deren Rücknahme eröffnet worden. Da nur 10 % der Landesbeamten eine Leistungsprämie hätte gewährt werden können, könne man sich vorstellen, welch immenser unnützer Verwaltungsaufwand angefallen sei, um diese Leistungsprämien möglichst gerecht zu verteilen. Ob und wann nun tatsächlich auch in der Landesverwaltung die Leistungsprämie bezahlt werde, sei offen. Erfreulich sei, dass die Jubiläumsgabe nun wieder gewährt werde. Sehr ärgern würden sich allerdings diejenigen Kolleginnen und Kollegen, denen diese in den Jahren 1996 bis 2000 verweigert worden sei, da eine Nachzahlung nicht habe durchgesetzt werden können.

Noch unbefriedigender sei, dass nur diejenigen kinderreichen Familien, die schriftlich einen höheren Ortszuschlag bzw. Familienzuschlag verlangt hätten, Nachzahlungen bekommen würden. Wer sich also zurückgehalten habe, gegen seinen Dienstherrn vorzugehen, was in der Kommunalverwaltung häufig der Fall gewesen sei, und darauf vertraut habe, dass bei einer rückwirkenden Änderung alle Fälle gleich behandelt würden, gehe jetzt hinsichtlich der Nachzahlungen leer aus. Wie er aus vielen Reaktionen wisse, sei das Vertrauen in die Gleichbehandlung aller Beamten nachhaltig gestört. Diese negativen Erfahrungen würden sicher zur Folge haben, dass jetzt häufig gegen Bezügefestsetzungen vorsorglich Rechtsmittel eingelegt und damit der Verwaltungsaufwand in die Höhe getrieben werde.

Zur beabsichtigten Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes teilte er mit, dass insbesondere der Höchstsatz von 75 v. H. auf 71,75 v. H. abgesenkt werden solle. Dies treffe auch bestehende Versorgungsfälle, wobei die Rücknahme stufenweise durch entsprechende Kürzung bei Besoldungserhöhungen erfolgen solle. Der Antrag von Ministerpräsident Teufel, der Bundesrat solle gegen das Versorgungsänderungsgesetz stimmen, sei von der Mehrheit der Bundesländer am 19. Oktober 2001 abgelehnt worden. Der Beamtenbund habe für morgen, 10. November 2001, eine Protestversammlung in Berlin angekündigt.

Wegen der Besteuerung der Beamtenpensionen sei derzeit ein Verfahren beim Bundesverfassungsgericht anhängig. Weiter informierte er u. a. über das geplante Besoldungsstrukturgesetz sowie über die Aktivitäten des VdV und BBW.

Bei der Diskussion wurde unter anderem auch die Mitgliedschaft von pensionierten Verwaltungsbeamten im BRH angesprochen. Der Wunsch war, dass bei einer Mitgliedschaft in beiden - alle dem Deutschen Beamtenbund angehörenden - Verbänden die finanziellen Aufwendungen für den Pensionär nicht höher sind, als wenn er nur einem Verband angehört.

Nach Information und Diskussion über berufspolitische Fragen folgten Ehrungen für langjährige Mitgliedschaft im Verband der Verwaltungsbeamten, die der Kreisvorsitzende Bürgermeister i. R. Siegfried Ginter gemeinsam mit Geschäftsführer Elmar Bayer vornahm. Sie hoben die Wichtigkeit einer starken Interessenvertretung hervor und bedankten sich ganz herzlich bei den Geehrten für ihre langjährige Treue und dafür, dass sie durch ihre Beitragszahlungen die Arbeit des Verbands der Verwaltungsbeamten und des Beamtenbundes mit finanzieren.

Insgesamt konnten 8 Mitglieder geehrt werden:

Für 25 Jahre:
Edeltraud Kretschmann, Burladingen; Alfred Leisegang, Bisingen; Gerhard Schmid, Hechingen

Für 40 Jahre:
Volker Benz, Bisingen; Wilfried Selinka, Haigerloch; Hermann Steinhart, Albstadt; Berthold Waizenegger, Schömberg

Für 50 Jahre:
Eberhard Fritz, Balingen

Hubert Gulde

Personalia

Dietmar Berner in den Ruhestand verabschiedet

Am 25. Januar 2002 wurde Direktor Dietmar Berner, der zum Jahresende 2001 aus den Diensten der Württembergischen Gemeinde-Versicherung a.G. ausschied, in Stuttgart vor zahlreichen Gästen aus dem öffentlichen Bereich und aus dem Bereich der deutschen Versicherungswirtschaft in den Ruhestand verabschiedet. Mit einer Laudatio würdigte der Vorsitzende des Vorstands der Württembergischen Gemeinde-Versicherung a.G., Direktor Dieter Holl, die großen Verdienste, die sich Dietmar Berner in einer fast 39-jährigen Tätigkeit bei der WGV-Versicherungsgruppe erworben hat.



Direktor Dietmar Berner (l), VWA-Hauptgeschäftsführer Roland Kunz (r.)

Dietmar Berner wurde am 16. Oktober 1939 als Sohn einer alteingesessenen Esslinger Familie geboren. Seine Schulzeit verbrachte er in seiner Heimatstadt und legte am altsprachlichen Georgii-Gymnasium 1959 das Abitur ab. Den gehegten Gedanken, ein Theologiestudium aufzunehmen, verwarf Dietmar Berner und begann im Mai 1959 die Ausbildung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst bei der Stadt Bad Liebenzell. Weitere Stationen waren die Gemeinde Denkendorf und das Landratsamt Esslingen. Die Staatsprüfung lege er Ende März 1963 an der Verwaltungsschule in Stuttgart ab.

Professor Hans Taxis, der seinerzeit im Vorstand des Württ. Gemeinde-Versicherungsvereins a.G. tätig war, wandte sich an den jungen Verwaltungspraktikanten mit dem Hinweis, dass sich die Geschäfte des Gemeinde-Versicherungsvereins außerordentlich stark ausgedehnt hätten. Qualifizierte Kollegen aus dem gehobenen Dienst würden deshalb als Mitarbeiter benötigt. Bereits Anfang April 1963 nahm er seine Tätigkeit als Sachbearbeiter in der Kraftfahrt-Schadenabteilung der WGV auf. Dieser Schritt war für einen Kollegen aus dem gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst auch damals ungewöhnlich. Immerhin bedeutete das Angestelltenverhältnis bei der WGV eine Tätigkeit außerhalb des öffentlichen Dienstes. Dietmar Berner blieb mit seinem Berufsstand dennoch innerlich verbunden; seine Mitgliedschaft beim Verband der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg e.V., die Dietmar Berner bereits im Jahr 1959 erworben hatte, besteht auch heute noch. Das Interesse an seinem Berufsstand zeigte Dietmar Berner auch dadurch, dass er sich bis Ende der 60er Jahre als Lehrbeauftragter für bürgerliches Recht im Vorkurs zur Verfügung stellte.

Die Karriere bei der WGV verlief steil. Bereits im Juni 1963 erhielt Dietmar Berner Handlungsvollmacht. Ab 1. August 1972 wurde er zum Abteilungsleiter für die Kraftfahrt-Schadenabteilung ernannt. Gleichzeitig erteilte der Vorstand Prokura. Ab 1975 übernahm er die Leitung des Bereichs der allgemeinen Verwaltung, der Datenverarbeitung und des Personalwesens. Maßgeblich war Dietmar Berner bei der Gründung der WGV - Schwäbische Allgemeine Versicherung AG, die Personen außerhalb des öffentlichen Dienstes Versicherungsschutz bietet, im Jahr 1978 beteiligt. 1979 wurde er zum Abteilungsdirektor und 1983 zum Generalbevollmächtigten ernannt. Auf 1. Januar 1992 bestellte der Aufsichtsrat Dietmar Berner zum Mitglied der Vorstände der Württembergischen Gemeinde-Versicherung a.G., der WGV - Schwäbische Allgemeine Versicherung AG und der WGV - Schwäbische Lebensversicherung AG. 1995 wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden der Vorstände bestellt.

Mit großem Engagement war Dietmar Berner beim Aufbau der Kommunalversicherung in den neuen Ländern tätig. Zusammen mit anderen westdeutschen Kommunalversicherern gründete die WGV anfangs der 90er Jahre in den neuen Ländern die Ostdeutsche Kommunalversicherung a.G. und die OVAG - Ostdeutsche Versicherung AG. Teile der Funktionen der Unternehmen, wie beispielsweise die Finanzverwaltung, übernahm in der Aufbauphase dieser Versicherungseinrichtungen die WGV. Deshalb war Dietmar Berner von 1994 bis Ende des Jahres 2000 in den Vorständen der Versicherungsunternehmen tätig. Während der Aufbauphase dieser jungen Unternehmen führten ihn zahllose Dienstreisen in alle Teile der neuen Länder. Ende des Jahres 2000 war ein Großteil der Aufbauphase für die Unternehmen erfolgreich beendet. Die WGV konnte ihre Unterstützung zurücknehmen und Dietmar Berner legte seine Vorstandsmandate bei den Unternehmen in Berlin nieder.

Besonderes Interesse brachte Dietmar Berner bereits ab Mitte der 70er Jahre der Datenverarbeitung entgegen. Er wirkte beim Aufbau einer eigenen Datenverarbeitung für die WGV entscheidend mit. Zunächst erfolgte dies zusammen mit der Landesgirokasse Stuttgart über die DVD-Datenverarbeitungsdienst GmbH, bei der er zeitweise auch als Geschäftsführer fungierte. Ab Anfang der 90er Jahre verantwortete Dietmar Berner unter seiner Ägide dann den Neuaufbau einer autarken zukunftsweisenden EDV-Technik. Das System "ICIS" ist auf Unix-Basis seit 1996 sehr erfolgreich in der gesamten WGV-Gruppe im Einsatz. Als Geschäftsführer der WGV-Informatik GmbH war Dietmar Berner auch am erfolgreichen Vertrieb der Software an andere Versicherungsunternehmen beteiligt.

Seit vielen Jahren ist Dietmar Berner Richter am Landesarbeitsgericht Stuttgart.

Großen Wert legte Dietmar Berner auf einen guten Kontakt zwischen der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen, Ludwigsburg und der WGV. Regelmäßig gelang es ihm, Absolventen der Fachhochschule als Mitarbeiter für die WGV zu gewinnen. Ein Großteil der Führungspositionen in der WGV-Gruppe wird heute von deren Absolventen bekleidet.

Dietmar Berner bleibt der WGV-Gruppe als Mitglied des Aufsichtsrats der Württ. Gemeinde-Rechtsschutz-Versicherung AG verbunden.

In seinem neuen Lebensabschnitt hofft er, künftig mehr Zeit für seine breiten privaten Interessen, die in der Vergangenheit oftmals zu kurz kamen, zu finden. Zusammen mit seiner Ehefrau Margot beabsichtigt er, Alaska und Kanada mit dem Wohnmobil zu bereisen. *H.-J. Haug*

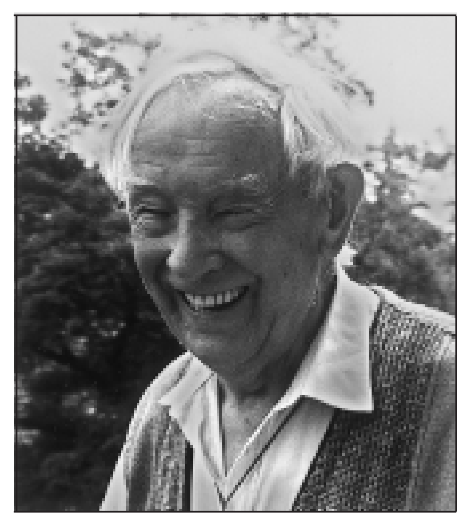
Wir danken dem Kollegen Dietmar Berner für seine Treue zum Verband der Verwaltungsbeamten und seine Unterstützung bei der Erfüllung unserer Aufgaben. Wir wünschen ihm und seiner Frau alles Gute für einen gesunden Ruhestand.

Literaturkenntnisse

Von Nutzen ist es stets gewesen,
die alten Meister still zu lesen.
Hier schöpfen wir aus tiefen Quellen,
die Geist und Sinne uns erhellen.
Die Klassiker woll'n uns behauchen
mit dem, was wir als Bildung brauchen,
damit wir nicht die Sicht verkleistern
und freien Blicks das Leben meistern.
So machen wir den Gegner stiller
mit 'nem Zitat von Friedrich Schiller.
Hoch schätzt man unsern Wissenspegel,
beweisen wir nach Kant und Hegel.
Mit Leibniz, Nietzsche, Schopenhauer
behaupten wir uns gar auf Dauer.
Und niemals kommen wir in Nöte
mit einem Spruch von J. W. Goethe.
Fragt noch e i n Mensch nach Referenzen,
wenn wir als Goethe-Kenner glänzen?
Recht eindrucksvoll wird dies gelingen,
zitier'n wir "Götz von Berlichingen"!

E. Frost

Richard Bührle verstorben



Richard Bührle, Vorsitzender Richter a. D., ist am 13. Oktober 2001 nach langer Krankheit im Alter von 88 Jahren gestorben. Er ist in Freudenstadt mit fünf Geschwistern aufgewachsen. Die Not in der Familie war so groß, dass das Brot vor den hungernden Kindern eingeschlossen wurde. Dies mag wohl dazu beigetragen haben, dass er sich später als "Anwalt" für sozial schwache und Leid tragende Menschen intensiv eingesetzt hat. Der Verstorbene hat 1939 die Prüfung für den gehobenen Verwaltungsdienst abgelegt. Danach wurde er zur Wehrmacht einberufen. Am 7. November 1941 wurde er so schwer verwundet, dass er nicht mehr frontdienstfähig war; er studierte dann an der Universität Tübingen Jura. Nach dem Einmarsch der Franzosen geriet er 1945 in Gefangenschaft, aus der er 1947 entlassen wurde. Er legte dann beide juristische Staatsprüfungen ab. 1949 wurde er beim Oberversicherungsamt in Tübingen, dann beim Sozialgericht in Reutlingen und ab 1954 beim Landessozialgericht in Stuttgart als Richter eingesetzt. Ab 1973 war er Vorsitzender Richter eines Senats für Angelegenheiten der Kriegsopferversorgung und der Arbeitslosenversicherung. Mit dem Ablauf des Monats November 1978 ist er in den wohlverdienten Ruhestand getreten.

Richard Bührle war viele Jahre Lehrbeauftragter an der Verwaltungsschule Haigerloch im Fach Sozialversicherung für Anwärter des gehobenen und des mittleren Verwaltungsdienstes und hat sich großer Beliebtheit erfreut. Er erinnerte sich gerne an seine Hörer in Haigerloch und fühlte sich mit diesen verbunden.

Der frühere Präsident des LSG, Hugo Neff, hat in seinem Nachruf u. a. erwähnt "Richard Bührle war ein Mann der ersten Stunde der Sozialgerichtsbarkeit und eine herausragende Richterpersönlichkeit mit großem Wissen und Einfühlungsvermögen, vor allem auf dem Gebiet der Kriegsopferversorgung. Viele Jahre hat er eine lose Vereinigung der Richter betreut und sich dabei großer Beliebtheit erfreut".

Richard Bührle war ein Meister guter und angenehmer Unterhaltung. Mit Wohlwollen und Frohsinn ging er auf Mitmenschen zu und konnte sie gut unterhalten, nicht zuletzt dank seiner Erzählkunst, seiner Vielzahl guter Witze. Hinter seinem goldenen Humor verbarg sich eine ernste Lebensauffassung. Mit schwerkriegsbeschädigten Klägern hat er sehr gelitten. Am Schluss mancher Sitzung gab er ihnen stillschweigend einen Geldschein. Den Verstorbenen und seine ebenfalls so fürsorgliche Frau hat die damalige Not der Studenten und anderer Hilfsbedürftigen in Tübingen sehr beunruhigt. Viele Jahre wurden hilfsbedürftige Menschen zum Abendessen in das Haus Bührle eingeladen. Dabei hat Frau Bührle oft bis Mitternacht geschuftet, bis alle Hungrigen satt waren. Damals habe ich erwähnt, der aus diesem Haus ausgehende Segen sollte den Kindern und Enkeln zugute kommen. Unser Richard Bührle wurde aber von Leid und Enttäuschungen nicht verschont. So ist von seinen drei Kindern sein Sohn Armin, Rechtsanwalt, bei einem Verkehrsunfall tödlich verunglückt.

Es war ihm noch ein großes Anliegen, dass die Welt frei werde von Angst vor Atomwaffen und Krieg und sein Schwarzwald noch Generationen nach ihm ebenso erfreue wie heute.

Wer den Verstorbenen näher kannte, dem drängte sich das Wort Noblesse auf. Richard Bührle war vornehm im Denken und Handeln. Niemand, der seines Rates und seiner Hilfe bedurfte, hat sich vergeblich an ihn gewandt, wenn er helfen oder sonst ein Tor zur Menschlichkeit aufstoßen konnte.

Richard Bührle hat viele volle Garben für Mitmenschen eingefahren und dabei mehr getan, als man billigerweise von einem positiven Bürger erwarten durfte. Deshalb werden sich viele, denen der Heimgegangene Freund, Kollege, Dozent, Wohltäter und Weggenosse war, gerne und dankbar an ihn, den Humanisten, erinnern. Seine Kurskollegen können mit Ludwig Uhland einstimmen

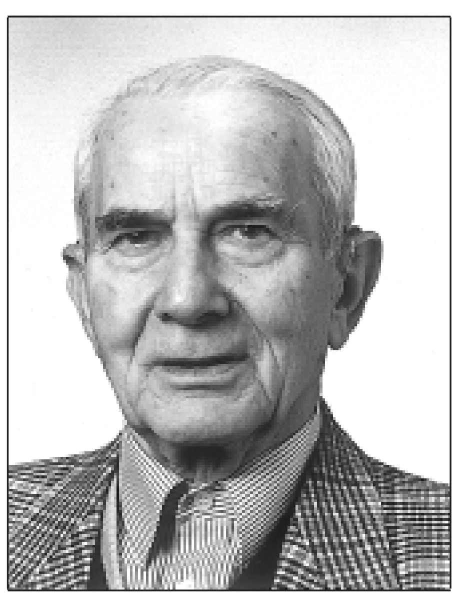
"So wenn wir vergangener Tage glücklicher zu denken wagen,
müssen wir Freunde missen, Teure, die der Tod entrissen." *Kurt Rebhorn*

Ernst Frank 85 Jahre alt

Bei der Kreisversammlung am 4. Dezember 2001, über die wir an anderer Stelle noch berichten werden, nahm der Kreisvorsitzende Gustav Kammerer die Gelegenheit wahr, dem ältesten anwesenden Mitglied Kreiskämmerer a. D. Ernst Frank aus Rottweil unter dem Beifall der überaus zahlreich erschienenen Kolleginnen und Kollegen nochmals zu seinem im April begangenen 85. Geburtstag zu gratulieren. Er sei ein Vorbild an Pflichttreue und kameradschaftlicher Verbundenheit für alle.

Ernst Frank stammt aus Bemberg, Gemeinde Rot am See, im früheren Landkreis Crailsheim, heute Landkreis Schwäbisch Hall. Seine Lehrzeit absolvierte er auf dem Rathaus in Sulzdorf, Landkreis Schwäbisch Hall, und das Gehilfenjahr in Sontheim bei Heilbronn sowie ein weiteres Jahr beim Landratsamt Schwäbisch Hall. 1938 legte er die Staatsprüfung in Stuttgart mit sehr gutem Erfolg ab. Schon 1938 kam er zum damaligen Oberamt Rottweil, ehe von 1939 bis 1948 die Kriegsjahre mit russischer Gefangenschaft seine Laufbahn jäh unterbrachen.

Glücklich heimgekehrt, nahm er noch 1948 wieder den Dienst beim Landratsamt Rottweil auf, dem er bis zu seiner Zurruhesetzung im Jahre 1980 die Treue hielt. Sein Tätigkeitsbereich während dieser langen Zeit umfasste zahlreiche Aufgabengebiete wie Wohnungsbauförderung, Kommunalaufsicht und von 1966 bis 1980 die schöne, aber auch schwere Aufgabe des Kreiskämmerers. Dabei lag ihm immer auch das Wohl der Kreisgemeinden am Herzen; er verhalf ihnen für kommunale Investitionen zu zahlreichen Zuschüssen und Förderungen des Landes.



Am 3. Dezember 1984 erhielt er aus der Hand von Landrat Manfred Autenrieth für sein Lebenswerk, insbesondere jedoch für sein hohes ehrenamtliches Engagement das vom Bundespräsidenten verliehene Bundesverdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Nicht weniger als 25 Jahre war er im Vorstand der Kreisbaugenossenschaft Rottweil in führender Position ehrenamtlich tätig. Als Schriftführer im Aufsichtsrat bei der Kreissparkasse und als Schöffe sowie Geschworener bei der Justiz übte er lange Jahre weitere ehrenamtliche Aufgaben aus. Auch erteilte er viele Jahre Vorkursunterricht für die Verwaltungskandidaten unseres Berufsstandes.

Bei der Verleihungsfeier sagte damals der Landrat unter anderem, dass Ernst Frank stets ein Mann mit Überblick und großer Sachkenntnis gewesen sei, der das Wünschenswerte vom Machbaren zu trennen wusste. Geduld und Beharrlichkeit seien bei Ver-

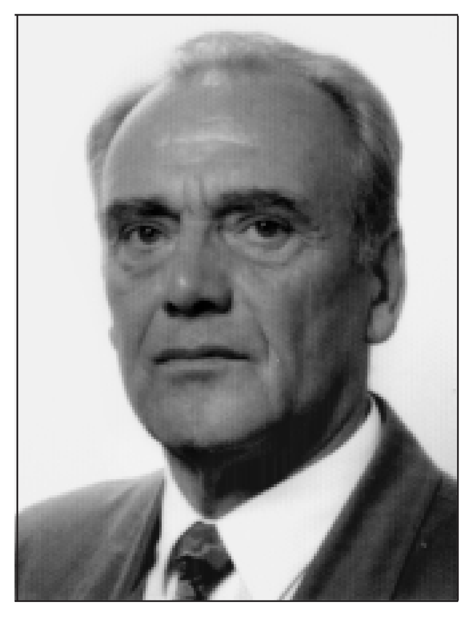
handlungen seine hervorstechenden Wesenszüge gewesen, was oft zu guten Verhandlungsergebnissen geführt habe. Seine schwäbische Sparsamkeit sei sprichwörtlich gewesen. Rottweils damaliger Oberbürgermeister Dr. Ulrich Regelmann, der Ende Oktober 2001 verstorben ist, charakterisierte ihn als einen Menschen, der im Umgang entgegenkommend und konziliant, in der Sache aber zäh gewesen sei; er habe immer im Interesse des Ganzen für den Landkreis mit seinen Städten und Gemeinden gehandelt. Er sei ein "aktiver, tüchtiger und wohlverdienter Bürger" der Stadt Rottweil gewesen.

Seit vielen Jahren besucht er regelmäßig unsere Kreisversammlungen und gehört schon seit 1934, also 67 Jahre lang, ununterbrochen unserem Verband an. In seinem Eigenheim in Rottweil verbringt er mit seiner Frau Marianne, die aus Bremen stammt und ihm drei Kinder schenkte, bei erstaunlich guter körperlicher und geistiger Frische einen geruhsamen Lebensabend. Sein ganzer Stolz sind seine sechs Enkelkinder. Neben seinem Hobby, dem Landschaftsmalen, galt seine große Leidenschaft dem Sammeln von Ammoniten rund um die Schwäbische Alb. In über 40 Jahren hat er eine wertvolle Sammlung zusammengetragen und mit Akribie, die weit über den Begriff Hobby hinausragt, registriert.

Seine Freunde in Stadt und Land, insbesondere die Kollegen und Kolleginnen des Kreisverbands Rottweil, wünschen ihm auch weiterhin eine gute Zeit und danken ihm für seine kollegiale menschliche Art. Möge er noch oft bei unseren Kreisversammlungen dabei sein und dürfen.

Gustav Kammerer

Siegfried Ginter feierte 70. Geburtstag und wird Ehrenbürger der Stadt Geislingen



Der VdV-Kreisvorsitzende Zollernalb, Bürgermeister i. R. Siegfried Ginter, Geislingen, feierte am 22. Januar 2002 seinen 70. Geburtstag. Aus diesem Anlass ernannte ihn sein Nachfolger im Amt, Bürgermeister Günther-Martin Pauli, MdL, im Rahmen des Neujahrsempfangs der Stadt Geislingen bereits am 11. Januar 2002 zum zweiten Ehrenbürger seiner Stadt.

Siegfried Ginter, der nach seiner Ausbildung zum gehobenen Verwaltungsdienst zunächst in Deißlingen als Inspektor begann, wurde 1961 erstmals zum Bürgermeister von Geislingen gewählt, wo er am 1. März sein Amt antrat. Dreimal wieder gewählt blieb er bis 1997 Chef des kleinen Städtchens bei Balingen und hatte so in 36 Amtsjahren wesentlichen Anteil an der Entwicklung seiner Kommune. Mit Weitblick und großem Verantwortungsbewusstsein führte er seine Gemeinde durch fast vier Jahrzehnte, die sich nun mit der höchsten Auszeichnung bedankte: der Ehrenbürgerschaft.

Die Gemeinde- und Verwaltungsreform Anfang der 70er Jahre brachte den Zusammenschluss Geislingens mit der Gemeinde Erlaheim und der Stadt Binsdorf, wodurch ab 1975 die Bezeichnung "Stadt" auf die gesamte neue Kommune überging. Zahlreiche Bauprojekte und eine moderne Infrastruktur in allen drei Stadtteilen während dieser Zeit sind unzertrennlich mit dem Namen von Bürgermeister Ginter verbunden. Darüber hinaus gehörte er 29 Jahre lang dem Kreistag an, war Mitglied in der Regionalversammlung Neckar-Alb, in mehreren Ausschüssen des Arbeitsamtes, Aufsichtsrat in ebenfalls mehreren Institutionen und ist bis heute - seit über 40 Jahren - Vorsitzender der Wasserversorgungsgruppe Kleiner Heuberg sowie des DRK-Ortsvereins Geislingen. Nach wie vor ist er noch Vertrauensmann der ehemaligen Bürgermeister im Gemeindetag und seit fast 25 Jahren Kreisvorsitzender des VdV im Zollernalbkreis.

Für seine Verdienste wurde Bürgermeister Siegfried Ginter im Jahre 1991 anlässlich seines 30-jährigen Amtsjubiläums sowie 40 Jahren im öffentlichen Dienst vom damaligen Landrat des Zollernalbkreises Heinrich Haasis im Auftrag des Bundespräsidenten das Bundesverdienstkreuz verliehen. Heinrich Haasis, ein guter Freund und Weggefährte von Siegfried Ginter, der 25 Jahre Landtagsabgeordneter des Wahlkreises Balingen und als solcher Vorgänger des jetzigen Geislinger Bürgermeisters Günther-Martin Pauli war, hielt in seiner Eigenschaft als Präsident des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg die Festansprache beim Neujahrsempfang der Stadt Geislingen in der Schlossparkhalle. Diese stand unter dem Thema: "50 Jahre Baden-Württemberg - stark für die Zukunft." Sowohl Präsident Haasis als auch Bürgermeister Pauli zollten dem Geehrten großen Respekt vor dessen politischem Lebenswerk. Bürgermeister Pauli schloss in seinen Dank ausdrücklich die Ehefrau und die Familie Ginters sowie all diejenigen Bürgerinnen und Bürger mit ein, die neben und mit Bürgermeister Siegfried Ginter in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts dafür gesorgt haben, die Stadt Geislingen zu dem zu machen, was sie heute ist.

Der Verband der Verwaltungsbeamten Baden-Württemberg, besonders der Kreisverband Zollernalb, dankt seinem Kollegen und Vorsitzenden Siegfried Ginter an dieser Stelle für sein starkes Engagement um die Belange des Verbandes, besonders im Ausbildungsbereich, was immer ein großes Anliegen von Bürgermeister Ginter war. Leidenschaftlich bemüht er sich auch heute noch um die Nachwuchsarbeit im Verband. Wir gratulieren unserem Mitglied zu seinem 70. Geburtstag sowie zur Verleihung der Ehrenbürgerschaft sehr herzlich und wünschen ihm zusammen mit seiner Frau noch recht viele gesunde Jahre.

Hubert Gulde

Heinrich Haasis als Landtagsabgeordneter verabschiedet



Bürgermeister Pauli, MdL, CDU-Kreisvorsitzender Grotz, Annette Widmann-Mauz, MdB, Präsident Haasis, Fraktionsvorsitzender Oettinger, Regierungspräsident Wicker, Landrat Fischer, Dr. Schwörer

Der Präsident des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg, Heinrich Haasis, wurde im Dezember 2001 in einer festlichen Veranstaltung in Balingen nach 25 Jahren erfolgreichen Wirkens als Landtagsabgeordneter verabschiedet.

Bereits in der Verwaltungsschule Haigerloch engagierte sich Heinrich Haasis als Kursobmann für seine Kolleginnen und Kollegen. Mit 26 Jahren wurde er im Mai 1971 zum Bürgermeister der Gemeinde Bisingen gewählt, die er in den zehn Jahren seiner Amtszeit zu einer attraktiven Wohn- und Industriegemeinde umbaute. Für den auf eine erneute Kandidatur verzichtenden Landtagsabgeordneten Gomeringer wurde Heinrich Haasis mit überzeugender Mehrheit im Mai 1976 in den Landtag gewählt; noch weitere 5 Mal schenkten ihm die Wähler des Wahlkreises Balingen ihr Vertrauen. Zur Landtagswahl 2001 hat er nicht mehr kandidiert.

Im Juli 1981 wurde Bürgermeister Haasis Landrat des Zollernalbkreises. Seine Schwerpunkte waren der Ausbau der Berufsschulen, der Krankenhäuser und der Verkehrsinfrastruktur.

Erfolgreich bewarb er sich 1991 um den Posten des Präsidenten des Württ. Sparkassen- und Giroverbandes. Hier war ihm die generelle Stärkung des Finanzplatzes Baden-Württemberg ein besonderes Anliegen. Er wollte die öffentlich-rechtlichen Sparkassen wettbewerbsfähig machen in einem zukünftigen vereinten Europa. Dieses ehrgeizige Ziel hat er zum 1. Januar 2001 erreicht, als sich die Sparkassenverbände Baden und Württemberg vereinigten. Nach fast 50 Jahren Südweststaat und vielen Anläufen entstand unter der Federführung von Präsident Haasis der nach Bayern zweitstärkste Sparkassenverband in Deutschland.

61 Sparkassen sowie die Verbundunternehmen Landesbank, Landesbausparkasse und die SV-Versicherungen, bei denen Präsident Heinrich Haasis Vorsitzender des Verwaltungsrates ist, sind somit unter einem Dach vereint.

Trotz allem hat Kollege Heinrich Haasis seine Wurzeln nie vergessen; er ist dem Kreisverband Balingen unseres Verbandes nach wie vor verbunden. Wenn unser Kreisvorsitzender, Bürgermeister i. R. Siegfried Ginter, seine Mitglieder zur Kreisversammlung einlädt, nimmt Heinrich Haasis nach Möglichkeit teil. Die Verbandsvorsitzenden finden bei ihm stets ein offenes Ohr für die generellen Anliegen der Verwaltungsbeamten.

Wir danken dem Kollegen Heinrich Haasis hierfür und wünschen ihm weiterhin viel Glück und Erfolg.

Hermann Illg feierte seinen 90. Geburtstag

Verwaltungsdirektor a. D. Hermann Illg, Tailfingen, konnte am 23. November 2001 seinen 90. Geburtstag feiern.

Kollege Hermann Illg ist in Rommelshausen geboren und leistete seine praktische Ausbildung bei den Bürgermeisterämtern Unterurbach, Oberdorf am Ipf und Oberurbach ab. 1934 legte er die Staatsprüfung für den gehobenen Verwaltungsdienst an der Höheren Verwaltungsschule Stuttgart ab. Danach war er wieder beim Bürgermeisteramt Oberurbach und anschließend bei der Stadt Stuttgart tätig. Mit Erreichung des 27. Lebensjahres wurde er am 22. November 1938 vom württembergischen Innenministerium zum gemeinschaftlichen Bürgermeister für die Gemeinden Ober- und Unterdigisheim und zum Verwaltungsaktuar für die Gemeinden Hausen am Tann, Hossingen und Tieringen ernannt und war damit der jüngste Bürgermeister in Württemberg.



Im Mai 1941 erfolgte die Einberufung zum Kriegsdienst. Nach der Entlassung aus russischer Kriegsgefangenschaft arbeitete er zunächst in einer Gärtnerei. 1947 wurde er beim Landratsamt Balingen eingestellt. Hier war er zunächst Kassenverwalter, dann Sachbearbeiter für das Haushaltswesen und später für das Personal- und Dienstrecht. Ab 1. April 1956 leitete er die Krankenhaushauptverwaltung für die Kreiskrankenhäuser Balingen und Ebingen mit über 1000 Mitarbeitern. 1973 erfolgte die Ernennung zum Verwaltungsdirektor und Bestellung zum Dezernenten für das Krankenhauswesen des Zollernalbkreises. Am 30. November 1976 trat er wegen Erreichens der Altersgrenze in den Ruhestand, übte aber die Tätigkeit als Krankenhausdezernent bis Ende Februar 1977 weiter aus. Während seiner Amtszeit wurden große Bauvorhaben realisiert, z. B. der Bau von Schwesternwohnheimen und der Neubau des Kreiskrankenhauses Albstadt.

Daneben hat sich Kollege Illg im Landkreis jahrzehntelang auch ehrenamtlich in wichtigen Funktionen engagiert: Beim Roten Kreuz, beim Kreisobstbauverband, bei der Kreisbaugenossenschaft, im Verein für Altenhilfe. Über 60 Jahre war er aktiver Sänger, viele Jahre davon 1. Vorsitzender des Liederkranzes Balingen und Präsidiumsmitglied des Zollernalb-Sängergaus. Zahlreiche Ehrungen und Auszeichnungen wurden Hermann Illg für diesen ehrenamtlichen Einsatz verliehen.

Viele Kolleginnen und Kollegen haben Verwaltungsdirektor Illg aus ihrer Ausbildungszeit in guter Erinnerung, denn über 20 Jahre unterrichtete er im Vorkurs Balingen Gemeindewirtschaftsrecht.

Wir danken Hermann Illg, der seit 1932 unserem Berufsverband angehört, insbesondere für seinen Einsatz für die Ausbildung der jungen Kolleginnen und Kollegen. Zu seinem Geburtstag gratulieren wir ihm sehr herzlich und wünschen ihm und seiner Frau alles Gute, besonders Gesundheit.

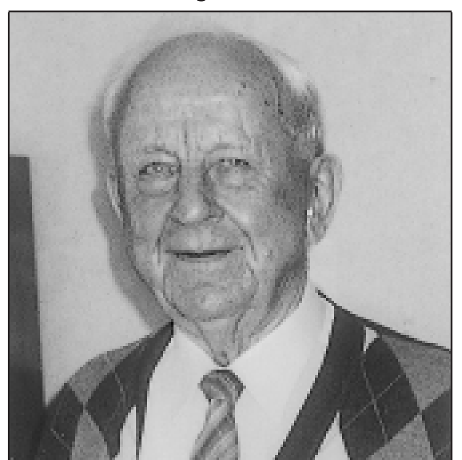
Hugo Nagel wurde 90 Jahre

Der frühere Stadtkämmerer der großen Kreisstadt Balingen, Stadtoberamtsrat a. D. Hugo Nagel, konnte im vergangenen Jahr seinen 90. Geburtstag feiern.

Kollege Hugo Nagel ist 1911 in Freudenstadt geboren und hat beim Verwaltungsaktuariat Ehingen an der Donau seine Ausbildung für den gehobenen Verwaltungsdienst begonnen. Diese schloss er 1933 an der Höheren Verwaltungsschule Stuttgart mit der Staatsprüfung ab.

1934 trat Hugo Nagel in die Dienste der Stadt Balingen, damals war die erste Amtsbezeichnung "Praktikant", bei der er zum 1. Juli 1936 zum Kassenverwalter bestellt worden war. Nach der Rückkehr aus Kriegsdienst und Kriegsgefangenschaft übernahm er wieder die Leitung der Stadtkasse der Stadt Balingen. Im Jahre 1968 wurde er zum Stadtkämmerer gewählt; dieses Amt übte er bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1974 aus.

Bereits 1927, also vor 75 Jahren, trat er dem Verband der Verwaltungsbeamten bei. Er hat sich um unsere Berufsorganisation besonders verdient gemacht: ab 1958 war er über 15 Jahre stellvertretender Kreisvorsitzender und nahm die Geschäftsführung für den Kreisverband Balingen wahr.



Der Verband der Verwaltungsbeamten dankt Hugo Nagel für seinen ehrenamtlichen Einsatz für die Kolleginnen und Kollegen. Wir gratulieren ihm sehr herzlich zu seinem Geburtstag und wünschen ihm und seiner Frau, mit der er im November 2001 die eiserne Hochzeit feiern konnte, noch viele Jahre bei guter Gesundheit.

Aktuelle Termine:

Seminare
Kreisversammlungen
Kurstreffen

www.vdv-bw.org

Letzte Tage eines Urgesteins

Offizielle Verabschiedung von Egon Stoll als Kreisdezernent nach 24 Jahren

Friedrichshafen – Was haben wir diesen Mann schon verabschiedet. Egon Stoll geht – nach 24 Jahren als Kreissozialdezernent. Als Mitglied von 39 Gremien. Als Chef. Als unermüdlich Engagierter. Gestern fand die offizielle Verabschiedung im proppenvollen Säntissaal im Landratsamt statt. „Handverlesene" Weggefährten waren dabei, Mitarbeiter und Familie. Ein rührender Abschied für ein wahres Urgestein des Landratsamtes.

VON SÜDKURIER-REDAKTEURIN ANJA BIEBER

Aus der „rekordverdächtigen Zeit", die Egon Stoll als Leiter des Dezernats IV im Landratsamt verbracht hat, reihten sich für die Abschiedsfeier viele Anekdoten und Erinnerungen. Schon Landrat Siegfried Tann kam nicht darum herum, seine Grußworte zu einer ersten Aneinanderreihung von lobenden Adjektiven werden zu lassen. Sein Amtsvorgänger, Festredner Martin Herzog, konterte mit kecker Prosa – nur knapp sei das Publikum einer zweieinhalbstündige Ausführung um „Leben und Wirken von Egon Stoll" entgangen, betonte er. Den „Herzblutkämpfer Stoll" verglich er (dann gnädig kurz) kühn mit Napoleon und dem Papst, würdigte Stolls Verdienste wieder ernst als „weiteres Stockwerk des geistigen Hauses, das wir bauen".

Eine sehr persönliche Note bekam das Programm durch die Mitwirkung der vielköpfigen Künstlerfamilie Stoll: Tochter Barbara und Sohn Michael (je mit Partner) gaben nachdenkliche Verse zum Thema Zeit und Alter mit auf den Weg, hielten es bei Ratschlägen aber auch mit Wilhelm Busch: „Willst Du froh und glücklich leben, lass kein Ehrenamt Dir geben". Das hat der vierfache Vater und mehrfache Opa jedoch (zumindest vorerst) auch nicht vor – die Pläne, mit Ehefrau Annie das Haus im Piemont zu genießen, sind auch seinen Mitarbeitern bekannt und wurden in schwäbisch-englischen Hymnen auf den „Turbo-social-Dezernent" besungen.

Auch Jugendamtsleiterin Marianne Dressler fand rührende Abschiedsworte, konnte sich aber die Bloßstellung einer kleinen Stollschen Macke nicht verkneifen – mit Jürgen Fischer rückte sie die „roten Zettel" ins öffentliche Licht, auf die Stoll während all seiner Dienstjahre zurückgriff (statt auf Telefon oder PC), um Anweisungen zu erteilen (und immer mit blauem Filzstift) – und die er angeblich nun in den Umzugskarton für zuhause gepackt hat. . .

Zuguterletzt durfte Stoll dann (noch einmal) das letzte Wort behalten; bewegt dankte er allen am Programm Beteiligten. Seinen vier (!) Chefs. Seinen Mit-Dezernenten und Mitarbeitern. Seiner Frau und der Familie. Stoll wäre aber nicht Stoll, wenn er sich nicht auch noch für den allerletzten Moment aufgespart hätte, Engagement zu fordern. Auf den Widerspruch zwischen der Regulierungswut des Staates und der Reduzierung des öffentlichen Dienstes ging er ein, auf die Sorge, bei allen „Steuerungsmodellen" zur Verwaltungsoptimierung nicht das Zwischenmenschliche zu vergessen und schließlich kam er noch in aller Schnelle zu seinem berühmten Anliegen „Hilfe zur Selbsthilfe".

Die „selten benutzten Worte Ära und Werk" wandte Landrat Tann auf Egon Stoll an. In der Tat – sein am Montag gewählter Nachfolger Wolfgang Wasel wird es nicht leicht haben. Urgesteine hinterlassen große Fußstapfen.



Egon Stoll (links) freute sich sehr, seinen „Erstchef", Professor Martin Herzog, als Festredner begrüßen zu können. Mit im Bild Stolls Frau Annie. Bild: Lancé

Aus: Südkurier vom 20. Dezember 2001
Der Verband der Verwaltungsbeamten dankt seinem Vorstandsmitglied und langjährigen Kreisvorsitzenden des Kreisverbands Bodenseekreis sehr herzlich für sein Engagement für die Kolleginnen und Kollegen und wünscht ihm und seiner Frau alles Gute für den Ruhestand.

Margot Thoma Vorsitzende der DVG-Bundesfrauenvertretung



Die Bundesfrauenvertretung der Deutschen Verwaltungs-Gewerkschaft (DVG) hat im November 2001 unser Vorstandsmitglied Regierungsamtfrau Margot Thoma, Karlsruhe, zur Vorsitzenden gewählt.

Wir freuen uns und wünschen Margot Thoma viel Erfolg bei dieser ehrenamtlichen Aufgabe.

Als gleichberechtigte Vertreterinnen wurden gewählt: Christiane Bechtloff, DVG Berlin-Brandenburg; Gunhild Schütte, DVG Niedersachsen; für den Tarifbereich: Sonja Neumann-Hornig, DVG Niedersachsen; Annegret Reihe, DVG Hessen.

Der DVG-Bundesvorsitzende Adolf Mittermeier informierte die Tagungsteilnehmerinnen in einem Referat umfassend und kompetent über die aktuellen Themen in der Berufs- und Gewerkschaftspolitik, so z. B. über den neuesten Stand in der Diskussion um das Besoldungsstrukturgesetz sowie das Versorgungsänderungsgesetz.

Breiten Raum nahm die Erarbeitung und Verabschiedung von Anträgen an den DBB-Bundesfrauenkongress, der vom 19. bis 20.4.2002 in Potsdam stattfindet, ein. Schwerpunkte wurden dabei gesetzt in den Bereichen Verbesserung der Leistungen während der Elternzeit, Versorgung, Ost-West-Angleichung der Bezüge, Verbesserung von Leistungen im Tarifbereich, insbesondere Anhebung von Zulagen.

Die Diskussion zeigte, dass noch viele Themen der Aufarbeitung bedürfen, z. B. Teilzeitarbeit und die daraus resultierenden Probleme einer späteren Versorgungslücke sowie neue Formen der Arbeitsorganisation (Telearbeit).

Die Tagung war gekennzeichnet von einem regen Erfahrungsaustausch der Teilnehmerinnen aus den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin-Brandenburg, Hessen, Niedersachsen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Namen

Wir heißen folgende neue Mitglieder willkommen:

Stefan Achberger, Verwaltungspraktikant bei der Stadt Friedrichshafen
Stephanie Baiker, Verwaltungspraktikantin bei der Gemeinde Eutingen im Gäu
Patrick Bauser, Verwaltungspraktikant bei der Stadt Bad Saulgau
Jürgen Bieg, Fachbeamter für das Finanzwesen bei der Gemeinde Ellenberg
Patricia Bührle, Verwaltungspraktikantin beim Landratsamt Alb-Donau-Kreis
Helene Diehl, Verwaltungspraktikantin bei der Gemeinde Burgrieden
Kevin Dorner, Verwaltungspraktikant bei der Stadt Ehingen/Donau
Dorothea Dufner, Inspektoranwärterin an der Fachhochschule Kehl - Hochschule für öffentliche Verwaltung
Thilo Fiedler, Verwaltungspraktikant bei der Stadt Langenau
Sonja Fritz, Verwaltungspraktikantin bei der Stadt Ulm
Linda Gaus, Verwaltungspraktikantin bei der Stadt Bad Buchau
Susanne Granacher, Stadtinspektorin z. A. bei der Stadt Sigmaringen
Maike Haug, Verwaltungspraktikantin bei der Stadt Albstadt
Kathrin Hellstern, Verwaltungspraktikantin bei der Stadt Horb am Neckar
Tilman Hepperle, Inspektoranwärter an der Fachhochschule Ludwigsburg - Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen
Elke Hilsenbeck, Verwaltungspraktikantin beim Gemeindeverwaltungsverband Laichinger Alb
Judith Kalbfell, Verwaltungspraktikantin bei der Stadt Tübingen
Diana Kaplan, Verwaltungspraktikantin bei der Stadt Albstadt
Karlheinz Kleineidam, Amtmann bei der LTA Mannheim
Diana Knaisch, Verwaltungspraktikantin bei der Stadt Geislingen
Melanie Knaus, Verwaltungspraktikantin bei der Stadt Mengen
Julia Lang, Verwaltungspraktikantin beim Verwaltungsverband Langenau
Kristina Leicht, Verwaltungspraktikantin bei der Gemeinde Öpfingen
Axel Leute, Verwaltungspraktikant bei der Gemeinde Nusplingen
Bernd Lober, Inspektor z. A. bei der Gemeinde Leutenbach
Iris Ludewig, Stadtoberinspektorin bei der Stadt Überlingen
Julia Mack, Verwaltungspraktikantin bei der Stadt Ulm
Melanie Mayer, Verwaltungspraktikantin bei der Stadt Biberach
Rudolf Mayer, Verwaltungspraktikant beim Landratsamt Zollern-Alb-Kreis
Sabrina Menzel, Verwaltungspraktikantin beim Landratsamt Alb-Donau-Kreis
Diana Noll, Verwaltungspraktikantin bei der Gemeinde Empfingen
Kerstin Ohnmacht, Verwaltungspraktikantin beim Gemeindeverwaltungsverband Schömberg
Martina Otte, Verwaltungspraktikantin bei der Stadt Reutlingen
Frank Polich, Verwaltungspraktikant bei der Stadt Schömberg
Karin Prokscha, Verwaltungspraktikantin bei der Stadt Ulm
Christian Rehm, Verwaltungspraktikant bei der Stadt Reutlingen
Sabine Reiser, Verwaltungspraktikantin bei der Gemeinde Ummendorf
Bernd Rieger, Regierungsamtmann beim Landesinstitut für Erziehung und Unterricht, Stuttgart
Dorotheé Rütschle, Verwaltungspraktikantin bei der Stadt Ravensburg
Jens Schaller, Verwaltungspraktikant beim Gemeindeverwaltungsverband Kirchberg-Weihungstal
Birgit Schlegel, Verwaltungspraktikantin beim Landratsamt Biberach
Sara Schmälzle, Verwaltungspraktikantin bei der Gemeinde Staig
Tina Schwertle, Verwaltungspraktikantin bei der Gemeinde Hülben
Christine Sproll, Verwaltungspraktikantin bei der Gemeinde Eberhardzell
Katja Sproll, Verwaltungspraktikantin beim Landratsamt Biberach
Kathrin Stanger, Verwaltungspraktikantin bei der Gemeinde Kirchentellinsfurt
Jennifer Stehle, Verwaltungspraktikantin bei der Gemeinde Stetten a. k. M.
Albertine Steingasser, Verwaltungspraktikantin beim Landratsamt Tübingen
Andreas Steinhilber, Verwaltungspraktikantin bei der Stadt Mössingen
Martina Stöhr, Verwaltungspraktikantin bei der Stadt Ehingen/Donau
Sibylle Strohmaier, Verwaltungspraktikantin bei der Gemeinde Frickingen
Anja Stromberg, Verwaltungspraktikantin bei der Gemeinde Bisingen
Christian Teich, Verwaltungspraktikant beim Gemeindeverwaltungsverband Langenau
Tina Tondok, Verwaltungspraktikantin bei der Gemeinde Sauldorf
Anna-Kathrin Wandel, Verwaltungspraktikantin bei der Stadt Reutlingen
Renate Weber, Kirchenverwaltungsinspektorin z. A. beim Evang. Gemeindedienst für Württemberg, Stuttgart
Kathrin Westermann, Verwaltungspraktikantin bei der Stadt Balingen
Heiko Wiesner, Verwaltungspraktikant bei der Stadt Balingen
Christian Witte, Verwaltungspraktikant bei der Gemeinde Beimerstetten
Karolin Zerr, Verwaltungspraktikantin bei der Stadt Ulm
Annette Zimmermann, Inspektoranwärterin bei der Stadt Emmendingen

Ernannt und befördert wurden:

Jutta Berkemer zur Amtfrau beim Gemeindetag Baden Württemberg
Thomas Britsch zum Amtsrat bei der SV Sparkassenversicherung Gebäudeversicherung Baden-Württemberg AG
Stefan Franz zum Stadtamtsrat bei der Stadt Schwäbisch Hall
Eberhard Hallmann zum Regierungsamtmann bei der Landesoberkasse Baden-Württemberg - Außenstelle Metzingen
Bernhard Huber zum Fachbereichsleiter Finanzen und Betriebe bei der Stadt Singen
Walter Hummler zum Oberverwaltungsrat bei der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg
Anja Imhof zur Verbandsamtfrau beim Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg
Monika Ludy-Wager zur Kreisverwaltungsrätin beim Landkreis Biberach
Heiko Meixner zum Gemeindeamtmann bei der Gemeinde Waldachtal
Wolfgang Schray zum Gemeindeamtmann bei der Gemeinde Rudersberg
Dagmar Stephan zur Verwaltungsrätin beim Rechnungsprüfungsamt der Stadt Villingen-Schwenningen
Gerhard Stökler zum Gemeindeoberamtsrat bei der Gemeinde Kirchentellinsfurt

Herzlichen Glückwunsch!

Gewählt wurden:

Klaus-Dieter Apelt zum Bürgermeister der Stadt Wiesensteig - WW
Bernd Brischke zum Bürgermeister der Gemeinde Oppenweiler - WW
Wilfried Dölker zum Bürgermeister der Stadt Holzgerlingen - WW
Peter Dolderer zum Bürgermeister der Stadt Bad Friedrichshall
Roland Erhardt zum Bürgermeister der Gemeinde Hochdorf - WW
Rainer Gerhäusser zum Bürgermeister der Gemeinde Großbottwar - WW
Jürgen Guse zum Bürgermeister der Stadt Bräunlingen - WW
Hermann Hering zum Bürgermeister der Gemeinde Albershausen - WW
Klemens Izsak zum Bürgermeister der Stadt Schrozberg - WW
Klaus Maier zum Bürgermeister der Stadt Heubach - WW
Gerd Maisch zum Bürgermeister der Gemeinde Tamm - WW
Günther Matheis zum Bürgermeister der Gemeinde Erolzheim - WW
Werner Nafz zum Bürgermeister der Gemeinde Hemmingen - WW
Bernard Porter zum Bürgermeister der Gemeinde Hüttisheim
Klaus Roller zum Bürgermeister der Gemeinde Hohenstadt - WW
Wolfgang Schneider zum Bürgermeister der Stadt Ingelfingen - WW

Klaus Dieter Scholz zum Bürgermeister der Gemeinde Weingarten - WW
Werner Stöckle zum Bürgermeister der Gemeinde Wangen - WW

Herzlichen Glückwunsch!

In den Ruhestand traten:

Konradin Albrecht, Direktor bei der LBS Baden-Württemberg
Walter Bach, Gemeindeamtmann bei der Gemeinde Malsch
Eberhard Dittmann, Oberverwaltungsrat bei der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg
Werner Graf, Verwaltungsamtmann bei der Landesversicherungsanstalt Baden-Württemberg
Heinrich Grathwohl, Gemeindeamtsrat bei der Gemeinde Schwenningen
Theodora Höschele, Verbandsoberamtsrätin beim Landeswohlfahrtsverband Württemberg-Hohenzollern
Helmut Keller, Kreisverwaltungsrat beim Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis
Karl-Heinz Knieriemen, Verwaltungsdirektor bei der Stadt Esslingen
Frank Kratschmann, Ministerialrat beim Rechnungshof Baden-Württemberg
Helmut Pöhler, Stadtoberverwaltungsrat bei der Landeshauptstadt Stuttgart
Leander Rieckmann, Oberamtsrat beim Regierungspräsidum Freiburg
Manfred Rieger, Gemeindekämmerer/Gemeindeoberamtsrat bei der Gemeinde Remshalden
Walter Stetter, Bürgermeister der Gemeinde Altbach
Hanno Warttinger, Oberregierungsrat an der Universität Ulm
Theo Weiss, Stadtoberverwaltungsrat bei der Stadt Münsingen
Gerhard Zimmermann, Stadtoberverwaltungsrat beim Gesundheitsamt der Landeshauptstadt Stuttgart

Wir wünschen der Kollegin und den Kollegen einen gesunden und aktiven Ruhestand!

Gestorben sind:

Alfred Ailinger, Oberamtsrat a. D., Friedrichshafen
Hans Gerd Clasen, Oberamtsrat a. D., Winnenden
Alfons Dietenberger, Oberregierungsrat a. D., Ravensburg
Helmut Gillé, Oberregierungsrat a. D., Stuttgart
Friedrich Groninger, Verwaltungsdirektor a. D., Nürtingen
Robert Grotz, Stadtpfleger i. R., Sachsenheim
Heinrich Hamm, Bürgermeister i. R., Gschwend-Frickenhofen
Hermann Hegele, Oberamtsrat a. D., Weingartshof
Hans Knödler, Kreisoberverwaltungsrat a. D., Heiningen
Eberhard Kopf, Oberregierungsrat a. D., Asperg
Gerd Kreiser, Bürgermeister der Stadt Bönnigheim
Otto Ringwald, Stadtoberamtsrat a. D., Stuttgart
Gerhard Römer, Regierungsrat an der Universität Heidelberg
Werner Ulmer, Bürgermeister i. R., Uhldingen-Mühlhofen
Eugen Wolf, Amtsrat a. D., Lichtenstein

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Verschiedenes

Günter Kreher übernahm Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft Baden-Württembergischer Bausparkassen

Die Arbeitsgemeinschaft wurde 1993 gegründet. Die beteiligten Institute Wüstenrot Bausparkasse AG, Deutsche Bausparkasse Badenia AG, Bausparkasse Schwäbisch Hall AG und LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg haben damit im Bundesland mit der höchsten Pro-Kopf-Bausparsumme in der Bundesrepublik Deutschland eine Anlaufstelle geschaffen, die hilft, innovative und gleichzeitig realistische Wege für mehr Wohneigentum aufzuzeigen. In der Vergangenheit wurden diese Initiativen der ARGE bereits mehrfach in den Wohnungsbauprogrammen der Landesregierung aufgegriffen.

Höhepunkt der Aktivitäten im Jahr 2002 wird die Abschlussveranstaltung zum aktuellen Wettbewerb der ARGE sein, der mit dem Titel "Wohnen mit Kindern" unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Teufel läuft. Insgesamt stehen dabei am 7. November 2002 in Karlsruhe für die besten Beiträge Preise in Höhe von insgesamt ca. 66.500 € zur Verfügung.

Vom armen Beamten

Jahreszeitlich bedingt macht in Erwin Teufels Regierungszentrale derzeit dieser Witz die Runde: Treffen sich ein DaimlerChrysler-Mann, ein Kollege von SAP und ein Beamter des Staatsministeriums (dem Vernehmen nach soll es sich um den Pressestellen-Mann Stefan Barg handeln). "Vom Weihnachtsgeld kaufe ich mir einen Kleinwagen und den Rest stecke ich in Aktien", sagt der Erste. "Urlaub mit der Frau und der Rest kommt ins Wochenendhäuschen", erklärt der Zweite. "Bei mir gibt es einen Pullover", sagt der Beamte kleinlaut. "Und der Rest?", fragen die beiden anderen entsetzt. "Den Rest legt meine Tante drauf."

aus: Südwestpresse vom 7.12.01

LBS übertrifft eigene Umsatzerwartungen

Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende Panter konnte in Vertretung des plötzlich erkrankten Vorstandschefs Günter Kreher mit Stolz bei der Frühjahrspressekonferenz darauf verweisen, dass das Jahr 2001 für die LBS Baden-Württemberg eine über das Umsatzziel hinausgehende Steigerung im Neugeschäft, das mit 4,19 Milliarden Euro (8,2 Milliarden DM) veranschlagt war, gebracht hat.
Das laut Heinz Panter mit 4,29 Milliarden Euro Brutto-Bausparsumme erzielte Ergebnis bedeute ein Plus von 4,2 % gegenüber dem Vorjahr und sei angesichts des schwierigen Umfelds mit vielen Unwägbarkeiten ein beachtliches Ergebnis. Die LBS sieht das Bausparen im Aufwind: "Die Anleger mussten erkennen, dass es eine Geldvermehrung ohne Risiko an den Aktienmärkten nicht gibt."
Zum Jahresende 2001 betreute die LBS bei einem Vertragsbestand von 1,94 Millionen und einer Bausparsumme von 41,13 Milliarden Euro 1,27 Millionen Kunden. Auf eine Zuteilung von 2,45 Milliarden Euro, ein Plus von 12,2 % gegenüber 2000, war Panter besonders stolz. Dieser Zuteilungsrekord bestätigt und festigt die führende Position der LBS Baden-Württemberg unter allen Landesbausparkassen. Selbst wenn man den Bauspareinbruch im Jahr 2000 berücksichtigt, ist die Erholung vom seinerzeitigen Negativergebnis unverkennbar.
Die Landesbausparkasse hat sich für das Jahr 2002 das Ziel der Marktführerschaft im Neugeschäft gesetzt; nach den Beständen ist die LBS Baden-Württemberg schon jahrelang und "traditionell", so Panter, die Nummer eins. Rückenwind für das Neugeschäft in 2002 kommt laut LBS auch von der nach wie vor hohen Wertschätzung in der Bevölkerung für die Immobilie. Die Diskussion um die richtige Altersvorsorge - Stichwort Riester-Rente - hätte weite Teile der Bevölkerung verunsichert und gemeinsam mit einem 30 %igen Einbruch beim Wohnungsbau mit dazu beigetragen, dass Bausparer bei der Beurteilung des Wohnungsbaurisikos trotzdem noch zurückhaltend seien.
Die LBS will bei dem "Kopf-an-Kopf-Rennen" mit dem bundesweit tätigen Konkurrenten Schwäbisch Hall um Brustbreite gewinnen und strebt für 2002 ein Brutto-Neugeschäft von 4,45 Milliarden Euro an.
Das Betriebsergebnis blieb 2001 nach dem bisherigen vorliegenden Zahlenergebnis mit 54 Millionen Euro auf Vorjahresniveau. Wenn man die Ergebnisbelastungen der Fusion von LBS Baden und Württemberg, die bei ca. 9 Millionen Euro liegen, und den für die nächsten beiden Jahre daraus resultierenden und eingeplanten Personalabbau berücksichtige, könne die LBS voller Optimismus das Betriebsergebnis 2002 und 2003 mit 50 Millionen Euro bzw. 57 Millionen Euro angehen. Die Reduzierung des Mitarbeiterkreises soll bis 2004/2005 auf 900 er-

folgen, wobei der Personalabbau außer der "natürlichen Fluktuation" über ein sehr lukratives Altersteilzeitmodell ab 55 Lebensjahre erfolgt.
Mit der ab 1. April wirksamen neuen Struktur im Außendienst, einer noch intensiveren Sparkassenbetreuung und einem gegenüber der Immobilie angebrachten Vertrauensverhalten der Kunden gehe die LBS Baden-Württemberg, so Heinz Panter, gut gerüstet ins Geschäftsjahr 2002.

Weltneuheit "People Mover" in Pfullingen

Die Stadt Pfullingen mit rd. 18.000 Einwohnern im Echaztal am Fuße der Schwäbischen Alb verfügt mit dem so genannten People Mover über eine neue, weltweit einzigartige und sichere Möglichkeit, mit der Fußgänger die viel befahrene Bundesstraße B 312 (derzeit rund 38.000 Fahrzeuge täglich) überqueren können. Der People Mover wird vom Land Baden-Württemberg finanziert.

Es handelt sich um eine von der Maschinenbaufirma Emil Schmid in Sonnenbühl-Willmandingen völlig neu entwickelte Konstruktion, die Fußgängern das Überqueren gefährlicher oder überhaupt nicht zugänglicher Stellen ermöglicht. Der Lift läuft gleichzeitig horizontal und vertikal. Eine Anlage dieser Art kommt in Pfullingen weltweit erstmalig zum Einsatz und ist patentiert worden.



Der People Mover im Einsatz.

Der Fußgängerlift wird wie ein Aufzug bedient. Per Knopfdruck wird eine Liftkabine angefordert, falls diese nicht schon bereitsteht. Sonst öffnen sich sofort breite Automatiktüren, die einen behindertengerechten und hindernisfreien Zugang in die Kabine, die bis zu acht Personen gleichzeitig aufnehmen kann, ermöglichen. Der Benutzer des "People Mover" wird ruckfrei in die erforderliche Höhe gehoben, einfach über das Hindernis - hier die stark befahrene B 312 - hinweggefahren und auf der anderen Seite ebenso ruckfrei abgesetzt. Bei einer vierspurigen Straße wie in Pfullingen dauert diese sichere Fahrt in rund 5 Metern Höhe etwa 30 Sekunden.

Der Vorteil des Einsatzes speziell im Straßenverkehr liegt beim "People Mover" darin, dass der Verkehrsfluss nicht angehalten und behindert wird. Ein weiterer Vorteil ist die Sicherheit beim Überqueren der Fahrbahnen für die Fußgänger. Für sie entfällt die Wartezeit, bis der Übergang bei einer Signalanlage freigegeben werden kann. Sie können entweder sofort losfahren oder müssen höchstens die Ankunft der Kabine abwarten. Somit entlastet der Lift auch die "Grüne Welle" und trägt aktiv zum Umweltschutz bei.

Die Stadt Pfullingen, so Bürgermeister Rudolf Heß, freue sich, dass diese Neuheit in Pfullingen aufgebaut wurde. Sie unterstützte das Projekt von Anfang an und stellte auch den notwendigen Grund und Boden zur Verfügung. Bei der viel befahrenen B 312 bringt der People Mover eine enorme Entlastung für den Autoverkehr und gewährleistet gleichzeitig auch die Sicherheit der Fußgänger.



Jubilate!

Schon fünfzig Jahre hat Bestand
Baden-Württemberg, das Musterland!
Ein wahrer Grund, zu jubilieren,
Rück- und Ausschau zu riskieren.

Nach manchem Hickhack und Verdruss
gelang es, kam der Zusammenschluss.
Nach "Beschnuppern", wie sonst im Leben,
wurden das Ja und Ja gegeben.

Dass die Heirat sehr geboten war,
beweist allein das Jubeljahr!
Nicht allzu bescheiden, liebe Leute:
B.-W. ist Deutschlands Vorbild heute!

Otto Raisch

Bücher

Die dienstliche Beurteilung der Beamten und der Richter

Dr. Schnellenbach

Loseblattwerk in einem Ordner, 890 Seiten, 86 €

R. v. Decker, Hüthig Fachverlage, Heidelberg

Die dienstliche Beurteilung und das Beurteilungswesen haben sich u einer immer schwerer zu überschauenden Materie entwickelt. Das Handbuch bietet eine komplette Zusammenstellung der einschlägigen Rechtsvorschriften zur dienstlichen Beurteilung und ermöglicht es sowohl dem Beurteiler als auch dem Beurteilten, mit den Regelungen des Beurteilungsrechts sicher umzugehen.

Erstmals mit dieser Auflage erscheint der "Schnellenbach" jetzt als Loseblattwerk und gewährleistet dem Bezieher so eine stetige und verlässliche Aktualität. Gesetzesänderungen, neue Richtlinien sowie die Änderungen in der Beurteilungspraxis können in Form von Ergänzungslieferungen nunmehr umgehend in die Darstellung aufgenommen werden und halten diese stets auf dem aktuellen Stand.

Das Werk stellt ausführlich und praxisnah die dienstliche Beurteilung der Beamten und Richter dar. Der bewährten Konzeption der Vorauflagen folgend, wurde die Gliederung in drei Teile beibehalten: Teil A bietet dem Leser eine Zusammenstellung der unmittelbar einschlägigen Rechtsvorschriften zur dienstlichen Beurteilung sowie eine Reihe wichtiger Beurteilungsrichtlinien. Die Teile B und C enthalten die Kommentierung der Vorschriften sowie Hinweise zu den Beurteilungsarten, den Beurteilungsverfahren, dem Beurteilungsinhalt und zusätzlich eine eingehende Darstellung zum Rechtsschutz.

5. Ergänzungslieferung:
Stand September 2001, 164 Seiten, 44 €.
Die 5. Ergänzungslieferung befasst sich u. a. mit der Anpassung der dienstlichen Beurteilung als Einsatz- und Auslesemittel an Maßnahmen der Verwaltungsmodernisierung (Stichworte: neue Steuerungsmodelle, New Public Management). Daneben sind auch die einschlägige neueste Rechtsprechung wie auch gewichtige wissenschaftliche Veröffentlichungen gesichtet und verwertet worden.

Besoldungsrecht des Bundes und der Länder

Lantermann, Kroll, Schneider, Hopman, Lieven, Neumann

Loseblattwerk, etwa 3670 Seiten, 88 €, einschl. 4 Ordnern

Richard-Boorberg-Verlag - edition moll -, Stuttgart

Der seit Jahrzehnten eingeführte und umfassend angelegte Kommentar ist in erster Linie auf die Bedürfnisse der Praxis zugeschnitten. Die einschlägigen Einzelprobleme werden mit großer Sachkunde und aufgrund eingehender Prüfung der Rechtslage dargestellt. Der mit dem Besoldungsrecht befasste Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung findet Antwort auf alle Fragen, die im Zusammenhang mit diesem schwierigen Rechtsgebiet entstehen können.
Schwerpunkt des Werks ist die Kommentierung der Regelungen des Bundesbesoldungsgesetzes mit den jeweiligen Verwaltungsvorschriften. Die Durchführungsbestimmungen sind unmittelbar im Anschluss an die Kommentierung ihrer Ermächtigungsnorm abgedruckt. Das wenige noch zugelassene Landesrecht wurde in übersichtlicher Weise in das ansprechend und handlich gestaltete Loseblattwerk aufgenommen.
Die 58. Ergänzungslieferung (Stand Juli 2001) enthält zunächst eine umfassende Überarbeitung der Kommentierung zur Besoldung bei Teilzeitbeschäftigung (§ 6) und zur Besoldung bei begrenzter Dienstfähigkeit (§ 72a). Soweit die endgültige Fassung

des BBesG Abweichungen gegenüber der bisher zugrunde gelegten Entwurfsfassung enthält (insbesondere beim Familienzuschlag, Tabelle V), sind diese eingearbeitet.
Im Länderbereich wird der Schwerpunkt vom Euro bestimmt. Nachdem mit der 57. Lieferung die ab 1.1.2002 geltenden Tabellen des BBesG mit den neuen Euro-Beträgen in den Teil eingefügt worden sind, werden mit dieser Lieferung die im Teil V in den einzelnen Landesbesoldungsgesetzen ausgebrachten Amtszulagen und Stellenzulagen in Euro umgerechnet. Im Übrigen wird der Länderteil fortgeschrieben.

Sozialversicherungs-Vorschriften - SozV -

Krase, Thür
Loseblattwerk, etwa 1490 Seiten, 35 € einschl. Ordner; für Studenten an Fachhochschulen und Universitäten (gegen Nachweis) 29 €
Richard-Boorberg-Verlag, Stuttgart

Diese bewährte Textsammlung zum Sozialversicherungsrecht bietet für die Aus- und Fortbildung wie auch für alle mit der Sozialverwaltung befassten Personen wesentliche Vorzüge: Gegenüber breit angelegten Vorschriftensammlungen und Kommentaren trifft sie eine wohl durchdachte Auswahl der wichtigsten Texte aus diesem anspruchsvollen Rechtsgebiet, ist handlich und übersichtlich. Als Loseblattwerk ist die Sammlung immer dem aktuellen Rechtsstand.
Die 25. Ergänzungslieferung bringt die Sammlung auf den Stand der Gesetzgebung vom 27.4.2001.
Durch das Gesetz zur Beendigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Gemeinschaften/Lebenspartnerschaften wird ein eigenes familienrechtliches Institut, die eingetragene Lebenspartnerschaft, für gleichgeschlechtliche Paare geschaffen. Bei den Leistungsvorschriften des SGB III und des SGB VII wird die eingetragene Lebenspartnerschaft in ihrer Rechtswirkung weitgehend der Ehe gleichgestellt. Durch das Altersvermögensergänzungsgesetz wurde das SGB III ergänzt.
In der gesetzlichen Rentenversicherung soll bei rückläufigen Geburtenzahlen und stetig wachsender Lebenserwartung eine umfassende Reform die gesetzliche Alterssicherung auch künftig für die jüngere Generation bezahlbar machen und ihr im Alter einen angemessenen Lebensstandard sichern. Ein Teil dieser Reform wurde ebenfalls mit dem Altersvermögensergänzungsgesetz umgesetzt. Darin wird u. a. die Rückkehr zur Lohnanpassung der Renten festgelegt, außerdem sind Maßnahmen zur Stabilisierung des Beitragssatzes und zur Sicherung des Rentenniveaus vorgesehen.
Neu geregelt wurde die Anpassung des aktuellen Rentenwerts entsprechend der Entwicklung des Durchschnittsentgelts unter Berücksichtigung des Beitragssatzes der Rentenversicherung (ArV/AnV). Weitere Neuerungen ergeben sich aus dem 4. Euro-Einführungsgesetz, durch das u. a. die Einkommensanrechnung geändert wird. Mit dem Ersten Gesetz zur Änderung des SGB IV werden dessen Regelungen den Änderungen des Haushaltsgrundsätzegesetzes angepasst.

Seminare

Personalmanagement

30. Juni bis 2. Juli 2002

dbb forum siebengebirge, Königswinter-Thomasberg

Teilnehmergebühr: 50 €

Hierdurch sind abgegolten: Unterbringung in komfortablen Einzelzimmern mit Vollpension (ohne Getränke) sowie Fahrtkostenersatz entsprechend Großkundenabonnement der Deutschen Bahn.

In Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung (Fritz-Erler-Akademie) bieten wir folgendes Seminar an:

Europa und Orient

13. bis 15. Juni 2002 Kehl, Hotel Rebstock

Eine Geschichte von gegenseitiger Faszination, aber auch von Missverstehen und Krieg. Eine Geschichte, die noch nicht zu Ende ist, die derzeit fortgeschrieben wird. Wenn es stimmt, dass Europa am ehesten in der Lage ist, mit dem Orient politisch umzugehen, dann erwächst Europa eine neue Rolle.

Das Seminar will diese neue Rolle ausloten und den Orient näher bringen; ist er doch bei uns kulturell oft nur "um die Ecke". Fachleute stehen zur Verfügung und ein Besuch im Europäischen Parlament in Straßburg steht auf dem Programm.

Kostenanteil der Seminarteilnehmer/innen 50 €. Unterkunft und Verpflegung (außer Getränke) sind frei. Unterbringung in Doppelzimmer. EZ-Zuschlag muss privat getragen werden. Die Fahrtkosten trägt der/die Teilnehmer/in.

Anmeldungen an die Geschäftsstelle des Verbands der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg, Panoramastr. 27, 70174 Stuttgart, Tel. (0711) 2263262, Fax (0711) 2263280, E-Mail: info@vdv-bw.org

Frau, 48 Jahre, 1,72 m
lange blonde Haare, lange Beine, hübsch, sehr attraktiv, intelligent, gebildet, vielseitig interessiert, sucht gleichwertigen Partner mit Niveau, ab 50 Jahre (Intuektuelle oder Beamte bevorzugt). Zuschr. unter MZ816847 Olgastr.15, 89518 HDH

gefunden von einem Mitglied in HDH

Bücher

Alkohol- und Drogenmissbrauch im öffentlichen Dienst

Ursachen - Auswirkungen - Bekämpfungsstrategien

Honsa
2002, 317 Seiten, kartoniert, 39,80 €
Erich-Schmidt-Verlag, Bielefeld

Lange Zeit wurde das Suchtproblem als nicht existent verdrängt. Erst als die Wirtschaft sich massiv mit dieser Problematik auseinander gesetzt hat, begannen die Behörden nachzuziehen. Auch wenn sich in dieser Frage in den letzten Jahren doch schon einiges bewegt hat, so ist doch eine gewisse Ermüdung und Erosion in der Suchtbekämpfung festzustellen. Der Verfasser stellt hinsichtlich der Alkohol- und Drogenproblematik die zurzeit geltende Beamten- und Tarifrechtssituation ausführlich dar und gibt dazu einen Überblick über die ergangene Rechtsprechung. Dabei werden auch die disziplinar- und tarifrechtlichen Vorschriften eingehend besprochen. Die Suchtprävention bildet einen Schwerpunkt dieser Neuerscheinung. Der Verfasser stellt die bisherigen Bemühungen anhand ausgewählter Behördenbeispiele dar und gibt hierdurch nützliche Hinweise für eine im Aufbau befindliche behördliche Suchtarbeit. Praktische Leitfäden für eine gezielte Suchtkonzeption sowie den Umgang mit alkoholkranken Mitarbeitern runden diesen Teil ab.

CDs

pcBAT PS 2002 und pcBeamte 2002

pcBAT 2002 - Software für Personalstellen, CD-ROM mit Benutzerhandbuch. CD-ROM Stand Januar 2002, 51 €, Update 35 €. pcBeamte 2002 - Brutto- und Nettobezüge für Beamte, Richter und Soldaten. CD-ROM Stand Januar 2002, 35 €, Update 31 €. (Mehrfachlizenzen auf Anfrage)
R. v. Decker, Hüthig Fachverlage, Heidelberg

Mit diesen Programmen lassen sich die Brutto- und Nettobezüge für Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst sowie für Beamte, Richter und Soldaten ermitteln. Damit wird der wesentliche Bereich des öffentlichen Dienstes abgedeckt. Beide Programme enthalten die aktuellen Werte und Neuerungen 2002.
Mittels gleichzeitiger Darstellung von zwei Fällen und einer Differenzspalte lassen sich die Ergebnisse von beliebigen Änderungen bzw. Fallgestaltungen auf einem Bildschirm ablesen, ausdrucken und abspeichern. Zusätzlich werden Gesetzestexte über das Windows-Hilfesystem zur Verfügung gestellt. Somit ermöglichen die beiden Programme in einer Vielzahl von Beratungssituationen die einfache und schnelle Berechnung von Brutto- und Nettobezügen und beantworten Was-wäre-wenn-Fragen.